Ausgabe I | 2008

PND ON

PNDonline
eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung
mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region
www.planung-neu-denken.de

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Umschau

Umfrage zur Planungskultur – weitere Beiträge

Umfrage zur Planungskultur – erste Eindrücke

Klaus Selle: Bestand entwickeln? Kontinuität und Wandel eines Themas. Drei Anmerkungen zu drei Jahrzehnten Fachdiskurs...

Katharina Brzenczek, Claus-C. Wiegandt: Baukultur durch Verfahren. Erste Erkenntnisse eines Forschungsprojekts

Christian Ude: Dem Weltgeist auf der Spur. Architekten-Wettbewerbe.

Thema 1 | Bürgerinnen und Bürger als Akteure der Stadtentwicklung

Hellrigl, Manfred: Zukunftsfrage Sozialkapital.

Kristien Ring, Franziska Eidner: auf.einander.bauen Baugruppen als Zukunftsmodell für den Lebens(t)raum; mit einem Kommentar von Klaus Selle

André Christian Wolf: Kleine bunte Gärten. Bürgerengagement und Integration in Kleingärtnervereinen

Thema 2 | Die Mitwirkung öffentlicher Akteure an der Siedlungsflächenentwicklung

Klaus von Zahn: Bebauungspläne der Innenentwicklung. Eine kritische Würdigung aus kommunaler Sicht.

Lesetipps

E-Partizipation - Fluch oder Segen? Ein Lesehinweis von Lucyna Zalas

La dolce vita in deutschen Städten - das Prinzip Cittaslow. Ein Kommentar von Lucyna Zalas

Ein Hinweis von Claus C. Wiegandt auf ein Beitrag dreier großen deutschen Stadtsoziologen zur Stadtpolitik

Gemeinschaften entwickeln Stadt. Ein Hinweis von Klaus Selle

Rest-Refugium für alternative Lebensräume oder Risikokapital? Ein Lesetipp von Marion Klemme

Ein Lesetipp von Klaus Selle zum neuen Band der Planungsrundschau.

PNDON

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

PNDonline I|2008

Editorial

Mit der ersten Ausgabe in 2008 führen wir begonnenes fort – die Auseinandersetzung mit „Planungskultur“ geht weiter. Wir präsentieren weitere 15 Antworten unserer in Ausgabe III|2007 gestarteten Umfrage, in der wir nach Inhalt und Bedeutung von „Planungskultur“ fragten. Gleichzeitig versuchen wir eine erste „Zusammenschau“ der Antworten. Sie lässt bereits erkennen, wie schwierig die Verständigung über diesen Begriff zu sein scheint – doch der Verständigungsversuch wird fortgesetzt, mit neuen Antworten in der nächsten Ausgabe und einer weiteren Zusammenführung dieser.

Wie bisher präsentieren wir auch kürzlich erschienene oder und uns neu zugegangene Texte zu verschiedenen Inhalten: Als Mitherausgeber des Buches „Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt“ (März 2008) richtet **Klaus Selle** den Blick auf drei Jahrzehnte Fachdiskurs zum Thema „Bestand entwickeln?...“ Hier werden viele Stränge zusammengeführt, auf zahlreiche Diskussionen und Publikationen zum Thema verwiesen: Kontinuität und Wandel werden augenscheinlich. Und „Kontinuität“ kann auch einen Streifzug durch „Déjà-vu-Erlebnisse“ bedeuten: Wiederkehrende Auseinandersetzungen mit dem „Bestand“ zeigen, „dass es sich bei den aktuellen Entwicklungen nicht um kurzlebige Erscheinungen handelt“ und diese somit nicht „als reines Übergangsphänomen zwischen zwei Wachstumsphasen anzusehen“ sind. **Katharina Brzenczek** und **Claus-C. Wiegandt** widmen sich in ihrem Beitrag den Unterschieden in der „Qualität der Baukultur“ der Städte, die zu einer Differenzierung der Stadtgestalt führen. Sie gehen dabei einer „Baukultur durch Verfahren“ nach und fragen in ihrem Forschungsprojekt, welche Faktoren aktuell wirksam sind. Auf der Suche nach Erklärungen werden die beiden Städte München und Köln und deren unterschiedliche Stadtgestalt betrachtet. Der Blick kommt dabei nicht an den „spezifischen Planungskulturen“ der beiden Städte, dem „besonderen Geist eines Ortes“ vorbei... Einem anderen Geist ist **Christian Ude** auf der Spur: Dem Weltgeist. Er wagt einen Blick hinter die Kulissen von Architekten-Wettbewerben und beschreibt mit viel Witz, was wir schon immer über Wettbewerbe dieser Branche wissen wollten. Ein satirischer Einblick in eine fiktive Preisgericht-Sitzung in München von einem politischen Kabarettisten, in seiner Nebentätigkeit als Münchens Oberbürgermeister... All dieses finden Sie in der Rubrik **Umschau**, die vormals „Open Space“ hieß. Weitere neue Texte präsentieren wir zu unseren Schwerpunktthemen:

Thema 1 | Bürgerinnen und Bürger als Akteure der Stadtentwicklung

„Genügt es, wenn Verwaltung verwaltet, oder sollte sich Verwaltung nicht auch mit längerfristigen Entwicklungsfragen beschäftigen?“ fragt **Manfred Hellrigl** in seinem Beitrag und befasst sich dabei mit der “Zukunftsfrage Sozialkapital“. Anhand des Beispiels Voralberg stellt er Gründe für die Beschäftigung mit dem Thema heraus. Er sieht ein „missing link“ zwischen bürgerschaftlichem Engagement und nachhaltiger Gemeinde- und Regionalentwicklung: Erfolgreiche Entwicklungsprojekte brauchen nicht nur Menschen, die eigenverantwortlich und weitsichtig handeln, sondern die darüber hinaus auch fähig zur vertrauensvollen Zusammenarbeit sind. Keine dieser Qualitäten ist selbstverständlich, doch sind sie in zahlreichen Kontexten unabdingbar. So auch in Baugruppen, einem „Zukunftsmodell für den Lebens(t)raum“ mit dem sich **Kristien Ring** und **Franziska Eidner** befassen. Sie präsentieren exemplarisch verschiedene Berliner Beispiele: Das Projekt „auf.einander. bauen“ versteht sich als Plädoyer für Baugruppen in der Stadt; will zum Dialog anregen zwischen Architekten, (potenziellen) Bauherren und Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung; will auf vorhandene Netzwerke und Initiativen aufmerksam machen und neue Synergien fördern. Der Beitrag zeigt, wie qualitätvolle Wohn- und Lebensräume in der Stadt entstehen können: „Das Modell Baugruppe bietet bisher noch nicht erschöpfte Potenziale für eine nachhaltige Stadtentwicklung.“ Weiteres zu dem Thema auch bei den „Lesetipps“ dieser PND-Ausgabe. In einem dritten Beitrag zum Thema I geht es um mehr als die im Titel benannten „kleinen bunten Gärten“: Kleingärten als Orte für Bürgerengagement und Integration waren bereits Thema bei Annette Zimmer und Thorsten Hallmann (PND I|2007) und an diesem Thema knüpft **André Christian Wolf** an. Er bezieht sich auf Befunde der Studie „Bürgerengagement und Integration von Migranten im Kleingartenwesen“, die vom Zentrum für Nonprofit-Management in Münster durchgeführt wurde. Im Fokus steht der Beitrag der Kleingärten zur Integration und zum Engagement.

Thema 2 | Die Mitwirkung öffentlicher Akteure an der Siedlungsflächenentwicklung

Zum Thema II präsentieren wir in dieser Ausgabe einen Beitrag, der sich einem Kernbereich der Siedlungsflächenentwicklung widmet: den Bebauungsplänen. Genauer gesagt geht es um „Bebauungspläne der Innenentwicklung“ und **Klaus von Zahn** fragt, ob die diesbezüglichen neuen Regelungen nach § 13a BauGB ihren Anforderungen gerecht werden können: Vermindern sie die Flächeninanspruchnahme? Werden wichtige Planungsvorhaben beschleunigt? Eher wenige Verfahrensvereinfachungen sowie Beschleunigungseffekte konstatiert der Autor in seiner „kritischen Würdigung aus kommunaler Sicht“ – die Effekte würden in der fachmedialen Diskussion überbewertet. Es bleibt spannend, die vermeintlichen Auswirkungen des § 13a BauGB weiter im Blick zu behalten und zu beobachten, ob diese rechtlichen Neuerungen z.B. auch Veränderungen im Steuerungsverhalten der öffentlichen Akteure auslösen...

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Umfrage zur »Planungskultur«

Über Planungskultur wird (wieder) viel gesprochen. Konferenzen, Werkstätten und Publikationstitel signalisieren eine neue Aufmerksamkeit für dieses Thema. Es besteht aber, erneut, die Gefahr, dass alle das gleiche Wort verwenden, aber Verschiedenes meinen. Daher möchten wir die Möglichkeiten der PND-Plattform nutzen, um eine Umfrage zum Verständnis des Begriffes in Gang zu setzen, zu dokumentieren und in mehreren Schritten auszuwerten.

Wir haben zwei einfache Fragen gestellt:

1. Was verstehen Sie unter »Planungskultur«?

2. Wenn »Planungskultur« Gegenstand empirisch orientierter wissenschaftlicher Arbeit werden soll, welche Forschungsfragen sind aus Ihrer Sicht sinnvoll (und welchen Ertrag erwarten Sie von ihnen)?

und baten um eine knappe Beantwortung dieser.

In dieser Ausgabe präsentieren wir Ihnen die weiteren fünfzehn Rückmeldungen zu der Umfrage. Ebenfalls in dieser Ausgabe wird ein Zwischenresümee der Redaktion veröffentlicht mit dem Versuch, strittige bzw. unstrittige Positionen zu identifizieren. Wenn das Experiment gelingt, können diese dann Bezugspunkte für die zukünftige Verwendung des Begriffes bieten. Weitere Antworten sowie Diskussionen folgen in der Ausgabe II|2008 des PNDonline-Magazins.

Prof. Dr.-Ing. Gerd Albers

Anmerkungen zur „Planungskultur“

Die „Brockhaus-Enzyklopädie“, Bd. 10, 1970, definiert „Kultur“ als die „Gesamtheit der typischen Lebensformen einer Bevölkerung einschließlich der sie tragenden Geistesverfassung, besonders der Werteinstellungen.“

Daraus lassen sich zwei Aspekte der Planungskultur ableiten:

- Eine „Planungsverfahrenskultur“, die sich auf das Vorgehen bei der Erarbeitung und Begründung planerischer Entscheidungen bezieht. Sie erfordert eine Meinungsbildung über Werte, Ziele und Mittel der Umweltgestaltung und Regelungen für ein methodisches Vorgehen, für den Kreis der Meinungsbildung zu Beteiligenden und für die Erfassung und Gewichtung der einzubeziehenden Gesichtspunkte.

- Eine „Planungsergebniskultur“, die sich auf die Qualität – Gebrauchswert und Gestaltwert – der aus solchen Entscheidungen erwachsenen Umwelt bezieht; allerdings sind hier die Übergänge zur „Baukultur“ fließend.

Zur Forschung:

Hier dürfte es weniger um die Erarbeitung abstrakter Modelle für eine allgemeine Anwendbarkeit gehen als um die konkrete Auswertung von laufenden oder abgeschlossenen Planungen mit dem Ziel, Erkenntnisse über das Verhältnis zwischen planerischem Vorgehen einerseits und der Qualität und Akzeptant des Ergebnisses andererseits zu gewinnen – in der Erwartung, daraus Einsichten und Anregungen für die Weiterentwicklung der Planungskultur ableiten zu können.

Prof. Dr. Uwe Altrock
Universität Kassel
Stadtumbau/Stadterneuerung

1. Was ist Planungskultur?

Der Begriff transportiert zwei Bedeutungen, eine eher wertende (wie viel P.?) und eine eher typisierende (welche Art von P.?). Sie gehen davon aus, dass in einem bestimmten zeitlich und räumlich abgegrenzten Umfeld ablaufende Planungsprozesse ein erklärbares und signifikantes Maß an Gemeinsamkeiten aufweisen. Erstere verbindet Qualitätsstandards aus dem rationalen und dem kommunikativen Planungsmodell: Beruht Planung auf wissenschaftlichen Grundlagen, bezieht sie ein Höchstmaß an relevanter Information, Effektivitäts- und Effizienzüberlegungen ein, berücksichtigt sie Nachhaltigkeitskriterien, wird sie in transparenten Prozessen mit hohen Beteiligungsstandards betrieben und bietet sie kreativ-gestalterischen Qualitäten Raum? Die andere Bedeutung typisiert systematisch Ausprägungen der vorgenannten Merkmale und ergänzt sie durch weitere wie den Stellenwert von Planung in politischen Prozessen oder Themenspektrum und Diskussionsverlauf fachöffentlicher Debatten.

2. Wenn der Begriff „Planungskultur" Gegenstand empirisch orientierter wissenschaftlicher Arbeit werden soll, welche Forschungsfragen sind aus Ihrer Sicht sinnvoll und welchen Ertrag erwarten Sie von ihnen?

Als Ertrag ist durch eine Gegenüberstellung unterschiedlicher Kulturen (zeitlich wie räumlich) nicht zuletzt ein besseres Verständnis über die Rahmenbedingungen für die Herausbildung tradierter und hegemonialer Praktiken zu erwarten, die im Einzelfall nicht mehr in Frage gestellt werden können, die sich aber mit einer hohen Sensibilität für die Wirkungsmechanismen der Planung im gesellschaftlichen Raum aktiver gestalten lassen. Forschungsfragen hierfür wären vor allem die Ursachen planungskultureller Ausprägungen, ihre Wirkmächtigkeit in Planungsprozessen, ihre Veränderbarkeit, Gründe und Mechanismen ihrer Stabilisierung und Ablösung und natürlich überhaupt die Frage nach dem Grad von Gemeinsamkeiten unterschiedlicher Planungsprozesse.

Dr. Frank Betker

Beitrag zu PNDonline

1. Was verstehen Sie unter „Planungskultur"?

2. Wenn der Begriff „Planungskultur" Gegenstand empirisch orientierter wissenschaftlicher Arbeit werden soll, welche Forschungsfragen sind aus Ihrer Sicht sinnvoll und welchen Ertrag erwarten Sie von Ihnen?

Kurzfassung (ca. 1000 Zeichen)

Ad 1)

Das soziale Handeln der am Planungsprozess Beteiligten ist eine Dimension der Planungskultur. In unserer differenzierten und arbeitsteiligen Welt handeln die verschiedenen Akteure und Institutionen im Kontext ihrer je eigenen Rationalitätswelten, in ihren beruflichen und lebensweltlichen Referenzsystemen. Zwangsläufig stoßen diese beim gemeinsamen Kommunizieren, Kooperieren und Agieren mehr oder weniger hart aufeinander und sorgen für Probleme der Verständigung über Planungsziele und Planungsverfahren.

Ad 2)

Wissenschaftlich zu klären ist, worin die Unterschiede in den Wahrnehmungen und Haltungen der Akteure bestehen (a), in welchen Rationalitätswelten Akteure und Institutionen befangen sind (b), wie sich diese historisch herausgebildet haben (c), inwiefern sie verhaltensorientierend im Planungsprozess wirken (d), welche Leitideen und Rationalitätskriterien die dominanten sind und welche unterdrückt werden (e) und: wie sich Grenzen des sozialen Handelns im Verlauf des Planungsprozesses überwinden lassen (f). Ertrag: gegenseitiges Verstehen und Verständnis zwischen den Akteuren fördern, starke und schwache Positionen deutlich machen, systemische und Sachzwänge artikulieren können.

Erstfassung

Ad 1)

Unterschiedliche Akteure und Institutionen handeln im breiten Feld der räumlichen Planung und Stadtentwicklung. Das soziale Handeln der verschiedenen Akteure und Institutionen in Planungsprozessen ist eine Dimension der Planungskultur. In unserer modernen, differenzierten arbeitsteiligen Welt handeln diese verschiedenen Akteure und Institutionen vor dem Hintergrund und im Kontext, teils auch sehr stark befangen, in ihren eigenen Rationalitätswelten, in ihren eigenen beruflichen und/oder lebensweltlichen Referenzsystemen. Zwangsläufig stoßen diese Rationalitätswelten beim gemeinsamen Kommunizieren, Kooperieren und Agieren mehr oder weniger hart aufeinander und sorgen für Probleme der Verständigung über Planungsziele und Planungsverfahren.

Ad 2)

Wenn der Begriff „Planungskultur" Gegenstand empirisch orientierter wissenschaftlicher Arbeit werden soll, ist meiner Ansicht nach vor diesem Hintergrund zu klären, worin die Unterschiede in den Wahrnehmungen und Haltungen der Akteure bestehen (a), in welchen Rationalitätswelten Akteure und Institutionen befangen sind (b), wie sich diese historisch herausgebildet, verändert und verfestigt haben (c), inwiefern diese verhaltensorientierend im Planungsprozess wirken (d), welche Leitideen und Rationalitätskriterien die jeweils dominierenden sind und welche unterdrückt werden (e) und schließlich: wie sich konfligierende Leitideen und Rationalitätskriterien des Handelns (Grenzen des sozialen Handelns) im Verlauf des Planungsprozesses überwinden lassen (f). Ein möglicher Ertrag: das gegenseitige Verstehen und Verständnis zwischen den Akteuren fördern, starke und schwache Positionen deutlich machen, systemische und Sachzwänge artikulieren können.

Ole Damsgaard
Nordregio
Nordic Centre for Spatial Development

The concept of planning culture I do understand as the specific way planners and planning authorities are using the formal planning system (the planning legislation, the different categories of plans and formal planning instruments in general..) and the planning institutions and authorities. And of course not les important, how informal means are used in combination with formal ones.

Concerning the research questions I would propose the following:

- What are the main discourses - at a certain moment - among planners (the profession), the decision makers (politicians and leading civil servants) and among academics concerning planning?
- what is appointed as the most important planning problems
- who is percieved as the most important stakeholders according the different planning problems?
- what is stated according to the formal system and its abillity to cope with the different planning problems?
- what are the explanations for not using the all possibillities of the recent formal system?
- which examples are referred as 'best practice', when succesfully planning is mentioned?

M.Sc. Roel During, assistant professor Spatial Planning and Cultural Heritage, Wageningen University.

Two answers about Planning Culture

Planning culture is a unifying concept containing all meta-cognitive differences how planners use their reservoir of ideas concerning organizing society and space to develop strategies. They become manifest in the peculiar ways planners deal with regulations and interact in cooperation.

My contribution may be expected in the acquisition of knowledge about cultural influences in planning and identity construction in interactive settings, from the European governance perspective.

Dr. Hanno Ehrbeck
FIRU
Forschungs-und
Informationsgesellschaft für
Fach-und Rechtsfragen der
Raum-und Umweltplanung

1. Was verstehen Sie unter »Planungskultur«?

Planungskultur bezeichnet in meinem Verständnis die Art und Weise, wie jenseits rechtlicher Normen mit Planungsaufgaben und Akteuren umgegangen wird. Diese „weichen" Umgangsformen (im Gegensatz zu den „harten" rechtlich definierten) sind für die Bearbeitung von Problemen im Themenfeld Räumliche Entwicklung von großer Bedeutung. Hier besteht für die jeweiligen Akteure zudem ein großer Spielraum in der Ausgestaltung ihrer Arbeitsweise. Daher: Planungskultur als Ergänzung und Gegenstück zum planungsrechtlich determinierten Handeln.

2. Wenn der Begriff »Planungskultur« Gegenstand empirisch orientierter wissenschaftlicher Arbeit werden soll, welche Forschungsfragen sind aus Ihrer Sicht sinnvoll und welchen Ertrag erwarten Sie von ihnen?

Wenn Planungskultur die rechtlich nicht determinierten Arbeitsweisen und Handlungsformen bezeichnet, lässt sich diese nur schwer empirisch erfassen. Im Gegensatz zu den beschreib- und vergleichbaren rechtlichen Verfahrensschritten und Festsetzungen sind Arbeits- und Umgangsformen, sowie gewachsene Diskussionskulturen nur qualitativ zu beschreiben. Eine gewisse „Unschärfe" in der Beschreibung von lokalen Planungskulturen ist daher unvermeidbar.

Interessant fände ich im Rahmen einer empirisch orientierten Untersuchung, ob und wenn ja welche Typen lokaler Planungskultur sich heute in deutschen Städten beschreiben lassen, bzw. ob hier Zusammenhänge mit Rahmenbedingungen (Kommunalverfassung, Ost-West, Stadtgröße,...) zu beobachten sind.

Alexander Krämer
Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd
Stadtplanungs- und Baurechtsamt

1. Was verstehen Sie unter „Planungskultur“?

Planungskultur bezeichnet nach meinem Verständnis die Art und Weise, wie planerische Aufgaben wahrgenommen, diskutiert und bearbeitet werden. Unterschiedliche Herangehensweisen an planerische Problemstellungen bringen auch unterschiedliche Lösungen hervor. So haben die Auswahl der einzubindenden Akteure, der Instrumenteneinsatz, die Kommunikation in der Öffentlichkeit und die Ausgestaltung des Entscheidungsprozesses bereits erhebliche Auswirkungen auf das Ergebnis. Verfestigt sich ein bestimmtes Verfahren in einer Gesellschaft, etabliert sich zugleich eine Planungskultur.

2. Wenn der Begriff „Planungskultur“ Gegenstand empirisch orientierter wissenschaftlicher Arbeit werden soll, welche Forschungsfragen sind aus Ihrer Sicht sinnvoll und welchen Ertrag erwarten Sie von Ihnen?

Forschungsfragen:

- Welche unterschiedlichen Planungskulturen lassen sich definieren?
- Inwieweit beeinflusst eine bestimmte Planungskultur das Planungsergebnis?
- Welche Planungskultur eignet sich für ein spezifisches Problem/eine bestimmte Situation am besten?

Ertrag:

- Rückschlüsse über den Einfluss von Planungskulturen auf Planungsprozess und -ergebnisse

Prof. Dr. Michael Krautzberger

zu 1) Ich fange negativ an: Ich habe mich mit dem Dogma einiger, nicht gerade weniger der Planer- und Architektenzunft nie so ganz abfinden können, dass es hier vorrangig um Verfahrenskultur gehe. Denn es zählt doch öffentliche Aufnahme - Bauen ist eine öffentliche Sache, es gibt ein sichtbares Ergebnis - und das all zählt wohl vor allem - es ist der Bereich, der die menschliche Umwelt wie kein anderer beeinflusst. Also verlasse ich diese Argumentation und stelle auf ein breites Interesse an Baukultur ab, an eine Aufnahme, Ablehnung, eine Begeisterung oder Scheu vor dem neuen in den Mittelpunkt. Und setze bei dem Begriff vor allem auf die Auseinandersetzung in der Mitte der Gesellschaft ab, auf die Offenheit einer Gesellschaft, ihre Offenheit für die Auseinandersetzung um Baukultur.

zu 2) Bei Forschungsfragen: Es sind diese Fragen (1) und damit der Stellenwert von Baukultur in der Gesellschaft, die Untersuchung der Situation, der Rahmenbedingungen "heute". Die Defizite und die Lösungen - namentlich in der Bildung - untersuchen. Erfahrungen dazu heranziehen, ein internationaler Abgleich mit kritischem Vergleichen. Die Erwartung? Eine öffentliche Diskussion - ein PISA-Effekt oder nicht?

Stephan Mitschang

1. Was verstehen Sie unter »Planungskultur«?

Der Begriff der „Planungskultur“ ist, eng verbunden mit der Frage „Wie planen wir“. Der Begriff beschreibt insofern die Art und Weise, wie räumliche Planung erfolgt, wie also eine Nation, Gesellschaft oder auch auf einen kleineren Maßstab bezogen eine Region oder eine Kommune plant und steuert. Weil es dabei um das „Wie“ geht, lässt sich der Begriff der Planungskultur nicht allein auf die bereitstehenden Instrumente und das Planverfahren an sich beschränken, sondern umfasst vielmehr die Werthaltungen, Einstellungen und das Aufgabenverständnis der Planenden selbst. Dabei ist die Planungskultur ebenso einem Wandel unterlegen, wie die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und eng mit diesen Veränderungen verknüpft. So haben z.B. demographische Veränderungen (Rückgang der Bevölkerung und der damit einhergehende veränderte Altersaufbau unserer Gesellschaft) und der ökonomische Strukturwandel (Arbeitsplatzverluste, Standortaufgaben) aber auch technische Neuerungen wie z.B. das Internet Auswirkungen auf die Planungskultur und damit darauf wie und was geplant wird. Gleichermaßen eng verknüpft ist Planungskultur mit dem vorherrschenden Planungsverständnis. Glaubte man beispielsweise noch bis Anfang der 60er Jahre Planung allein durch die Planenden von oben steuern zu können, so wird Planung heute vielmehr als kommunikativer Prozess zwischen allen Beteiligten (Bürger, Politik, Verwaltung, Planer) begriffen, indem es vor allem darum geht, einen Konsens herzustellen und bei dem neben baulichen auch soziale, kulturelle und wirtschaftliche Aspekte eine Rolle spielen.

2. Wenn der Begriff »Planungskultur« Gegenstand empirisch orientierter wissenschaftlicher Arbeit werden soll, welche Forschungsfragen sind aus Ihrer Sicht sinnvoll und welchen Ertrag erwarten Sie von ihnen?

Unter dem Gesichtspunkt der empirischen Forschung können aus unserer Sicht folgende Fragestellungen von Bedeutung sein:

1) Definition des Begriffs „Planungskultur“.

2) Welche Ansätze einer Planungskultur sind in Deutschland vorhanden?

3) Welche Bedeutung hat die Planungskultur für die räumliche Planung?

4) Kann die Entwicklung einer Planungskultur zu einer Qualitätssicherung in der räumlichen Planung führen?

5) Welche Rolle spielt die Planungskultur in Ausbildung, Praxis, Wissenschaft der räumlichen Planung?

6) Welche Rolle hat die Öffentlichkeit bei der Entwicklung und der Implementierung einer Planungskultur?

Henning Nuissl, Leipzig

1. Mein Verständnis von Planungskultur

Allgemein gesprochen, ist (Raum-)Planung – als institutionelles System ebenso wie als Praxis – Teil der Kultur einer Gesellschaft. Deshalb kann sie auch als kulturelle Ausdrucksform verstanden werden. Planungskultur ist also nicht ein irgendwie eingrenzbarer Bestandteil von (Raum-)Planung; vielmehr erfasst der Begriff der Planungskultur die (kulturelle) Praxis der Planung aus einer bestimmten Perspektive. Dabei geht es zwar auch, aber keineswegs allein um planungsrechtliche Grundlagen und Akteurskonstellationen (die meist im Zentrum planungswissenschaftlicher Empirie stehen). In erster Näherung würde ich folgende Dimensionen von Planungskultur unterscheiden:

- Institutionengefüge (formelle Institutionen, insbes. planungsrechtliche Regelwerke)
- Akteurskonstellation
- (Professionelles) Handlungsleitendes Wissen (insbes. Planungstheorie')
- (Professionelle) Sprache (Gestaltung von Plänen, Fachtermini etc.)
- Werte (-kanon) (Gerechtigkeit, Wettbewerb, technischer Fortschritt etc)
- Interaktionsregeln (Kulturspezifische Regeln des ‚guten Umgangs')

2. Forschungsfragen zur Planungskultur und erwartete Forschungserträge

Empirische Forschung zur Planungskultur sollte die Planungspraxis entlang der genannten (ggf. weiter zu spezifizierenden) Dimensionen analysieren und beschreiben. Das kann einen Beitrag zur Selbstreflexion der (Raum-) Planung bzw der dort tätigen Planerinnen und Planer leisten, und es kann insbesondere helfen, Schwierigkeiten und Blockaden, die bei der planerischen Zusammenarbeit auftreten, besser zu verstehen und ggf. aus dem Weg zu räumen. Insbesondere im Hinblick auf die grenzüberschreitende Planung, die ja immer wichtiger wird, eröffnet der Begriff der Planungskultur daher eine interessante Perspektive. Im Idealfall bzw. wo möglich sollte die empirische Erforschung von Planungskultur – im Sinne der „klinischen Soziologie" – gemeinsam mit Planungspraktikerinnen und -praktikern erfolgen.

Dr. Andreas Pätz
WWG Königswinter

zu 1.: Was verstehen Sie unter Planungskultur?

In erster Linie das Selbstverständnis kommunaler Planungsträger, Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung von Stadtentwicklungsaufgaben zu beteiligen.

Dabei gibt es unterschiedliche Maßstabsebenen, die von grundsätzlichen Aufgabenstellungen ("Leitbildentwicklung") bis hin z.B. zur Ausgestaltung konkreter öffentlicher Räume reichen. Dementsprechend sind unterschiedliche Methoden bei Beteiligungsverfahren anzuwenden, die Partikularinteressen" ausbremsen" und auf das Gemeinwohl gerichtet sind (an Klaus Selle: siehe unser Netzwerk bürgerorientierter Kommunen `civitas´).

Zu 2.: Sinnvolle Forschungsaufgaben wären aus meiner Sicht z.B.

- die Hemmnisse und Vorurteile zu durchleuchten, die es auf kommunaler Ebene bei Verwaltung und Politik gibt, die dieser Art von Planungskultur kritisch gegenüber stehen.

- Evaluierungen von Projekten z.B. im öffentlichen Raum, die mit Verfahrender Bürgerbeteiligung entstanden in Hinblick auf die Akzeptanz der Ergebnisse in der Bevölkerung, Identifikation mit dem Ort, Aneignung der Räume, ...

Dr. Walter Prigge
Stiftung Bauhaus Dessau

Der Begriff Planungskultur bezeichnet

a) einen historisch spezifischen, also auch empirisch zu konkretisierenden Typ von Planung im Wandel der fordistischen Gesellschaft. So taucht der Begriff im Alltag der letzten 15 Jahre auf – als politisch-praktischer Kampfbegriff der Erweiterung moderner Planungspraxis auf dem Hintergrund des cultural turns: Die Rede ist von der Kultivierung von Planung durch Partizipation und Prozeß, Öffentlichkeit und Kommunikation, Mediation und Moderation, Kooperation und Akteuren...

Hier wird also historisch gefragt nach den empirischen Formen von Planung im Strukturwandel der modernen Gesellschaft. Arbeitet die „neue Planungskultur" etwa informell und partizipativ oder dialogisch und kooperativ, so wird Forschung diese realhistorisch neuen Formen im Horizont etwa der zweiten Moderne empirisch analysieren.

b) eine immer vorhandene methodische Dimension systematischer Selbst-Reflexion moderner Planungspraxis. Hier wird theoretisch gefragt nach dem Strukturwandel von Planung, also nach der systematischen gesellschaftspolitischen Bedeutung von z.B. a): Ist die kommunikative Planungskultur eine neue Technokratie der Selbst-Tätigkeit und Selbst-Verantwortung im Rahmen postfordistischer Individualisierungsprozesse und damit die entsprechende Ideologie eines neoliberalen Verhältnisses von Staat und Planung? Markiert sie einen wirklichen, d.h. selbstermächtigenden Bruch mit bürokratischer Planung der Moderne oder bleibt sie im Rahmen eines zwar erweiterten, gleichwohl administrativen Selbst-Verständnisses und damit in der Kontinuität einfacher Modernisierungen von Planung und Verwaltung?

Da es keine Planungs- (ebensowenig wie z.B. Verwaltungs-) wissenschaft geben kann, sucht theoretisches Fragen hier Verknüpfungen von politischen Planungsprozessen mit ökonomischen Dispositiven und kulturellen Diskursen der Gestaltung globalisierter Räume: Gesucht wird die reflexive Dimension transformierter Planung, auf dem Hintergrund etwa des spatial turns.

M.Sc.-Geogr. Mario Reimer: Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie, Geographisches Institut, Ruhr-Universität Bochum

1. Was verstehen Sie unter „Planungskultur"?

Meiner Meinung nach bietet der Cultplan-Report von 2006 einen geeigneten Ansatzpunkt für das Verständnis von „Planungskultur". Diesem folgend ist darunter „the typical way of working (organizing, deciding, manageing, communicating etc.) during the process of planning, as a result of the accumulated attitudes, values, rules, standards and beliefs shared by the group of people involved" zu verstehen (Cultplan 2006, S. 11).

Eine so gefasste Arbeitsdefinition betont aus meiner Sicht zwei analytische Dimensionen, die es bei empirisch gestützter planungskultureller Forschung zu berücksichtigen gilt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen einer planungskulturellen äußeren, direkt erfahrbaren Dimension (Planungsinstrumente und Methoden, Planungsorganisation und Planungsprozesse, Akteurszusammensetzung etc.) und einer planungskulturellen Kerndimension (Werte, Normen, Regeln, Kommunikationskulturen, „shared mental models" etc.).

Entscheidend ist aus meiner Sicht, beide Dimensionen als gleichbedeutende Elemente von Planungskultur zu begreifen und die Dynamik zwischen diesen zu berücksichtigen. Ziel planungskultureller Forschung (in Anlehnung an die Erkenntnisse aus der Governance-Forschung) ist es dann, „die Akteursnetzwerke, die Steuerungs-, Regelungs- und Koordinationsformen, die Verfahren und Instrumente sowie deren institutionelle Einbettung und Pfadabhängigkeit bzw. deren Veränderung durch das Handeln der Akteure zu analysieren, um damit zu einem besseren Verständnis von Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen und der Raumwirksamkeit von Planungskultur beizutragen". Es ist sinnvoll und notwendig, „nicht auf der instrumentellen, organisatorischen und prozessualen Ebene von Planungskultur stehen zu bleiben, sondern zum Kern der jeweiligen Planungskultur vorzudringen, um sowohl die Beharrungskräfte als auch die Transformationspotenziale des jeweils konstitutiven institutionellen Interdependenzgeflechts aus Werten, Normen, Regeln und Gesetzen offen zu legen" (Hohn et al. 2006, S. 9 – 11, verändert).

2. Wenn der Begriff „Planungskultur" Gegenstand empirisch orientierter wissenschaftlicher Arbeit werden soll, welche Forschungsfragen sind aus Ihrer Sicht sinnvoll und welchen Ertrag erwarten Sie von Ihnen?

1. Welche planungskulturellen Transformationen, verstanden als Veränderungen von Planungssystemen und Planungsinhalten, von Planungsprozessorganisation und den die Planung stützenden Instrumenten auf der operativen Ebene sowie deren Verhältnis zu den die Planung bestimmenden grundlegenden und tief verwurzelten Einstellungen, Wertorientierungen und Rollenzuschreibungen der handelnden Akteure sind auf der regionalen Ebene im Zuge neuer, sich über deren Handlungspraktiken manifestierenden regionalen Raumkonstruktionen zu konstatieren?

2. Über welche Faktoren sind Unterschiede zwischen verschiedenen regionalen planungskulturellen Konfigurationen zu erklären? Darauf aufbauend ist zu analysieren, welche planungskulturellen Konfigurationen aus einer normativen Perspektive heraus regionale Entwicklungsprozesse positiv oder negativ beeinflussen.

3. Sind regionale planungskulturelle Konfigurationen gestaltbar („Path-Dependency" regionaler Planungskultur)? Damit verbunden wird die Hoffnung, dass über eine tief greifende und transparente Analyse von regionalen Planungskulturen (kontextabhängige) Faktoren analysiert werden können, deren gezielte Steuerung regionale Entwicklungs- und Planungsprozesse einer „Effizienzsteigerung" zugänglich machen können.

Literatur

CULTPLAN (2006): Status Report Cultplan. Work Package 21. Wageningen

HOHN ET AL. (2006): Governance – ein Erklärungsansatz für Stadtentwicklungsprozesse. In: Berichte zur deutschen Landeskunde. Band 80. Heft 1. S. 5 – 15

Prof. Johannes Ringel,
Beate Ginzel
Universität Leipzig
Institut für Stadtentwicklung
und Bauwirtschaft

Was verstehen wir unter Planungskultur?

Ein sich veränderndes – und zur Diskussion stehendes – Verständnis von Planungskultur resultiert aus dem Wandel, denen Planung – unabhängig der räumlichen Ebene – und ihre Aufgaben- sowie Tätigkeitsfelder aufgrund gesellschaftlicher, politischer sowie wirtschaftlicher Transformationen unterworfen sind. Die derzeitige Förderung informeller Planungs- und Entscheidungsprozesse durch neue Akteurskonstellationen und Beteiligungsverfahren zeugen beispielhaft von einer veränderten Kultur der Planung. Eine auf formelle Verfahren ausgerichtete moderne Planungskultur wandelt sich zunehmend zu einer verständigungsorientierten postmodernen Planungskultur1. Im Umkehrschluss drückt sich Planungskultur dadurch aus, in welcher Form Akteure in die Planung und ihre Entscheidungsprozesse eingebunden sind2. Die Wirklichkeit und ihre Planungskultur stehen in einer Wechselbeziehung zueinander. Die Komplexität der Wirklichkeit spiegelt sich somit auch in ihrer Planungskultur wider.

Wenn der Begriff „Planungskultur“ Gegenstand empirisch orientierter wissenschaftlicher Arbeit werden soll, welche Fragestellungen sind aus unserer Sicht sinnvoll und welchen Ertrag erwarten wir von ihnen?

In der Praxis besteht bei dem beschriebenen Paradigmenwechsel nach wie vor eine große Unsicherheit. Die Komplexität der zu steuernden Prozesse in den Kommunen erhöht sich u. a. wegen der Vielzahl an einzubindenden Akteuren und den räumlichen Disparitäten. Eine generelle Debatte um eine neue Definition von Planungskultur ist deshalb auch aus unserer Sicht erforderlich. Da eine aktuelle Begriffsbestimmung bzw. die Diskussion eine Reflexion der aktuell ablaufenden Transformationen ermöglicht, erwarten wir davon für die Akteure in der Planungspraxis mehr Orientierung.

Die Entwicklung einer verständigungsorientierten Planungskultur erfordert gleichzeitig eine Untersuchung und eventuelle Anpassung der Planungssprache, um Kommunikationsprozesse zwischen den Akteursgruppen mit unterschiedlichen Hintergründen und Sichtweisen zu erleichtern und Konfliktpotenziale zu vermeiden. Die Untersuchung der Transformationen von Planungskulturen in einzelnen Kulturkreisen im Zuge der Globalisierung ist ebenfalls von Interesse.

Kristof Van Assche,
Minnesota State
Universities- St Cloud State

Planning culture

A culture is always two things, and from the duality a multiplicity arises: it is a group of people and it is a number of properties of these people, most importantly a shared frame of reference. A culture assumes an identity, a group bearing an identity and the identity as a series of features ascribed to these people by themselves or others.

Following most anthropologists, I am interested in both aspects of culture, in the way they interrelate and are constructed in specific historical, social, environmental conditions. Both aspects stem from a semiotic process: a group gives a certain meaning to itself and the world, and thereby creates itself and the world. Here semiotics and anthropology go hand in hand with social systems theory: a social system creates itself from scratch, simultaneously creates internally an image of the outside world.

The definition of the group and its properties can be constructed by insiders and outsiders. Insiders can convince outsiders of the value of a certain definition and vice versa. Outsiders can try to impose certain definitions on the insiders and vice versa.

Ethnic groups and other social groups have an identity, a certain construction of self and world, and in that sense a culture. Organizations and administrations can have an identity and a culture. Certain administrations and organizations are more unified and have more comprehensive and idiosyncratic self- observations than others. Administrations, organizations, identities, cultures change.

Planning we define broadly as coordinated efforts to improve spatial organization, however these things are defined. Planning in that sense has a procedural dimension, decision-making and communication, and a content-dimension, concerned with 'good' plans. Planning as coordination will always be involved with stakeholders of some sort, be it private or governmental. Planning can assume different roles in the coordination of different interests, often connected to a certain role the state assumes in societies.

Planning in this unfolding perspective is a meeting ground for different cultures, and a culture in itself. The roles that are allowed for in the planning systems –as the sum of all actors participating in the coordination efforts- are defined in the history of the planning system itself, and influence by its environment. Planning culture in turn is colored by the cultures of the actors formed in the system. Actors include here people belonging to the recognized 'stakeholders', to the administration, to the scientific and practical disciplines informing planning activities. People as individuals are embedded in different discourses, different cultures. The same is true for organizations, and administrations.

Planning is at the same time a game with an always unpredictable and later reinterpretable outcome. It is artistic production, in the sense that a more beautiful, pleasant, inspiring place can be produced. It is the construction of new narratives on space, and the communication of these new narratives. It is a battlefield of conflicting views on the community, its identity, its past, its future. And many more things. A hoist of metaphors can and should be used to elucidate the real and potential workings of planning.

So, planning culture can and should be studied from all these angles: planning culture is the identity of the roles in the planning system, the disciplinary roles, the organizational roles. It is also the identity of the ensemble, the way the roles are constructed and played out, the traditions and specific rules of transformation that belong to the system.

Empirical research/research questions

So what can we study then? What to study empirically? Which questions to ask? Many, many questions, looking at many objects, using many different methods, covering hitherto uncovered terrain. We argue that much of the tradition in planning research did not want to understand planning, planning culture, planning research in the way briefly presented here, because it was often tied up with certain images of state, administration, planning, certain images of the ideal role of bureaucratic planners and certain groups within the system. In short, planning could not see planning culture because it was caught up in one planning culture that did not allow for the existence of a multitude of planning cultures, caught up in a modernist, bureaucratic, social democratic planning culture.

We do not deny the achievements of similar planning cultures in practice, but they cannot be taken at face value analytically. One needs to let go of all assumptions on planning, its

goals, on good and bad spatial organizations before one look at planning cultures impartially and candidly.

All the metaphors need to be explored here: what is the culture of planning, its identity, if we look at it through the lens of communication? Power? Knowledge? Decisions? Anthropology as the study of cultures is necessarily political anthropology, religious anthropology, symbolic anthropology, anthropology of knowledge, perception,... since culture is visible in and shaped by all these domains of human experience and expression.

Qualitative and quantitative methods can be combined, in different ways, to answer different partial questions. One can look at a city, or a country, and ask oneself how space is organized, what the role of the government is, in making plans, in coordinating efforts, which actors are allowed to play a role, which disciplines influence the game. One can study which knowledge plays a role in which decisions, one can study the value of esthetic arguments, the persuasion of drawings, the assumptions on organization, on chaos, on beauty, on rationality that pertain to stakeholders or dominate in the system as a whole. One can investigate the continuity and transformation of actors and system, one can study the adaptation of the system and its elements to changing internal and external environments.

This overly concise theoretical frame to look at planning culture, can indeed be labeled postmodern, but it leaves room for all kind of traditional methods, qualitative and quantitative.

One still needs classical historical methods to dig in the archives and reconstruct the decision- making process regarding a new development, one still needs to quantify the role of private investment, one can lean on the old rhetorical analysis for newer discourse analysis, one still needs hydrological insight to assess water management decisions. Often, comparative research will deepen the insight into planning cultures, with criteria and methods specific to the question at hand, not specific to planning culture research.

Worst thing one can do in studying planning culture is seeing it as a the study of a newly discovered feature of planning systems, apart from and unrelated to all the existing features and their traditional methodologies. It should be the refreshed study of planning, untainted by modernist assumptions, unafraid of self- reflection, unhampered by anxieties about the future role of people with degrees in planning.

Such is not a negative enterprise. On the contrary, it unveils the fantastic ability of human societies to organize themselves in the most varied ways, and it helps us to see how and when we can learn from each other.

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Eine Umfrage zur »Planungskultur«

Erste Eindrücke – zusammengestellt von Rainer Danielzyk und Klaus Selle

»Über Planungskultur wird (wieder) viel gesprochen. Konferenzen, Werkstätten und Publikationstitel signalisieren eine neue Aufmerksamkeit fu r dieses Thema. Es besteht aber, erneut, die Gefahr, dass alle das gleiche Wort verwenden, aber Verschiedenes meinen«. So hatte die PND-Redaktion eine Umfrage angekündigt, die im Wesentlichen aus zwei Fragen bestand:

1. Was verstehen Sie unter »Planungskultur«?

2. Wenn »Planungskultur« Gegenstand empirisch orientierter wissenschaftlicher Arbeit werden soll, welche Forschungsfragen sind aus Ihrer Sicht sinnvoll (und welchen Ertrag erwarten Sie von ihnen)?

Der Bitte, sich zu diesen Fragen kurz und knapp zu äußern kamen bislang deutlich mehr als dreißig Autorinnen und Autoren nach – weitere können und werden folgen. Zehn der Antworten wurden in der Ausgabe IV|07 wiedergegeben, weitere folgen in der vorliegenden.

Wir freuen uns sehr, dass die Umfrage auf so große Resonanz stieß und fassen dies auch als Bestätigung unserer Annahme auf, dass gerade solche Formen des fachlichen Meinungsaustausches für eine Internet-basierte Publikation geeignet sind.

Wenn von »Meinungsaustausch« die Rede ist, so heißt das auch, dass wir die eingehende Antworten in PNDonline nicht nur nebeneinander stellen, sondern auch in Beziehung untereinander setzen wollen.

Das kann und soll derzeit noch nicht abschließend geschehen. Aber wir möchten die zweite »Lieferung« von Antworten doch zum Anlass nehmen, um erste Eindrücke wiederzugeben, die sich bei Durchsicht der bisherigen Äußerungen zum Thema ergaben.

Dies soll nach Möglichkeit schon mit der nächsten Ausgabe in eine umfassendere Auswertung münden, in die wir dann auch externe Kommentatoren mit einbinden – um so zu einem tatsächlichen Austausch und womöglich auch zu einer Verständigung über den möglichen Nutzen des Wortes »Planungskultur« für die Stadt- und Planungsforschung zu kommen.

Heterogenität

Schon im Aufruf zur Umfrage war die Vermutung geäußert worden – und sie wurde vollauf bestätigt: Es besteht in der Tat »die Gefahr, dass alle das gleiche Wort verwenden, aber Verschiedenes meinen«. Mit dem einen Wort wird, das machen die bisherigen Antworten deutlich, sehr Verschiedenes bezeichnet: Es gibt sicher keine drei inhaltlichen Beiträge, die ein ähnliches begriffliches/konzeptionelles Verständnis zugrunde legen bzw. ähnliche Erwartungen an die Verwendung des Begriffs »Planungskultur« richten.

Ein Nebenaspekt ist dabei, dass es auch im Hinblick auf räumliche Bezüge und Zuordnung zu räumlichen »Maßstabsebenen« keine mehrheitlich geteilten klaren Aussagen oder Präferenzen für die Verwendung des Begriffs »Planungskultur« gibt.

Auch scheint es keine gemeinsam geteilten Paradigmen oder Grundhaltungen zu geben, aus deren Kontext heraus eine Auseinandersetzung mit dem Begriff geführt würde oder werden könnte.

Es ist dann wohl auch nur konsequent, dass auch die Verwendung der Begriffsbestandteile »Planung« und »Kultur« extrem uneinheitlich ist. Ganz wie John Friedmann dies schon vor mehr als zehn Jahren für die Begriffe »Planning« und »Theory« feststellte, sind wir offensichtlich bei Schlüsselbegriffen unserer Arbeit sehr unterschiedlicher Meinung. Dabei fällt auf, dass es auch keine »Schulen« oder »Lager« gibt, zwischen denen auf den ersten Blick unterschieden werden könnte. Überwiegend scheint man sich der »Planungskultur« individuell-assoziativ zu nähern. Konzeptionell hergeleitete Begriffsbestimmungen fehlen weitgehend und auch Bezüge zu Definitionen Dritter fehlen (bis auf einige Ausnahmen, in denen insbesondere auf den Aufsatz von Dietrich Fürst Bezug genommen wird).

Normativ - Deskriptiv

Ein weiterer Eindruck, der sich bei der Durchsicht des Materials aufdrängt, ist der eines »normativen Überschusses« bei der gedanklichen Auseinandersetzung mit „Planungskultur". Dieser tritt unterschiedlich auf: Einerseits wird »Planungskultur« so verstanden, dass bereits das Vorhandensein einer Planungs-»Kultur« »gut« sei. Aus dieser Perspektive ist das Vorhandensein einer »Kultur« anscheinend per se etwas Positives – vermutlich im Sinne einer Hochkultur bzw. einer höherwertigen Organisationsform. Andererseits werden Kriterien benannt, bei deren Vorliegen von »Planugskultur« gesprochen werden könne – etwa, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse genutzt werden, wenn Prozesse offen und transparent gestaltet werden etc.

Beide Verwendungsformen erstaunen insofern, als der Kulturbegriff in anderen Wissenschaften vor allem deskriptiv-analytisch Verwendung findet und nicht automatisch mit normativen Anforderungen verknüpft wird. In der allgemeinen kulturpolitischen und –wissenschaftlichen Diskussion wird »Kultur« eher als ein offenes, auch durch empirische Untersuchungen erforschbares, erst einmal normativ neutrales Konzept verstanden. In dieser Hinsicht scheint die initiierte Planungskultur-Diskussion noch keinesfalls »anschlussfähig« zu sein.

Warum dies so ist, wäre eine eigene Betrachtung wert. In gewisser Weise bestätigt sich hier ein Eindruck, den man auch in anderen Feldern der planungstheoretischen Diskussion gewinnen kann und für den schon früher die Bezeichnung »normativer Überschuss« Verwendung fand. Erinnert sei nur an den »communicative turn« oder in jüngerer Zeit an die »Governance-Diskussion«, deren deskriptiv-analytischer Kern auch sehr schnell durch implizit (kooperativ statt hoheitlich) oder explizit (»good governance«) getroffenen Wertungen überformt wurde.

Cluster

Die Heterogenität lässt sich allerdings etwas strukturieren: Es gibt kleine »Cluster« eines ähnlichen, gemeinsam geteilten Verständnisses von »Planungskultur«. Würde man das Material mit den Methoden der qualitativen empirischen Sozialforschung auswerten wollen, wäre eine »Typenbildung«, im Sinne unterscheidbarer Formen eines annähernd ähnlichen Verständnisses des Begriffes, herauszuarbeiten. Dabei dürfte Ertrag am ehesten zu gewinnen sein, wenn man tatsächlich mit den Wortbestandteilen beginnt und zunächst die verschiedene »Planungs«- und »Kultur«-Bestandteile isoliert und hier Typen bildet. Daraus ließen sich dann – das ist allerdings vorerst nur eine Hypothese – womöglich doch verschiedene »Begriffsbündel« bilden, die man vergleichend betrachten und hinsichtlich ihrer Verwendung für den wissenschaftlichen Gebrauch prüfen könnte.

Begriffsarbeit

Es dürfte unstrittig sein, dass es für eine Disziplin und einen Diskurszusammenhang unerlässlich ist, sich über die Verwendung von Grundbegriffen einig zu sein. Der erste Blick auf die Umfrageergebnisse legt die Erkenntnis nahe, dass eine solche Einigkeit im Falle der »Planungskultur« mitnichten gegeben ist. Was also tun?

Eine Konsequenz könnte darin bestehen, Begriff und Konzept der »Planungskultur« als für die wissenschaftliche Arbeit ungeeignet anzusehen. Ein »unscharfer« Gegenstand wird »unscharf wahrgenommen« – was nicht nur präzise Verständigung über das jeweils Gemeinte erschwert, sondern auch den Diskurs und die ihn führende »scientific community« nach außen in einem befremdlichen Licht erscheinen lässt.

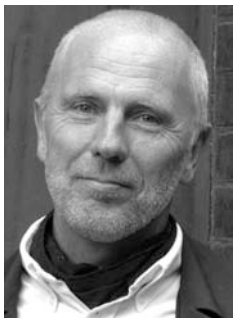
Eine andere Konsequenz müsste darin bestehen, sich der Mühe intensiver Begriffsarbeit zu unterziehen, um überhaupt erst einmal klar umrissene, alternative Begriffe/Konzepte – etwa auf dem Wege der oben skizzierten »Clusterbildung« – zu gewinnen, über die sich dann wissenschaftlich disputieren ließe. Auch wenn so nicht unbedingt Einigkeit erzielt werden könnte, wäre vielleicht doch eine Verständigung darüber zu erzielen, worüber man eigentlich uneins ist.

Wir laden die Autorinnen und Autoren herzlich ein, an einer Auswertung der Umfrageergebnisse in diesem Sinne mitzuwirken und werden uns bemühen, baldmöglichst eigene Impulse für diese Begriffsarbeit beisteuern zu können.

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Bestand entwickeln? Kontinuität und Wandel eines Themas

Drei Anmerkungen zu drei Jahrzehnten Fachdiskurs...



Klaus Selle ist der Lehrstuhlinhaber Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen

Dieser Beitrag erscheint demnächst in: Schmitt, Gisela/Selle, Klaus (Hrsg.) (2008): Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt.

Der Beginn der fachlichen Auseinandersetzung mit »Bestand« ist recht genau zu datieren. Karl Gansers Überlegungen zum »Bestandswachstum« aus dem Jahr 1974 dürften einen Anfang markieren[i].

Dies zu erwähnen heißt zugleich festzustellen, dass »Bestand« früher kein Thema des urbanistischen Diskurses war. Tatsächlich wurde Stadtentwicklung mehr als ein Jahrhundert lang mit Neubau, mit der Erweiterung der Stadt nach außen gleichgesetzt. Wenn Stadt sich nach Innen entwickelte, geschah dies in der Regel im Wege der »Flächensanierung«: Bestehendes wurde beiseite geräumt und auf leeren Flächen neu gebaut. Die Erkenntnis, dass man erneuern und erhalten kann, brach sich erst im Laufe der 70er Jahre bahn – Ökonomischer Wandel, politische Konflikte und das damals erwachende ökologische Bewusstsein machten es möglich. Seither ist viel geschehen – in den Städten und in der Fach-Diskussion über Stadtentwicklung (im Bestand). Das nachzuzeichnen und kritisch zu beleuchten wäre ein verdienstvolles Unterfangen, das an dieser Stelle aber jeglichen Rahmen sprengen würde. Also muss der Rückblick hier auf drei Anmerkungen beschränkt bleiben:

- Am Ende eines umfangreichen Buches, über den aktuellen Stand der Diskussion zur bestandsorientierten Stadtentwicklung liegt die Versuchung nahe, darauf hinzuweisen, dass nicht alles Aktuelle auch neu sein muss. Dieser Versuchung sei nachgegeben, nicht ohne jedoch auf die begrenzte Aussagekraft solcher Déjà-Vu-Erlebnisse hinzuweisen (Kap. 1);

- Von den vielen thematischen Linien, die innerhalb der Fachdiskussion zum »Bestand« zu identifizieren sind, war die »sozial orientierte« lange Zeit besonders deutlich ausgeprägt. Das scheint sich grundlegend geändert zu haben. Was ist geschehen? (Kap. 2);

- Wenig verändert hingegen scheint der planungs- oder steuerungstheoretische Diskurs in Sachen Bestandsentwicklung. Hier ist vielfach noch immer von »*der* Planung« als zentralem Akteur einer lokalen Bestandsentwicklung die Rede. Hier werden Akteure, Aktivitäten und Interaktionen genauer bestimmt werden müssen, wenn der theoretische Diskurs nicht vage und damit wirkungslos bleiben soll (Kap. 3).

1. Déjà vu – ja und?

Nicht selten sind es Zufälle, die Anlass zum Nachdenken geben. In diesem Fall traf die Vorbereitung auf die PT-Tagung 2007, die sich der Bestandsfrage widmete, zusammen mit einer »Entrümpelungsaktion« in den Regalen des heimischen Arbeitszimmers: Es galt Luft zu schaffen und sich von vermeintlich nicht mehr Benötigtem zu trennen. Aber so einfach geht das nicht. Man wirft die Broschüren, Ordnerinhalte und Materialien nicht umstandslos in den Container, sondern nimmt das eine oder andere in die Hand und stöbert herum und gelangt nicht selten zu der Erkenntnis, dass man dies oder jenes doch in jedem Fall behalten sollte.

In diesem Fall gerieten mir unter anderem alte Aufzeichnungen und Materialien in die Hand, die im Zuge der Auseinandersetzung mit dem »Ausverkauf von Bergmannswohnungen« entstanden – und schlaglichtartig wurden die frappanten Ähnlichkeiten mit brandaktuellen Untersuchungen zum heutigen Wandel der Anbieterstruktur an den Wohnungsmärkten deutlich.

Dieses Wiedererkennen eines Themas ist natürlich nicht auf Zufälle vor besonderem biografischen Hintergrund beschränkt. Vielmehr lassen sich in Fachdiskursen, zumal solchen, die auf Wandel, Wechsel und Aktualität ausgerichtet sind, häufig thematische Wiedergänger identifizieren. Dazu einige Stichworte am Beispiel der Fachdiskussionen über Stadtentwicklung:

»Wir werden weniger, älter, bunter«, »Zeitbombe Bevölkerungsentwicklung«, »Ausblutende Regionen, Perforierte Städte«, »Quartiere im Wandel«, »Nachfrageorientierte Wohnungsmärkte«, »Heuschreckenalarm – jetzt auch die Wohnungen?«, »Verkauf von Tafelsilber«, »Politische Konflikte um verkaufsbedrohte Bestände«, »Leere Kassen – Ende der Handlungsfähigkeit«, »Kommunale Verzweiflungstaten«, »Die Gemeinden gehen baden«...

Solche Schlagworte und Titelzeilen waren in den letzten Jahren in der Fachwelt und der weiteren Öffentlichkeit zu hören und zu lesen. Sie signalisieren: Es ändert sich viel – in der Gesellschaft, an den Märkten, in der Politik und in den Städten, Quartieren, Wohnungsbeständen... Sie signalisieren zugleich ein Wechselbad der Gefühle: Horrorszenarien folgten differenzierten Darstellungen, die auf unterschiedliche, ja zum Teil gegenteilige Entwicklungen in verschiedenen Städten und Regionen hinwiesen. Und die wiederum wurden jüngst überlagert durch anscheinend positive Signale. Jetzt sind Schlagworte zu hören wie: »Neue Lust auf Stadt«, »Jetzt ist er da, der Aufschwung« ... »Gewerbesteueraufkommen steigen« ... und einige Städte und Bundesländer erklären: Wir wachsen weiter (und prompt gibt es wieder Tagungen, die erneut das Stadtwachstum zum Thema haben).

Blickt man auf die letzten drei Jahrzehnte zurück, mutet zumindest Betrachtern aus dem Westen der Republik das alles merkwürdig vertraut an: Gab es nicht schon einmal die Klagen übers Schrumpfen, über die Folgen der »De-Industrialisierung« , den Ausverkauf von Wohnungen, über das Ende der Handlungsfähigkeit der Kommunen...? Und gab es nicht auch schon einen ähnlichen Stimmungsumschwung? Ende der 80er, Anfang der 90er – als sich die Märkte gen Osten öffneten. Mit einem Mal war wieder von Wachstum hier und von »blühenden Landschaften« dort die Rede...

Aber es ist nicht nur das Wechselbad der Gefühle, das ein Déjà-Vu-Erlebnis auslöst. Es sind auch einzelne der in jüngerer Zeit als »neu« apostrophierten Entwicklungen. Dazu nur wenige Stichworte:

De-Industrialisierungsprozesse und regionale Wachstums-/Entwertungszyklen sind keinesfalls neu. Damit mussten sich altindustrielle Regionen und Städte in Westeuropa und Nordamerika schon seit 70er Jahren herumschlagen. Auch hier zog sich das private Kapital aus Produktion und Raum zurück, um andernorts Anlagesphären zu suchen, auch hier wurde, um mit Matthias Bernt (2006, 120) zu sprechen, der »Kapitalstrom ... zum Rinnsal«. Auch früher schon wurden im Zuge solcher Prozesse Produktionsstätten, Infrastrukturen und Wohnungen großflächig abgerissen (man denke nur an Nordengland zu Beginn der 80er Jahre) und der Stadtraum so »perforiert«.

Auch die *demografischen Schrumpfungsszenarien* sind keinesfalls neu. Schon seit mehr als drei Jahrzehnten sind für die Demografen die Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung klar. Und Bevölkerungszahlen gehen zumal in den alten Industrieregionen schon seit Jahrzehnten zurück: So waren etwa im Ruhrgebiet schon in den 70er Jahren Prognosen zu lesen, die das »Revier bald menschenleer« sahen – fast wortgleiche Schlagzei-

len fanden sich 30 Jahre später in der dortigen Tagespresse. Aber sowohl bei der Ausgestaltung der Sozialsysteme wie bei der Stadtentwicklung sah man größtenteils darüber hinweg. Und mit einem Mal stehen sie, als scheinbar neues und überraschendes Phänomen im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Hinsichtlich der *Umstrukturierungen der Anbieterlandschaft am Wohnungsmarkt* war ja schon von einem persönlichen Aha-Erlebnis die Rede, als die Tabellen der Studie zu den »Veränderungen der Anbieterstruktur im deutschen Wohnungsmarkt« (Veser u.a. 2007) mit den früheren Recherchen zum »Ausverkauf von Bergmannswohnungen« (z.B. Mauthe u.a. 1983, Segin/Selle 1982, Selle 1986) in Bezug gebracht wurden: Schon damals ging es um 1 Million Wohnungen, die in den Sog großer Kapitalströme gerieten, die aus dem Stahl- und Montanbereich – wo zuvor diese Wohnungen zur Bindung von Arbeitskräften benötigt wurden – hinausdrängten in die weite Welt neuer Anlagesphären. Schon damals wurden Dynamiken beschrieben, die vor allem solche Wohnungsbestände betreffen, denen einmal besondere soziale Aufgaben zugewiesen worden waren.

Auch der Einfluss von *Akteuren aus anderen Märkten* ist schon in der Vergangenheit herausgearbeitet worden. Das gilt insbesondere für die Banken, deren Kreditvergabe ganz wesentliche Einwirkungen auf die Stadt und Wohnungsbestandsentwicklung haben kann. Wenn etwa der Vorstandsvorsitzende der Münchner Hypothekenbank feststellt: »Es wird Entvölkerungs-Regionen geben. In letzteren würde ich keinen Euro investieren« [SZ v. 9.7.2004] oder es in einem Bericht von Bertrand Schiffers (in diesem Band) heißt: »Die Bank sagt, Zeitz ist ein rotes Gebiet«, so handelt es sich hier um die Fortsetzung des aus den Metropolen der USA seit den 60er Jahren bekannten »Red Lining«: Bestimmte Stadtteile wurden auf den Stadtkarten von den Banken rot umgrenzt. Hier lohnten sich Kredite nicht, die Risiken waren zu hoch. Offiziell wurde diese Politik verboten, tatsächlich sind Geldgeber – nicht nur in New York – aber weiterhin durchaus »standortbewusst«. Das kann, wie die Erfahrung zeigt, in zweifacher Hinsicht Wirkung zeigen: In Desinvestitionsregionen werden so die Abwärtsentwicklungen verfestigt, in den Zielgebieten der Kapitalströme hingegen werden Umstrukturierungsprozesse (früher: Abriss und Neubau, später: Gentrifizierung) beschleunigt und noch weniger steuerbar.

Und wer den Blick auf *kommunales bzw. öffentliches Handeln* richtet, der wird gleich auf vielfache Weise an frühere Entwicklungen und Klagen erinnert. Auch hier wieder nur wenige Stichworte:

- Schon früher wurde deutlich, dass bei Großbewegungen im Immobilienmarkt die öffentlichen Akteure kaum Einflussmöglichkeiten haben. Bestenfalls bleiben ihnen moderierende und abfedernde Funktionen – so sie die überhaupt wahrnehmen wollen.

- Auch der Kampf gegen die Suburbanisierung und die Hoffnung auf Rück- oder doch Zuwanderung einkommensstarker Haushalte erscheint beim Rückblick über die Jahrzehnte bekannt. Seit den 70er Jahren wurden damit die unterschiedlichsten Handlungsprogramme in den Kommunen – von der Wohnungsumfeldverbesserung bis zu Einfamilienhausprogramm gerechtfertigt.

- Dass Kommunen aufs Engste mit Unternehmen aus dem Immobiliensektor zusammenwirken und so ganze Entwicklungskonzepte entstehen , ist gleichfalls keinesfalls neu: Die frühen Phasen der Stadterneuerung im Westen Deutschlands waren vielmehr durch eine korporatistische Blockbildung zwischen Staat, Kommunen und vorstaatlichen (z.B. gewerkschaftseigenen) Unternehmen geprägt, an denen gemessen heutige Kooperationen eher locker gesponnen aussehen.

- Und nicht zuletzt ist die – in diesem Kontext auch heute wieder thematisierte – Abhängigkeit der Städte von suprakommunalen Programmen, insbesondere bei der Städtebauförderung, keinesfalls ein neues Phänomen (dazu mehr in Kapitel 3).

Was also ist wirklich neu an den aktuellen Herausforderungen?

»Nichts«, wird ein Historiker sagen: Die Zyklen von Aufstieg und Fall kennzeichnen die Stadtgeschichte seit ihren Ursprüngen. Immer wieder mussten sich die Städte, ihre Bewohner, alle die Handel und Wandel trieben, auf neue Situationen einstellen. Mal gelang dies, mal nicht. Und so sanken einst blühende Städte in provinzielle Bedeutungslosigkeit ab, während andere zu Macht und Reichtum auf-

stiegen. Einige Städte – Rom etwa – durchliefen gleich mehrere solcher Zyklen.

»Nichts«, wird auch ein Theoretiker der Stadtentwicklung sagen: Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklungen bilden ein Wirkungsgefüge, das sich immer wieder aufs Neue im Raum ausdrückt und die Entwicklung von Städten, Quartieren bzw. Wohnungsbeständen etc. prägt...

»Alles« werden hingegen die sagen, die weder Anlass noch Muße haben, historisch weit auszugreifen oder sich in Abstraktionen zu verlieren, sondern die hier und heute von Problemen bedrückt werden, die dringendes Handeln erfordern – und doch wenig Handlungsmöglichkeiten zu bieten scheinen.

Das sei an einem Beispiel illustriert: Für die Menschen im Ruhrgebiet bedeutete der bereits in den 60er Jahren beginnende Wegfall von zunächst mehreren zehn-, dann hunderttausenden Arbeitsplätzen im Kohle- und Stahlsektor eine einschneidende Erfahrung. Arbeitsplätze, die über Generationen sicher waren, als »gegeben« vorausgesetzt und in den Familien gleichsam vererbt wurden, verschwanden mit einem Mal. Und als dann noch die Wohnungen in Malströme der Verwertung durch Banken und neue Eigentümer gerieten, erfuhren die betroffenen Menschen schmerzhaft, wie fragil ihre gesamten Lebensumstände waren. Dass das alles im historischen oder globalen Maßstab nicht »neu« war, musste für sie völlig ohne Belang sein. Und ganz ähnlich war es vermutlich für die Menschen in Hoyerswerda, Zeitz und anderswo, als ihre Arbeitsplätze »abgewickelt« wurden. Auch für sie wäre es nicht hilfreich gewesen, sie darauf hinzuweisen, dass sie da eine im Kapitalismus typische Erfahrung machen.

Und was für die Alltagswelt gilt, trifft auch für die Fachwelten zu: Für Stadtplaner, die unter den Wachstumsbedingungen der 50er und 60er Jahre fachlich heranwuchsen, bedeutete die Hinwendung zum Bestand, die »Stadtentwicklung ohne Wachstum« in den 80er Jahren eine völlig neue Erfahrung, der sie sich vielfach nur widerwillig aussetzten – um dann umso freudiger wieder ans Entwerfen zu gehen, als in den frühen 90ern erneut in großem Umfang Bebauungspläne für die »Grüne Wiese« angefertigt wurden. Und, um ein weiteres Beispiel zu nehmen, die Fachleute der Erhaltenden Erneuerung, die es gelernt hatten, behutsam mit dem Bestand umzugehen, mussten völlig neu denken, als im Zuge des Stadtumbaus in großem Umfang Gebäudesubstanz abgerissen werden sollte (vgl. Uwe Altrock in diesem Band).

Solche Beispiele ließen sich mehren und auf die Berufswelten der Stadtforscher und Planungstheoretiker ausdehnen. Auch sie erfuhren vieles als »neu«, was so »neu« nicht war.

Individuelle Erfahrungswelt und historische Wirklichkeiten weisen, das kann man daraus folgern, oft nur kleine Schnittmengen auf.

Damit ist, spätestens, der Punkt erreicht, wo die Auflistung von Déjà-Vu-Erlebnissen wenig hilfreich wird – wenn es nicht gelingt, sie konstruktiv zu wenden und zu fragen, welchen Nutzen denn der Blick zurück haben könnte.

Daher seien, anknüpfend an die bisherigen Überlegungen, fünf erste Folgerungen gezogen:

1. Generell ist zunächst festzuhalten: Die Tatsache, dass die heutigen Debatten zur Stadt- und Wohnungsbestandsentwicklung so viele »Dejà-Vu-Erlebnisse auslösen, kann als untrügliches Zeichen dafür gewertet werden, dass es sich bei den aktuellen Entwicklungen nicht um kurzlebige Erscheinungen, sondern um eine langfristig wirksame Trendwende handelt. Diese Feststellung ist insofern bedeutsam, als viele, insbesondere die planenden und bauenden Fachleute schon einmal nur allzugern bereit waren, die Bestandsorientierung als reines Übergangsphänomen zwischen zwei Wachstumsphasen anzusehen.

2. Aus dem Rückblick ist zudem zu lernen, dass der »Bestand« der Städte, anders als das Wort nahe legt, nichts Statisches ist. Er befindet sich vielmehr in ständiger Bewegung – in eigentumsrechtlicher, ökonomischer und sozialer Hinsicht. Dieser »stille Strukturwandel« (Bofenschen u.a. 1986) kann unterschiedliche Dynamiken entfalten und mal diese, mal jene Bestände in besonderer Weise betreffen – er kommt jedoch nicht zur Ruhe.

3. Daraus folgt drittens: Wesentliches geschieht im Bestand bevor es zu sichtbaren baulichen Folgen kommt – ob das nun der Abriss oder die Aufwertung ist. Dies begründet unter anderem eine Schwäche öffentlicher Akteure in der bestandsorientierten Stadtentwicklung: Ihr traditionelles bau- und planungsrechtliches Instrumentarium greift vielfach zu spät.

4. Wer den Blick zurück zur Orientierung im Hier und Jetzt nutzen will, muss zudem beachten: Dass die »Phasen« und »Epochen«, in die die Geschichte oft unterteilt wird, erst im Nachhinein gebildet werden. Für die jeweiligen Zeitgenossen waren sie nicht sichtbar. Die erleben die Entwicklungen ihrer Zeit in der Regel als widersprüchlich und die darauf gerichteten Aktivitäten (etwa öffentlicher Akteure) als Suchprozess (vgl. auch Bernt in diesem Band). Zugleich beinhalten Phasenbildungen immer Vergröberungen, indem bestimmte Merkmale besonders betont und andere vernachlässigt werden. Anders ausgedrückt: Auch in den 80er Jahren, die heute der Bestandsorientierung oder der »erhaltenden Erneuerung« zugerechnet werden, riss man Gebäude ab und in den 90er Jahren, die heute als »Wachstumsphase« und »neubauorientiert« gelten, wurden vielerorts Bestände gepflegt und weiter entwickelt. Oder: Während heute die Renaissance der Stadt gefeiert wird, findet durchaus weiterhin Suburbanisierung statt.

5. Das verweis nicht nur auf widersprüchliche Entwicklungen sondern auch auf die Notwendigkeit der Unterscheidung von:

- *Veränderungen* in Raum, Gesellschaft und Wirtschaft – etwa die Erosion der sozial gebundenen Wohnungsbestände oder die Umstrukturierungen auf der Anbieterseite am Wohnungsmarkt betreffend, beides Prozesse, die seit den 70er Jahren in der derzeitigen Form zu beobachten sind, die aber wiederum ihre Vorläufer hatten;

- Konstanz und Wandel von *Handlungsmustern* – etwa das Verhältnis zwischen Staat und Wohnungswirtschaft und die Herausbildung unterschiedlicher Formen der »Interdependenzgestaltung«

- Entwicklung von *Diskursen* – etwa die Wahrnehmung der Probleme an den Wohnungsmärkten und ihre Rückwirkungen auf die Entwicklung der Städte oder die Möglichkeiten der Steuerung oder zumindest Beeinflussung solcher Prozesse durch öffentliche Akteure betreffend.

Es ist zweifellos sinnvoll und für die Verständigung hilfreich, bei »diachronen« Betrachtungen diese verschiedenen Linien unterscheidbar zu halten. In diesem Sinne sei darauf hingewiesen, dass es in den folgenden zwei Kapiteln erneut vor allem Veränderungen und Konstanten in der Fachdiskussion behandelt werden – und dabei ebenfalls wieder Vergröberungen in Kauf genommen werden müssen, denn die beschriebenen Entwicklungslinien prägten keinesfalls jeweils die *ganze* Diskussion.

2. Friede den Hütten: Was ist aus der Wohnungsnot und der sozial orientierten Bestandspolitik geworden?

»Anlass für die Hausbesetzungen ist ... die angespannte Lage auf dem örtlichen Wohnungsmarkt« – so verlautbarte das Bundeskabinett 1981 – und erklärte mit diesen Problemen auch, dass die Hausbesetzer »in einigen der betroffenen Gebiete bei den Bewohnern offenbar auf Verständnis und Sympathie« stoßen (Pesch/Selle 1982, 354).

Als in den 80er Jahren über Bestandsorientierung diskutiert wurde, geschah dies unter dem Eindruck einer damals als neu empfundenen Wohnungsnot. Daraus resultierte eine deutliche Politisierung der Debatte und die Forderung nach einer »sozial orientierten« Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik. Die Parole »Frieden den Hütten, Krieg den Palästen« brachte das zum Ausdruck: Als geistige Urheber sind hier zunächst Georg Büchner (Der Hessische Landbote – Juli 1834 – »Friede den Hütten! Krieg den Palästen!«) bzw. Nicolas Chamfort (»Guerre aux châteaux!Paix aux chaumières«) anzugeben – aber eigentlich gemeint sind die anonymen Verfasser zahlreicher Grafitti, die Anfang der 80er Jahre mit eben diesem Slogan den Kern der Verteilungskonflikte am Wohnungsmarkt und in der Wohnungspolitik an die Häuserwände sprühten: Nur wer die einfachen Wohnungen schützt, kann an einem Wohnungsmarkt, der zutreffend als »Bestandsmarkt« gekennzeichnet wurde, also quantitativ kurzfristig nur marginal durch Neubau verändert wird, Beiträge zur Wohnungsversorgung unterer Einkommensgruppen leisten. Auch die Wissenschaft sah das so und die Vertreter der sozial orientierten Position bezeichneten die »Verknappung des preiswerten Wohnungsbestandes als Hauptproblem der Wohnungspolitik« (Müller 1980), denn: Gentrification, Privatisierung und Abschmelzen des Sozialwohnungsbestandes bedeuteten für einkommensschwache Gruppen ersichtlich eine weitere Verschlechterung ihrer Situation. Und andererseits wurde von der Politik gefordert, dass sie sich eben dieses Problems in besonderer Weise annehme, sich also an sozialen Bedürfnissen orientiere und nicht an Gesichtspunkten wie Förderung der Baukonjunktur, Eigentumsbildung etc. Gefordert war also eine »po-

sitive Diskrimierung«, eine deutliche Parteinahme für die schwachen Gruppen der Gesellschaft – und die Wohnungspolitik im Bestand wurde als ein dafür besonders geeignetes Handlungsfeld angesehen.

Was ist aus alledem geworden? Was geschah mit der Wohnungsnot und was mit der sozial orientierten Bestandspolitik? Dazu zwei Sondierungen:

Was ist aus der »Wohnungsnot« geworden?

Wer heute das Stichwort »Wohnungsnot« googelt, stößt – in der Reihenfolge unter anderem – auf Berichte aus der Schweiz, auf die »Wohnungsnot« der Fledermäuse und die im historischen München. Ansonsten scheint das Wort in Deutschland keinen besonderen Stellenwert mehr zu haben. Auch im vorliegenden Band ist es kaum zu finden. Statt dessen werden regionale Disparitäten und der Wandel des Anbieter- zum Nachfragermarkt beschrieben. Selbst der Deutsche Mieterbund sieht die Lage ähnlich differenziert und spricht von »erheblichen Leerständen auf der einen, Wohnungsmangel auf der anderen Seite, mit stagnierenden und zum Teil sogar sinkenden Wohnungsmieten auf Teilmärkten, unbezahlbaren Mieten auf anderen Teilmärkten« (www.mieterbund.de).

Zwar finden sich in der Presse (vgl. z.B. Nothegger 2007) Hinweise auf weiter sinkende Wohnungsbauzahlen, Veränderungen der Eigentümerstrukturen und Verwertungsstrategien – und die daraus resultierenden Folgen für Einkommensschwache ebenso wie Einzelfalldarstellungen der Folgen von Gentrifizierungsstrategien, die den Schilderungen aus den 80er Jahren nicht unähnlich sind (vgl. z.B. Ott/Sierau 1983).

Auch eröffnet der Blick auf Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit (2006), in denen »Wohnsituation und Wohnkosten« im Rahmen der »Grundsicherung für Arbeitsuchende« dargestellt werden, Hinweise darauf, dass – im April 2006 – weit über 7 Millionen Menschen in Deutschland nicht in der Lage waren, sich aus eigener Kraft ein Dach überm Kopf zu beschaffen.

Aber von »Wohnungsnot« ist in diesem Zusammenhang nicht die Rede. Und es scheint auch nicht die Frage gestellt zu werden, wo denn die Wohnungen herkommen, die mit den ALG-Sätzen bezahlbar sind – Wohnungen, die im Mittel etwa für eine zweiköpfige »Bedarfsgemeinschaft« nicht mehr als 333 Euro/Monat (brutto) kosten dürfen? Neu gebaut werden können sie zu diesen Preisen keinesfalls. Also müssen sie aus dem Bestand kommen. Aber wer gewährleistet das?

Es gibt also durchaus Indizien dafür, dass es weiterhin »prekäre Wohnsituationen« in nicht geringer Zahl gibt und dass insbesondere der Bestand (noch) preiswerter Wohnungen für diese Gruppen von Bedeutung ist – aber das alles scheint nicht mehr im Mittelpunkt des fachlichen Interesses zu stehen oder gar zum Thema politischer Auseinandersetzung zu werden.

Ausstieg aus der Wohnungspolitik

Tatsächlich steuerte die staatliche Wohnungspolitik seit den 70er Jahren einen Kurs, der den Forderungen nach einer Sozialorientierung vollständig zuwiderlief und Zug um Zug zum Abbau staatlicher Verantwortung im Wohnungssektor generell führte:

- Schon mit dem Wohnungsmodernisierungsgesetz von 1974 wurde erstmals die besondere Rolle der privaten Eigentümer hervorgehoben und ihnen im Wesentlichen überantwortet, wie die Bestände zu entwickeln waren;

- Der öffentlich geförderte, vormals »sozial« genannte Wohnungsbau erreichte in den 70er Jahren Raten von 500.000 gar 700.000 Wohnungen/Jahr und sank seither auf Werte um 40.000 WE/Jahr. Zugleich schmilzt der Bestand gebundener Wohnungen weiter ab (vgl. den Beitrag von Spars 2008);

- Die gesamte Wohnungsgemeinnützigkeit – gesellschaftliches Kapital, das über fast ein Jahrhundert angesammelt wurde – verschwand Ende der 80er Jahre mit der Abschaffung des WGG und löste sich im Markt auf (ein Prozess, der mit den Verkäufen an Finanzinvestoren noch immer weiterläuft).

Der Wandel ist radikal – aber ist er auch dramatisch? Vermutet hatten das alle Autoren der 80er Jahre, die Ähnliches kommen sahen. Es war stets argumentiert worden, ein Sockel preiswerten Wohnraums müsse erhalten werden, um soziale Desintegration und gesellschaftliche Konflikte von hoher Brisanz zu vermeiden. Diese Warnungen sind bei den jüngsten Debatten um den Verkauf öffentli-

cher Wohnungsunternehmen erneuert worden. Von Ausnahmen abgesehen hat das aber wenig geändert: die meisten Verkaufsabsichten wurden und werden in die Tat umgesetzt. Explosive Folgen hat das bislang aber auch nicht gezeitigt. Was die Verkäufe nicht richtig werden lässt, sondern lediglich denen Recht gibt, die darauf bauten, dass es nicht zu offenen Konflikten kommt.

Privatsache Wohnen?

Das Resultat von drei Jahrzehnten »Entstaatlichung« im Wohnungssektor: Wohnungspolitik für diejenigen Gruppen, die sich aus eigener Kraft am Markt nicht »versorgen« können, ist als eigenständiger Politikbereich verschwunden und in ihren Restbestandteilen Teil der Sozialpolitik geworden.

Das könnte man als historische Pointe einer über 100-jährigen Geschichte ansehen: Denn für die Gewerkschaften und die revolutionär gestimmten Kräfte zum Ende des 19. Jahrhunderts gab es ebenfalls keine eigenständige Wohnungspolitik: Wohnfragen waren für sie Lohnfragen. Und die abschließende Lösung aller Wohnfragen, da war man sich sicher, werde mit der Abschaffung des Kapitalismus einhergehen. Hartmut Häußermann und Walter Siebel (1981, 318 f.) fahren bei der Darstellung der Geschichte so fort: »Da der Umsturz ausblieb, die bürgerliche Gesellschaftsform überlebte, hat auch die bürgerliche ›Errungenschaft‹ überlebt, dass Wohnungsfragen Privatsache sind. Diese Ansicht, Wohnen sei Privatsache, ist gesellschaftlich heute so akzeptiert, dass darüber überhaupt nicht mehr nachgedacht, geschweige denn in der Politik diskutiert würde«.

Dem letzten Satz wird man fünfundzwanzig Jahre später noch immer, genauer: heute erst recht zustimmen müssen.

Diese besondere Bekräftigung erfährt der Satz dadurch, dass das gesellschaftliche Umfeld sich seit den 80er Jahren dergestalt verändert zu haben scheint, dass »ökonomistische Prinzipien wie Effizienz und Nützlichkeit das soziale Leben durchdringen und andere, nicht marktrelevante Grundsätze wie Empathie und Fürsorglichkeit überformen oder gar zurückdrängen« (Heitmeyer 2007, 14). So wird davon gesprochen, dass aus der »Marktwirtschaft« inzwischen eine »Marktgesellschaft« geworden sei. Damit erweist sich Barbara Sichtermann (1989) als Prophetin, hatte sie doch schon unmittelbar zur »Wende« beschrieben, wie die Gesellschaft »commodifiziert«, also von den Gesetzen der Warenwelt durchdrungen werde.

»Gegenimplementation von unten«?

Schon in den frühen 80ern wurde der Rückzug des Staates konstatiert – damals allerdings noch verbunden mit der Hoffnung auf eine erstarkende (alternative) kommunale Wohnungspolitik. Politikwissenschaftler, die die Defizite staatlicher Wohnungspolitik beklagten, hofften auf eine »Gegenimplementation von unten«, sollte heißen: Da der Druck vor Ort besonders groß sei, hier die schwierigen Wohnsituationen und die Folgen einer als verfehlt angesehenen staatlichen Wohnungspolitik aufbrechen, könnten am ehesten von der lokalen Ebene aus Alternativen formuliert und umgesetzt werden.

Schon damals aber wurde kritisch angemerkt, man rede wohl überwiegend im Konjunktiv (vgl. Selle 1983), wenn die Möglichkeiten kommunalen Handelns beschworen wurden. Zwar gäbe es durchaus Handlungsmöglichkeiten, aber die meisten Kommunen nähmen sie nicht wahr, sondern verstärkten de facto noch die Wirkungen staatlicher Politik.

Heute wird man das ähnlich sehen müssen. Zwar gibt es durchaus noch Kommunen und lokal operierende Wohnungsunternehmen, die es als ihre Aufgabe ansehen, »die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem und angemessenen Wohnraum sicher zu stellen« (vgl. auch die Beiträge von Ude und Schwarzendahl in diesem Band) – zugleich aber richten landauf, landab die Gemeinden ihr Handeln an der Maxime aus, die einkommensstarken Haushalte im Gemeindegebiet zu halten und möglichst neue hinzuzugewinnen. Von einer Politik zugunsten der schwachen Gruppen ist nicht viel geblieben, genauer: Man sieht gelegentlich sogar ausdrücklich davon ab und darüber hinweg. So können dann Sätze fallen wie der folgende: »Was hat es uns denn gebracht, als wir für die Einkommensschwachen bauten? Die Probleme verfolgen uns noch heute. Jetzt sind einmal die anderen dran...!«

Aber ist eine so unverhohlen an den Belangen einer zahlungskräftigen Klientel ausgerichtete Kommunalpolitik tatsächlich das, was von früherer Sozialorientierung übrig blieb? Selbstverständlich nicht. Erstens gibt es, siehe oben, Ausnahmen. Zweitens wäre da noch die «Soziale Stadt« zu erwähnen und die in die-

sem Programmzusammenhang entwickelten Strategien für benachteiligte Stadtgebiete. Nach Auffassung vieler Fachkommentatoren ist dieser Politikansatz »untrennbar mit dem Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau ... verbunden« (Güntner 2007, 140) – also eine Art lokaler Auffangstrategie für den Wegfall einer umfassend angelegten, strukturell wirksamen sozialen Wohnungspolitik. Für diese Politik der Sozialen Stadt sind umfassende und weit reichende Leitbilder entwickelt worden. Um ein Beispiel zu nennen: »Dieses Leitbild beinhaltet einen auf Dauer angelegten gemeinwohlorientierten und demokratischen Prozess, der auf eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Lebenschancen und Lebensbedingungen ... gerichtet ist und dabei insbesondere das Ziel verfolgt, die ... soziale und räumliche Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen zu verhindern« [Bentler/Ruiz/Sauter 2001, 55]. Hier wird deutlich, dass eine solche Orientierung viele der Positionen enthält, die im Kontext früherer Ansätze zur sozial orientierten Stadtpolitik entstanden sind. Es fällt lediglich auf, dass explizit wohnungspolitische Elemente auch in diesen Programmen keine hervorgehobene, eigenständige Rolle spielen ... sie werden eher implizit behandelt.

So wird man auf die Frage, wo denn die sozial orientierte Wohnungsbestandspolitik früherer Jahre geblieben ist, feststellen müssen, dass sie

- überwiegend auf fachlich-politische Forderungen beschränkt blieb und nie auf breiter Basis politisch wirksam wurde,
- heute lediglich im Sinne einer allgemeineren Sozialorientierung noch in den Strategien für benachteiligte Stadtgebiete wiederzufinden ist.

Die euphemisch als »Soziale Stadt« bezeichneten Strategien sind allerdings eher Ausdruck einer »Spaltung der Stadt«, denn ein Mittel zu ihrer Minderung. Und die mit ihrer Umsetzung Beauftragten (z.B. das lokale Quartiersmanagement) operieren, wie Jens Dangschat in diesem Buch feststellt, als eine Art gesellschaftlicher Reparaturbetrieb »zwischen Fass ohne Boden und permanenter Überforderung«.

Aus Überlegungen wie diesen und den zuvor beschriebenen Veränderungen des gesellschaftlichen Umfeldes müssen nicht unbedingt nur pessimistische Folgerungen gezogen werden. Allerdings wird man nicht, wie noch in den 80er Jahren, gleichsam selbstverständlich davon ausgehen können, dass es für eine Bestandsorientierung, die auch die Interessen schwacher Gruppen im Auge hat, Träger gibt. Was die Frage nach den Akteuren in diesem Feld umso dringlicher stellt. Unter anderem dazu im Folgenden mehr:

3. Wohnungsbestand Entwickeln? Fragen an die Theorie

Wer entwickelt den Bestand? Diese Frage ist auf den ersten Blick einfach zu beantworten, zum Beispiel mit: die Eigentümer, also eine Vielzahl von Akteuren, die unterschiedlichsten Handlungslogiken folgen und die nur sehr bedingt durch öffentliche Aktivitäten – etwa steuerliche Privilegierung, direkte Förderung oder Lagewertverbesserung, um nur die Gängigsten zu nennen – beeinflussbar sind. Trotz dieser scheinbar klaren Sachlage hielt sich in der planungs- und steuerungstheoretischen Diskussion lange das Bild von einem zentralen Akteur, der die Geschicke der Stadt auch im Bestand lenkt. Diese Vorstellung wirkt noch bis in die heutige Zeit nach und erhielt neuen Auftrieb durch eine Entwicklung, die im Kontext der Stadtumbau-Programme als »Renaissance« der »strategischen Pläne« oder der »integrierten Konzepte« dargestellt wird[ii]. Das macht es notwendig, noch einmal einen Blick zurück zu werfen und zu fragen, ob es denn je eine Situation gegeben hat, in der ein öffentlicher Akteur die Bestandsentwicklung zentral steuern konnte. Dabei muss einmal mehr (siehe oben) unterschieden werden zwischen den tatsächlichen Verhältnisse und den Vorstellungen, die sich die Theoretiker von diesen Wirklichkeiten machten.

Zentrale Steuerung der Bestandsentwicklung?

Man muss vorsichtig sein bei der Einschätzung der früheren Interventionen in Stadtstruktur: Sie passen nur punktuell und dort auch nur auf den ersten Blick zum Bild, das sich die planungstheoretische Diskussion davon gemacht hat.

Zunächst ist festzustellen: Eine wesentliche Mitwirkung öffentlicher Akteure an der (Wohnungs-)Bestandsentwicklung gab es lediglich in kleinen Ausschnitten der Stadt – vor allem in den förmlich festgesetzten Sanierungsgebieten. Der weitaus größte Teil des bebauten Stadtgebietes aber blieb sich und den Marktkräften überlassen.

Und selbst in den Sanierungsgebieten sah es nur so aus, als ob da ein zentrales planendes Subjekt in »Gott-Vater-Manier« Städte umstrukturiert hätte. Tatsächlich wurde in engem Verbund mit Wohnungs- und Bauwirtschaft geplant und gehandelt und auch das lokale Immobilienkapital, der Einzelhandel und die Banken waren mit von der Partie. Diese Verbundbildung firmierte damals aber nicht unter »Kooperation«, sondern fand in Verbünden statt, die man am ehesten als »neokorporatistisch« beschreiben kann (z.B. existierten über Jahrzehnte solche engen Verbindungen zwischen Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und Unternehmen der Wohnungswirtschaft sowie den Fachressorts auf verschiedenen staatlichen Handlungsebenen).

Diese Verbundbildungen schlossen, darin ähneln sie vielen der heutigen »Kooperationen«, die Öffentlichkeit aus. Und, wie es scheint, auch die Planungstheorie. Denn von alledem ist in den Modellen, die uns heute aus jener Zeit überkommen sind, nicht mehr die Rede. Zwar gab es seinerzeit durchaus Analysen, die die Macht der Unternehmen bei der Stadterneuerung anprangerten: So wurden etwa die Kumpaneien der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat (und ihrer diversen Töchter) mit Parteien und Kommunen bei Stadterneuerung und Stadterweiterung (Bau von Großsiedlungen) mehrfach kritisch durchleuchtet. Auch der Konflikt um die Auflösung der Arbeitersiedlungsbestände ist, um ein Beispiel aus der Wohnungsbestandspolitik zu nennen, recht präzise seziert worden und legt ebenfalls eher korporatistisch zu nennende Verbundbildungen offen, in denen das Montankapital eindeutig Ton angebend war.

Diese und andere kritisch-analytischen Realitätsbeschreibungen fanden aber nur in die politökonomisch geprägte planungstheoretische Diskussion Eingang. Von der aber ist nichts geblieben. Und mit ihr untergegangen sind die in ihr »aufgehobenen« Realitäten.

Und so erinnert man sich heute in der Literatur nur mehr an die »rationalistischen« Modellbauer und ihr Bild vom autonomen planenden Subjekt, das seine »komprehensiven« Gesamtpläne entwirft.

A propos autonom: In den meisten Fällen waren die finanziellen Ressourcen, auf die die Kommunen zugreifen konnten, damals umfangreicher als heute. Das hätte zumindest theoretisch die Stellung der öffentlichen Akteure gegenüber Privaten stärken können – allerdings werden diejenigen, die miterlebten wie etwa Kaufhauskonzerne massiv die Innenstadtkonzepte, Verkehrsplanung inklusive, prägten, das Wort »theoretisch« deutlich unterstreichen wollen.

Aber autonom waren die Kommunen auch in anderer Hinsicht nicht: Sie verfügten ja nicht über die Sanierungsmittel. Sondern mussten sie sich beschaffen. Die »Förderkulisse« war früher sicher nicht so komplex wie heute. Aber die mit der Mitteleinwerbung verbundenen vertikalen Politikverflechtungen sind keinesfalls eine neue Erscheinung. Und wenn Matthias Bernt (in diesem Band) mit Blick auf Stadtumbauprozesse heute unter anderem feststellt, dass »für die Handlungsfähigkeit lokaler Akteure nationalstaatliche und supranationale Ressourcenzuweisungssysteme an Relevanz (gewinnen, d.V.), mit der Folge einer immanenten Tendenz zur Penetration lokaler politischer Entscheidungen durch diese Ebenen...«, dann könnte das (sieht man von den supranationalen Ressourcen ab) auch eine Beschreibung früherer Zustände sein. Damals nannte man diese Abhängigkeit den »Goldenen Zügel« und mit dem wurden schon immer alle wesentlichen investiven Bereiche der Stadtentwicklung – dort, wo öffentliche Mittel im Spiel waren und sind – gelenkt. Mit den entsprechenden Rückwirkungen auf die Inhalte dieser Politik. Im Zuge der Strategien für benachteiligte Stadtquartiere wurde dies schon in den 80er Jahren in einer knappen Formulierung auf den Punkt gebracht: Policy follows ressources. Und das war durchaus nicht nur negativ gemeint – denn viele inhaltliche und prozessuale Innovationen dieses Ansatzes wären ohne diesen Mechanismus gegen die Beharrungskräfte auf kommunaler Ebene nicht durchsetzbar gewesen.

Auch die sich entlang der Förder-Stränge organisierenden »Ressortkumpaneien« wurden schon früh beobachtet. Stadterneuerungs- wie Wohnungsbauförderung der frühen Jahre waren da gute Beispiele.

Bestandsentwicklung aus der Governance-Perspektive

Die realitätsferne Vorstellung, man könnte auch von einer »Legende« sprechen, es habe einmal eine Bestandsentwicklung gegeben, die den integrierten Konzepten öffentlicher Akteure gefolgt sei, konnte vor allem deswegen entstehen, weil lange Zeit die Begriffe und Modelle, mit denen Realitäten beschrieben werden sollten, viel zu grob waren: So

sprach man zum Beispiel zumeist von »der Planung« ohne erkennbar werden zu lassen, welche Akteure und Aktivitäten denn damit genau gemeint waren. Schon allein diese Begriffsverwendung legte das Bild von einem zentralen, steuernden Subjekt nahe – das es aber in Bezug auf die Stadtentwicklung nie gab. Es gab zwar Dienststellen in öffentlichen Verwaltungen, die Pläne aufstellten und es gab wohl auch Pläne, die den Eindruck erweckten, mit ihnen sollte die Stadtentwicklung »ganzheitlich« gelenkt werden – aber selbstverständlich waren einzelne Dienststellen, selbst ganze Kommunalverwaltung zu keinem Zeitpunkt in der Lage, das Handeln der vielen Akteure, die Stadtentwicklung prägen, durch einen »Plan« (und sei er noch so komplex) zu bestimmen oder auch nur wesentlich zu beeinflussen. Da die Planungsforschung aber vorrangig auf diese Pläne und die Verfahren ihrer Aufstellung konzentriert war und dem nur selten die tatsächliche Entwicklung im Raum gegenüberstellte, entging ihr lange Zeit, wie realitätsfern die eigenen Modelle waren.

Gelegentlich findet man solche Missverständnisse auch noch in jüngerer Zeit im Zusammenhang mit der Diskussion über die »Renaissance der strategischen Planung«. Dort stellt man zum Beispiel die Stadtentwicklungskonzepte, die u.a. Voraussetzung für die Förderung von Stadtumbauprozessen sind, in die Kontinuität früherer Steuerungsansätze und spricht in diesem Zusammenhang auch (wieder) undifferenziert von »der Planung« – ohne Akteure und Aktivitäten genauer zu benennen – und bemängelt, dass die Pläne und Wirklichkeit nur dann zusammen passen, wenn erstere sehr allgemein gehalten werden und möglichst noch ständig an sich verändernde Realitäten angepasst werden. Dabei ist das immer dann unvermeidlich, wenn die Aussagen eines Planes mehr beinhalten als die planaufstellenden Akteure mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen selbst umsetzen können. In der Bestandsentwicklung ist das aber regelmäßig der Fall: Kommunale Institutionen können die meisten Ziele, die sie etwa in Bezug auf den Wohnungsbestand in der Stadt verfolgen, nicht selbst umsetzen. Insofern müssen Pläne, die sie allein aufstellen, so allgemein gehalten werden, dass sie verschiedene Handlungsweisen anderer Akteure abdecken – womit sie überflüssig werden. Oder aber sie werden ständig angepasst – was sie ebenfalls nicht besonders sinnvoll erscheinen lässt. Strategische Entwicklungskonzepte sind also nur dann wirkungsvoll, wenn sie mit den relevanten Akteuren erarbeitete Ziele und Maßnahmen – im Sinne einer Vereinbarung – zum Ausdruck bringen und zugleich offen für Fortschreibungen sind. In dem Fall haben sie keine Ähnlichkeit mit den Stadtentwicklungsplänen der frühen Jahre und sind auch mit Globalbegriffen wie »*die* (strategische) Planung« nicht hinlänglich zu beschreiben und zu verstehen.

Wer die Beiträge des vorliegenden Buches liest, wird unschwer erkennen, dass hier und heute die Realität der Stadtentwicklung zumeist sehr viel differenzierter beschrieben wird. Nehmen wir zum Beispiel die *Akteure*: Da ist die Rede von Stadtbewohnern (in ganz verschiedenen Rollen), Projekt-Initiativen, Genossenschaften, Wohnungsunternehmen, Kleineigentümern, Finanzinvestoren, Quartiersmanagement und Beratungseinrichtungen vor Ort, zahlreichen kommunalen Akteuren (aus Politik und Verwaltung), Bundesländern, europäischen Institutionen und so fort... Alle haben offensichtlich Bedeutung für Fragen der Bestandsentwicklung und das Wohnen in der Stadt – wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht.

Und ihr Handeln ist untereinander auf vielfältige Weise verbunden: Sei es durch das Verhältnis von Nachfrage und Angebot, sei es durch Abhängigkeiten und Zwänge, sei es durch Anreiz und Förderung.

Damit ist zugleich offensichtlich, dass »Planen« nicht die alleinige *Aktivität* ist, mit der auf Bestandsentwicklung Einfluss genommen wird. Auch hier nur wieder einige Stichworte aus den Beiträgen des Buches. Da werden genannt: Fördern, Beraten, Unterstützen, Anreizen, Stimulieren, Verhandeln, Vereinbaren, stadt- und sozialplanerisch Intervenieren, Image verbessern, Bestand qualifizieren... Und vielfach ist zu lesen, wie wichtig es sei, sich »mit den entscheidungsrelevanten Akteuren zu verständigen«, die »Vielzahl der Akteure am Gestaltungsprozess zu beteiligen«, und damit »Stadtumbau als Gemeinschaftsaufgabe« zu begreifen.

Wer also Stadtentwicklung insgesamt oder die Entwicklung der Wohnungsbestände und Wohnquartiere im Speziellen verstehen und wissenschaftlich untersuchen will, kommt nicht mehr mit einem Akteur (»Planung«) und einer Aktivität (»Planen«) aus, sondern sollte sich eines differenzierteren begrifflichen Instrumentarium bedienen, das eher

geeignet ist, die einzelnen Akteure und die Gestaltung ihrer Bezüge untereinander sowie die Wirkung ihres Handelns auf den Raum zu beschreiben. Dabei erweist sich insbesondere die so genannte »Governance-Perspektive« als hilfreich [vgl. auch Häußermann in diesem Band]. Mit ihr lässt sich das Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Akteuren abbilden – sofern man sie vor allem als Mittel zur Analyse nutzt [vgl. zu den verschiedenen Begriffsdimensionen Holtkamp 2007, 367f.; zur praktischen Anwendung auf Stadtentwicklungsprozesse Klemme & Selle 2008] und bemüht ist – zum Beispiel Schimanck (2007) folgend – das gesamte Spektrum von Möglichkeiten der »Interdependenzbewältigung« zwischen den Akteuren zu erfassen.

Gelingt das, wird deutlich, dass die Frage, welche Wohnungsbestandspolitik heute notwendig und möglich ist, stets eine Frage an die Akteure im lokalen Feld sein muss. Denn sie lässt sich nicht mit allgemeinen normativen Postulaten, theoretischen Deduktionen und Appellen an einen (nicht vorhandenen) zentralen Akteur beantworten, sondern nur in der Auseinandersetzung mit den Aufgaben, Interessen und Interdependenzen vor Ort. Damit ist die Wohnungsbestandspolitik sowohl praktisch wie im wissenschaftlichen Diskurs auf der Suche nach ihren Akteuren...

Diese Suche wird weitergehen. Und so muss auch dieser Beitrag, und mit ihm das Buch, bei geschlossenem Vorhang noch manche Fragen offen lassen. Es sieht so aus, als bedürften sowohl Analyse wie Positionsfindung weiteren Nachdenkens. Bleibt zu hoffen, dass das Buch einen Beitrag dazu leistet.

Literatur

Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung | AGB (Hrsg.) (2001): Bestand verbessern. Forschungen zur sozial und ökologisch orientierten Erneuerung der Stadt. Die Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung 1976-2001. Dortmund/Aachen

Autzen, Rainer/Becker, Heidede (1988): Wohnungsbestandssicherung, Teil 2: Engpässe in der Wohnungsversorgung. Ein Städtevergleich. DIFU Berlin

Bierbaum, Heinz / Riege, Marlo (1989): Selbsthilfe, Genossenschaften, Vergesellschaftung. Hamburg (VSA)

Becker, Ruth (1980):Grundzüge der Wohnungspolitik in der BRD seit 1949. In: ARCH+ H. 57, S. 64 ff.

Bentler, Andreas; Ruiz, Marcel; Sauter, Matthias (2001): Leitgedanken für eine integrierte und kooperative Politik einer »Sozialen Stadt«, In: AGB (Hrsg.): Bestand verbessern ... Dortmund/Aachen, S. 55ff.

Bernt, Matthias (2006): Stadterneuerung, Stadtumbau und Schrumpfung, was ist neu? In: Planungsrundschau Nr. 13/2006

Blasius, Jörg / Dangschat, Jens S. (Hrsg.) (1990): Gentrification – Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete. Frankfurt [Campus]

Bofenschen, Walter / Huß, Reinhard / Selle, Klaus (1986): Alltäglich verändert sich die Stadt – eine Untersuchung zum "stillen Strukturwandel" In: RaumPlanung H. 35 S. 205-210

Boll, Joachim / Froessler, Rolf / Klaus Selle (...) Wohnungsbestandspolitik: Entwicklung, Stand und Perspektiven . In: Norton, Alan / Novy, Klaus (Hrsg.) Soziale Wohnpolitik der 90er Jahre. Probleme und Handlungsansätze aus britisch-deutscher Sicht. Stadtforschung aktuell Bd.26, Basel, Boston, Berlin [Birkhäuser] S. 271-288

Boll, Joachim / Kuthe, Christian / Selle, Klaus (1988): Handlungsspielräume für eine sozialorientierte Wohnungsbestandspolitik in den Kommunen. In. Selle/Karhoff/Froessler (Hrsg.): Stadt Erneuern! Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Bd. 47 S.131-148

Brech, Joachim / WohnBund (Hrsg.) (1986): Konzepte zur Wohnraumerhaltung. Berichte des dritten internationalen Wohnbund-Kongresses . Darmstadt

Bundesagentur für Arbeit (2006): Statistik. Grundsicherung für Arbeitsuchende: Wohnsituation und Wohnkosten. Nürnberg (auch: http://statistik.arbeitsagentur.de)

Dangschat, Jens S. (1988): Gentrification: Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel. In: Friedrichs, Jürgen (Hg.): Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29/1988. Opladen

Deutscher Mieterbund (o.J.) Kieler Erklärung für eine neue Wohnungspolitik, beschlossen auf dem Kieler Mietertag 2005. http://www.mieterbund.de/

Evers, Adalbert / Lange, Hans-Georg / Wollmann, Hellmut (Hrsg.) (1983): Kommunale Wohnungspolitik. Stadtforschung aktuell Bd. 3. Basel u.a. (Birkhäuser)

Evers, Adalbert / Klaus Selle (Hrsg.) (1982): Wohnungsnöte. Anregungen zu Initiativen an Ort und Stelle. Frankfurt (Fischer)

Enzensberger, Hans Magnus (2004): Vom Blätterteig der Zeit. In: Ders.: Die Elixiere der Wissenschaft. Frankfurt [suhrkamp]

Freitag, Lutz (2006): Stadtumbau aus der Sicht der Wohnungswirtschaft. In: Stiftung Lebendige Stadt (Hg)Stadtumbau. Chancen nutzen für die Stadt von morgen. Berlin. S. 47 ff

Froessler, Rolf; Selle, Klaus (1990): „Friede den Hütten...?“ Traditionelle und erweiterte Handlungsansätze zur Sicherung preiswerter Wohnverhältnisse. In: Blasius, Jörg / Dangschat, Jens S. (Hg): Gentrification – Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete. Frankfurt [Campus] S. 128-153

Ganser, Karl (1974): Zur Lage. Bestandszuwachs statt Zuwachswachstum. In: Stadtbauwelt H. 42, S. 86

Güntner, Simon (2007): Soziale Stadtpolitik. Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung.Bielefeld (transcript)

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1981): Unpolitische Wohnungspolitik? In: Leviathan H.3-4/1981, S. 317 ff.

Heitmeyer, Wilhelm (2007): Moralisch abwärts im Aufschwung. In: Die ZEIT Nr. 51/07 (vom 13. Dezember 2007) S. 14

Holtkamp, Lars (2007): Local Governance In: Arthur Benz u.a. (Hg.) Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden [VS] S. 366-377

Klemme, Marion; Selle, Klaus (2008): Alltag der Stadtplanung. Der kommunale Beitrag zur Entwicklung von Siedlungsflächen. Ein aufgaben- und akteursbezogener Forschungsansatz. (Schlussbericht zum DFG-Projekt »Steuerung im Städtebau«). Aachen (Lehrstuhl Planungstheorie und Stadtentwicklung)

Klingmüller, Ursula / Laue, Dietmar / Veser, Jürgen (1982): Gemeinwirtschaftliches Eigentum. Eine vorstaatliche Strategie gegen die Vernichtung preiswerten Wohnraums. In: Stadtbauwelt H.75 S. 288-290

Kurth, Detlef (2001): Perspektiven für die Soziale Stadt. Von den Ursprüngen der Stadterneuerung hin zu Ansätzen der Verstetigung. In: AGB (Hg.)Bestand verbessern ... Dortmund/Aache, S. 43 ff.

Mauthe, Anne; Segin, Bernd; Selle, Klaus (1983): Ausverkauf von Bergmannswohnungen. Gespräche über ein heißes Eisen. Mülheim (Westarp)

Müller, Michael (1980): Verknappung des preiswerten Wohnungsbestandes als Hauptproblem der Wohnungspolitik. In: WSI-Mitteilungen 1980 H. 9 S. 525 ff

Nothegger, Barbara (2007): Der Markt wird eng. In: Die ZEIT Nr. 50/07 (vom 6. Dezember 2007) S. 40

Novy, Klaus (1983): Genossenschafts-Bewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform. Berlin [Transit]

Novy, Klaus; Prinz, Michael (1985): Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Berlin/Bonn [Dietz]

Ott, Michael / Sierau, Ullrich (1983): Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen – eine Untersuchung am Beispiel der Dortmunder Innenstadt. Dortmunder Materialien zur Raumplanung Bd.3. Dortmund

Pesch, Franz / Selle, Klaus (1981): Wohnungsbestandspolitik – Folgen für Wohnungsversorgung und Stadtstruktur In: Leviathan H.3/4 S.354-384

Pfeiffer, Ulrich (1989): Wohnungsnot durch Wohnungspolitik? In: Stadtbauwelt H. 102 (=Bauwelt H. 24 S. 1178-1181)

Schimanck, Uwe (2007): Elementare Mechanismen. In: Arthur Benz u.a. (Hg.) Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden [VS] S. 29-45

Segin, Bernd; Selle, Klaus (1982): Außerhalb der Schlagzeilen – Aktuelle Entwicklungen in den Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes am Beispiel der "Gesellschaft zur Sicherung von Bergmannswohnungen". In: Stadtbauwelt H. 74

Selle, Klaus (1983): Vom Konjunktiv – Anmerkungen zur Wohnungspolitik in den Kommunen. In: Evers/Lange/Wollmann (Hg) S.73-90

Selle, Klaus (1986): Bestands-Politik. Zehn Beiträge zu Stadterneuerung und Wohnungspolitik. Darmstadt (Verlag für wissenschaftliche Publikationen)

Selle, Klaus (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. edition stadt | entwicklung. Dortmund [Dortmunder Vertrieb und Planungsliteratur]

Selle, Klaus (2007): Neustart. Vom Wandel der shared mental models in der Diskussion über räumliche Planung, Steuerung und Entwicklung. In: disP H. 169 (2/2007) S. 17-30

Sichtermann, Barbara (1989): Der Hobel, die Späne und das Tolle daran. Vom Ruf der Marktwirtschaft. In Freibeuter H. 40 S. 30-37

Spars, Guido (2006): Makrotrends für die Wohnungsmärkte in Deutschland. In: Ders. (Hg.) Wohnungsmarktentwicklung Deutschland. Trends, Segmente, Instrumente. ISR Diskussionsbeiträge, H. 58 Berlin 2006, S. 15 ff.

Spars, Guido (2008): Metatrends und die Wohnungsmarktentwicklung. In: Schmitt, Gisela/Selle, Klaus (Hrsg.): Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt? Dortmund

Staubach, Reiner (2001): Zur Notwendigkeit integrierter Stadt(teil) Entwicklungsstrategien. In: AGB (Hg.)Bestand verbessern ... Dortmund/Aachen, S. 29 ff.

Ude, Christian (2006): Städte und kommunale Wohnungsunternehmen – eine Win-Win-Situation. In: GdW-Forum 11/2006 S.25 ff.

Veser, Jürgen (1984): Umfang und Struktur der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Hannover. hgg. v. Institut für Stadtforschung Berlin und der Wohnungspolitischen Initiative Hannover. Berlin/Hannover

Veser, Jürgen u.a. (2007): Veränderungen der Anbieterstruktur im deutschen Wohnungsmarkt und wohnungspolitische Implikationen. Schriftenreihe „Forschungen“ des BMVBS H.124 Bonn/Berlin

Wolf, Jürgen (1979): Sozialorientierte Wohnungsverbesserung In: arch+ H.43/4

---

[i] Karl Ganser brachte 1974 in der Stadtbauwelt erstmals wachstumskritische Überlegungen für die Stadt- und Regionalentwicklung so zum Ausdruck: »Zwar wird von Lebensqualität geredet. Bruttosozialnutzen statt Bruttosozialprodukt! Doch was bedeutet dies konkret?« Diese Frage beantwortete er selbst u.a. mit folgenden Forderungen: »Wer Qualität will, muss umverteilen wollen! Umverteilen bedeutet: andere Prioritäten setzen, sektoral, regional, innerregional und sozial. ...«. Die Folgerung, die Ganser damals zog, lautete: »Der Gedanke der Bestandspflege, der Modernisierung und sorgsamen Nutzung des Bestehenden, des Haushaltens mit dem, was man hat, müsste also die Oberhand gewinnen«. Er nannte das: Bestands-Wachstum statt Zuwachs- Wachstum. Lebensqualität sollte durch »Bestandsverbesserung« erreicht werden.

[ii] Vgl. zur Auseinandersetzung über diese Begriffe die Ausgaben I-III/07 von www.planung-neu-denken.de mit Beiträgen von Berding, Hutter, Klemme und Selle

PNDON

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Baukultur durch Verfahren

Erste Erkenntnisse eines Forschungsprojekts

Katharina Brzenczek, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalforschung am Geographischen Institut der Universität Bonn.

Prof. Dr. Claus-C. Wiegandt, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalforschung am Geographischen Institut der Universität Bonn.

Dieser Artikel ist erschienen in: Planerin, H. 6/2007, S. 9-11. www.srl.de

Es ist zu beobachten, dass sich die Qualitäten der Baukultur von Stadt zu Stadt, von Region zu Region unterscheiden. Die gebaute Umwelt in München zeigt sich anders als die in Köln, die in Bonn anders als die in Braunschweig. Dies gilt nicht nur für den historisch gewachsenen Bestand, sondern auch für neue Projekte, die in den letzten Jahren in den Innenstädten entstanden sind bzw. derzeit dort gebaut werden oder sich in Planung befinden. Die „Qualitäten der Baukultur“ – verstanden als die Gestalt von gebauter Umwelt und ihre Integration in den Raum, ihr Gebrauch, ihre Nachhaltigkeit im ökologischen, sozialen und ökonomischen Sinne sowie die Verfahren und Regeln zur Auftragsvergabe und Herstellung (BMVBW 2001) – unterscheiden sich in deutschen Städten und führen so zu einer Differenzierung der Stadtgestalt.

Die Unterschiede der gebauten Umwelt zwischen deutschen Städten lassen sich nicht monokausal erklären. Vielmehr ist ein Bündel von Faktoren für diese Differenzierungen verantwortlich. Unser Beitrag will Erklärungen für solche Unterschiede in der Stadtgestalt liefern, die aktuell wirksam sind. Wir unterscheiden zwischen einigen allgemeinen Überlegungen und Ergebnissen aus einem eigenen Forschungsvorhaben zur Qualifizierung von Bauvorhaben durch Verfahren. Hier beschränken wir uns auf einige Aussagen zu spezifischen Planungskulturen für unsere beiden Untersuchungsstädte München und Köln. Sie geben einen ersten Hinweis, dass trotz aller Vereinheitlichungstendenzen der „besondere Geist eines Ortes“ (Selle 2005, 139), also auch die örtliche Planungskultur das Erscheinungsbild deutscher Städte beeinflusst.

Räumliche Differenzierung in der Qualität der baulichen Gestalt

Unterschiede in der baulichen Gestaltung von Städten sind auf den ersten Blick nicht überraschend. Verschiedene Ansatzpunkte zur Erklärung – wie das historische Erbe, die Entwicklung von regionalen Baustilen, eine unterschiedliche Wirtschaftskraft oder die zunehmende Popularität von Architektur als Standortfaktor und Mittel der Distinktion im Städtewettbewerb – sind offensichtlich. Und doch sind räumliche Differenzierungen in der Qualität der gebauten Umwelt heute nicht mehr selbstverständlich. Trends wie die Verschiebung des Baugeschehens von Selbstnutzern zu Kapitalanlegern, die zunehmende Verbreitung von ortlosen Architektur-Landmarks der immer gleichen Stararchitekten, die räumlich austauschbaren und archi-

tektonisch wenig anspruchsvollen Bauten der Handels- und Gewerbeketten und die Missachtung der städtebaulichen Anforderungen an Proportionen und Maßstab bei der Entwicklung von möglichst profitablen Raumprogrammen führen zu einer Vereinheitlichung in der Gestaltung der gebauten Umwelt in deutschen Städten. Darüber hinaus wird allgemein beklagt, dass der Berufsstand der Architekten zugunsten der Projektentwickler an Bedeutung verliert. Unter Kostengesichtpunkten gewinnen nun Fertigbauten und „Baumarktarchitekturen" an Bedeutung und verstärken die Banalisierung und Standardisierung der gebauten Umwelt in deutschen Städten.

Diesen Trends der Vereinheitlichung bzw. Homogenisierung, die einer funktionalen Logik und internationalen Regulation folgen, stehen Trends zur individuellen Gestaltung gegenüber, die einer territorialen Logik und örtlich verankerten Kultur und Ästhetik entsprechen. Fragen der Stadtgestalt durchlaufen in diesem Zusammenhang politische Prozesse in der Stadtgesellschaft vor Ort. Sie werden nicht nur direkt zwischen Bauherren und kommunaler Verwaltung bzw. Politik ausgehandelt, sondern auch in Zeitungen, Foren und Informationsplattformen diskutiert. Die örtlichen Auseinandersetzungen darüber und die Institutionalisierung durch qualifizierende Instrumente, Gremien und Prozesse im Rahmen der Baugenehmigungs- und Bauleitplanverfahren werden von Stadt zu Stadt unterschiedlich geregelt, sodass räumlich sowohl zwischen Städten als auch städtischen Teilräumen Differenzierungen der Institutionalisierung und Regelung von Stadtgestalt zu finden sind.

München und Köln – unterschiedliche Stadtgestalt

Im Folgenden nehmen wir die bayerische Landeshauptstadt München und die rheinische Metropole Köln in ihrer unterschiedlichen baulichen Gestalt in den Blick. München ist mit 1,3 Millionen Einwohner die drittgrößte deutsche Stadt, Köln mit fast einer Million Einwohnern die viertgrößte Stadt. Im Gegensatz zu Köln hatte die Industrialisierung in der Residenzstadt München zunächst kaum Einfluss auf Stadtentwicklung und Bebauung. Das 19. und frühe 20. Jahrhundert bescherte der Stadt vielmehr den Aufstieg zur Handels-, Wissenschafts- und Kunstmetropole. Köln ist hingegen durch ein dynamisches Nebeneinander von Industrie, Handel, Medien und Dienstleistungen geprägt. Beide Städte wurden im Zweiten Weltkrieg erheblich zerstört. In der Entscheidung für einen eher traditionellen (München) und einen eher modernistischen (Köln) Wiederaufbau in den 1950er Jahren sind wichtige Unterschiede im heutigen Erscheinungsbild der beiden Städte angelegt. München hinterlässt insbesondere innerhalb des mittleren Ringes ein eher harmonisches und aufeinander abgestimmtes Stadtbild, während Köln eher als vielfältig heterogene und baulich zerrissene Stadt beschrieben werden kann.

In der Innenstadt Münchens ist es in Fortsetzung des bewahrenden Weges aus der Zeit des Wiederaufbaus auch in den letzten Jahren gelungen, die meisten Bauvorhaben behutsam in die historische Bausubstanz einzufügen. Die Mitarbeiter der Münchner Planungsverwaltung vergleichen dieses Vorgehen mit einem Schuhanzieher. So werden die Vorhaben in München – physisch wie mental – in eine fest gefügte Struktur eingepasst. Dabei ist es überraschend zu beobachten, dass es nach Aussage der früheren Stadtbaurätin Christiane Thalgott heute häufig gelingt, auch auswärtige Bauherren für die spezifischen Ausprägungen Münchens zu gewinnen. Das Einfügen in das innerstädtische Stadtgefüge scheint eine Qualität zu besitzen, die von einem größeren Teil der Bauherren in München als architektonischer Mehrwert getragen wird. Ein zentrales Beurteilungskriterium für ein solches Einfügen ist die Maßstäblichkeit des neuen Vorhabens, wodurch den stadträumlichen Bindungen und Beziehungen in München ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Schließlich spielen aber auch Materialien und Farben der einzelnen Bauvorhaben eine wichtige Rolle.

Im Gegensatz zu München zeichnet sich Köln an vielen Stellen durch eine uneinheitliche Stadtgestalt aus. Bauliche Unzulänglichkeiten sind über weite Strecken erkennbar und jüngst von Reinhard Matz (2006) in einem Fotoband eindrucksvoll dokumentiert worden. Im Vergleich zu München mangelt es in Köln seit der Nachkriegszeit an einer klaren Linie in der Stadtgestalt, wozu die „zweite Zerstörung der Stadt" in Form des autogerechten Wiederaufbaus mit der Überformung alter Strukturen ihren Beitrag geleistet hat. Die Stadt weist heute ein enges Nebeneinander unterschiedlicher Stilrichtungen aus, was nach Einschätzung des Baudezernenten Bernd Streitberger zur Vitalität und hohen Individualität Kölns beiträgt. So lassen sich zwar viele hervorragende Einzelprojekte, wie

das Weltstadthaus von Peek & Cloppenburg oder das neue Diözesanmuseum identifizieren, doch fehlt es vielerorts an einer vermittelnden Verbindung zwischen diesen einzelnen architektonischen Glanzstücken. Eine Ursache für dieses vielseitige Nebeneinander von Stilrichtungen wird in der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt gesehen. Unterschiedliche und oft auch entgegenwirkende Tendenzen nach dem Zweiten Weltkrieg haben in Köln zu einer ständigen Gleichzeitigkeit von Wohlstand und Wachstum, aber auch von Armut und Niedergang geführt, die bis heute anhält. Dominante wirtschaftliche Interessen haben in der Nachkriegszeit viele große Vorhaben ermöglicht, die aber insgesamt nur wenig Rücksicht auf die gesamtstädtische Struktur und ein einheitliches Erscheinungsbild des Stadtbildes genommen haben.

Planungsorganisation und Verfahren

Die stichwortartig genannten allgemeinen Erklärungsansätze zur räumlichen Differenzierung der Stadtgestalt wirken sich auch auf das jeweilige Erscheinungsbild von München und Köln aus. Historische Unterschiede zwischen der Residenzstadt München und der Bürgerstadt Köln beeinflussen ohne Zweifel bis heute das Stadtbild. Darüber hinaus erscheinen uns aber weitere Erklärungen bedeutsam, die im alltäglichen Umgang der planenden Verwaltung bzw. der kommunalen Politik und der Stadtgesellschaft mit dem Bau- und Planungsgeschehen zu suchen sind.

Kommunale Organisation des Bau- und Planungsgeschehens: Dazu ist zunächst die unterschiedliche Organisation der Zuständigkeiten des Bau- und Planungsgeschehens in den beiden Städten zu nennen. Organisatorisch ist in München seit 1979 das Planungsreferat (genaue Bezeichnung: Referat für Stadtplanung und Bauordnung) vom Baureferat getrennt. Im Planungsreferat werden seitdem alle Aspekte der Stadtentwicklung und Stadtplanung, der Stadtsanierung und des Wohnungswesens behandelt. Außerdem werden hier die Baugenehmigungen in der sogenannten Lokalbaukommission erteilt. Damit erhält dieses Referat eine Schlüsselstellung für Stadtgestaltungsprozesse. Das Münchner Baureferat ist hingegen vor allem für städtische Hoch- bzw. Tiefbauprojekte zuständig. In diesem Referat geht es auch um die Gestaltung des öffentlichen Raumes. Die Rollenteilung zwischen Planungs- und Baureferat hat sich in den vergangenen 30 Jahren eingespielt. Zudem hat es in München in den letzten Jahren eine Be-

Weltstadthaus in Köln
(Foto: C.-C. Wiegandt)

ständigkeit in der personellen Leitung der beiden Referate gegeben, wobei allerdings vor kurzem die Leitung in beiden Referaten gewechselt hat, sodass man auf mögliche Auswirkungen gespannt sein darf.

Anders als in München war das Thema der gebauten Umwelt in Köln in den letzten Jahren in verschiedenen organisatorischen Einheiten angesiedelt, die in ihrem Zuschnitt mehrfach verändert wurden. So ressortierten die Aufgaben der Stadtentwicklung und Stadtplanung über eine längere Zeit im Wirtschaftsdezernat. Daneben gab es jeweils getrennt ein Hochbau- bzw. Tiefbaudezernat. Personell wurden die einzelnen Dezernate von verschiedenen Dezernenten geleitet. Erst mit der Besetzung von Bernd Streitberger sind Ende 2003 alle Bau- und Planungsaufgaben in einem Dezernat für Stadtentwicklung und Planung zusammengefasst. Hier lassen sich mittlerweile einige Veränderungen im Umgang mit der gebauten Umwelt auszumachen.

Qualifizierende Verfahren und Instrumente zur Stadtgestalt: Neben dem unterschiedlichen Verwaltungsaufbau bei Bau- und Planungsaufgaben erscheinen die Qualifizierungsmöglichkeiten im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren ein wesentliches Moment für die Erklärung von Unterschieden.

Die Münchner Planungsverwaltung bindet in diesen Prozess der Entscheidungsfindung die Planungssprecher der kommunalen Politik, die Architektenschaft und die allgemeine Öffentlichkeit seit Jahren intensiv ein. Jenseits der Vorgaben im Baugesetzbuch fasst der Stadtrat vor bedeutenden Bauvorhaben einen Eckdaten- und Grundsatzbeschluss für das spezifische Vorhaben, in dem die Entwicklungsvorstellungen der Stadt formuliert sind. Dazu gehören u. a. Aussagen zur Art der Nutzung, zur Geschossigkeit des jeweiligen Vorhabens, zum Umgang mit historischer Bausubstanz oder zur Einbindung in das städtische Gefüge. Ein solcher Beschluss, der dem

Fünf Höfe in München
(Foto: C.-C. Wiegandt)

Einzelfall bezogenen Qualifizierungsprozess vorausgeht, wird in der städtischen Planungsverwaltung im Dialog mit dem Bauherrn vorbereitet. Dabei geben generelle und vom Stadtrat beschlossene Leitlinien für die gesamtstädtische Entwicklung (z. B. Perspektive München) oder auch für die teilräumliche Entwicklung der Innenstadt Orientierungen. Bedeutende Einzelvorhaben werden dann in der Hauptabteilungsleiterrunde im Planungsreferat, in der auch die Verwaltungsbeiräte aller Fraktionen aus dem Rat der Stadt mitwirken, beraten. Dieses wöchentlich tagende Gremium besteht in München bereits seit Jahrzehnten. Hier werden wichtige Vorentscheidungen zwischen städtischer Planungsverwaltung und kommunaler Planungspolitik getroffen. Dadurch wird ein fachlich ausgerichteter Diskurs zu allen größeren Bauvorhaben über Stadtgestalt ermöglicht und gleichzeitig eine parteipolitische Auseinandersetzung und Polarisierung verhindert. Zudem sorgt ein solches Verfahren für eine gewisse Kontinuität und Verlässlichkeit in dem Prozess der Qualifizierung von Stadtgestalt.

Ein Teil der Vorhaben wird auf Beschluss der Hauptabteilungsleiterrunde in Form von Wettbewerben qualifiziert. Solche Wettbewerbe werden für die bedeutenden und Stadtbild prägenden Vorhaben mit den privaten Bauherren ausgehandelt. Die Stadt hat dabei die Möglichkeit, über die Verweigerung einer Baugenehmigung Einfluss zu nehmen. Für bedeutende Vorhaben, die keinem Wettbewerb unterliegen, berät die Kommission für Stadtgestaltung, die sechsmal im Jahr zusammenkommt. Diese Kommission wird in München vom Oberbürgermeister geleitet und erhält dadurch ein politisches Gewicht. In dieser Kommission für Stadtgestalt sitzen mindestens 25 Mitglieder, die sich aus Politikern der großen Parteien sowohl aus dem Planungsausschuss als auch aus dem Bauausschuss, Vertretern der kommunalen Verwaltung sowie berufenen Architekten zusammensetzen. Die Sitzungen sind öffentlich, sodass die Diskussionen in diesem Gremium sich auch in der Presse widerspiegeln. Auf diese Weise kann auf Bauherren und Architekten Druck ausgeübt werden, die Qualität zu steigern. Im Einzelfall hat dies sogar dazu geführt, dass sich ein Bauherr einen anderen Architekten gesucht hat.

Solche eigenen formalisierten Verfahren zur Qualifizierung der Neubauvorhaben gibt es in Köln nur teilweise, auch wenn hier eine engere Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik geplant ist. Traditionell werden auch in Köln Wettbewerbsverfahren zur Qualifizierung von baulichen Aufgaben durchgeführt. Viele Wettbewerbsergebnisse sind in der vergangenen Zeit allerdings nicht umgesetzt worden. Vorhaben, die über Wettbewerbe behandelt werden, werden – wie auch in München – nicht mehr zusätzlich im Gestaltungsbeirat beraten, um Widersprüche zwischen Wettbewerbsergebnis und Entscheidungen der Gestaltungskommission zu vermeiden. Wettbewerbe werden bei eigenen kommunalen Bauvorhaben größerer Art bzw. bei größeren Bauvorhaben auf Flächen durchgeführt, die die Stadt verkauft. Zudem besteht die Möglichkeit, dass Bauherren aus eigenem Antrieb sich auf einen Wettbewerb einlassen.

Der Gestaltungsbeirat der Stadt Köln ist wie die Kommission für Stadtgestaltung in München ebenfalls ein Instrument zur gestalterischen Qualifizierung von städtebaulichen Planungs- und Entscheidungsprozessen. Im Gegensatz zu München ist der Kölner Gestaltungsbeirat allerdings nicht öffentlich. Es findet zwar auch hier eine enge Abstimmung zwischen Politik und Verwaltung statt, den Vorsitz in Köln hat jedoch ein freier Architekt. Wettbewerbe und Gestaltungsbeirat können als klassische Qualitätssicherungsverfahren bezeichnet werden, sind aber nach Einschätzung von Bernd Streitberger in Köln nicht immer geeignet, die städtischen Interessen auch wirklich zu sichern. Deswegen gibt es in jüngerer Zeit in Köln Überlegungen zu neuen Instrumenten und Verfahren, die zur Sicherung von Planungsstandards beitragen sollen. Dazu gehören ein Masterplan Innenstadt und ein Handlungskonzept für den öffentlichen Raum, in dem dieser mit verbindlichen Gestaltungsstandards hierarchisiert werden soll. Solche generellen Planungen sollen für die Einzelvorhaben zukünftig eine Orientierung bieten.

Schlussgedanken

Unser Beitrag soll verdeutlichen, dass nicht nur offensichtliche Erklärungen – wie beispielsweise das historische Erbe oder die aktuelle wirtschaftliche Situation einer Stadt – die Qualität der gebauten Umwelt in deutschen Städten bestimmen. Vielmehr sind Unterschiede in der Qualität der gebauten Umwelt auch auf lokal spezifische Spielregeln und Verfahrensweisen zurückzuführen, in denen die Akteure des Bau- und Planungsgeschehens in spezifischen Konstellationen das Bau- und Planungsgeschehen beeinflussen und im Idealfall qualifizieren. Dabei ist eine gewisse „Resonanz für Baukultur" – wie es Karl Ganser in einem Interview mit uns ausgedrückt hat – in der städtischen Bevölkerung eine wesentliche Bedingung. Solche Regelungen des Bau- und Planungsgeschehens in ihrem spezifischen Umfeld sind also wichtiger Bestandteil der kommunal spezifischen Planungskulturen, die ganz wesentlich zu einer Qualifizierung der gebauten Umwelt beitragen können.

Literatur

BMVBW (Hg.) (2001): Statusbericht Baukultur in Deutschland. Ausgangslage und Empfehlungen. Berlin

Matz, R. (2005): Fassade. Köln. Architektur Straßen Öffentlichkeit. Köln

Selle, K. (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Dem Weltgeist auf der Spur

Architekten-Wettbewerbe

Christian Ude ist Oberbürgermeister der Stadt München.

Dieser Beitrag erschien in: Christian Ude (2004): Ich baue ein Stadion und andere Heldensagen. München 2004, S. 91-102.

Um es kurz zu machen: Die Aufgabenstellung ist schon wegen der sensiblen städtebaulichen Situation mit all ihren historischen Themen und ihren stadträumlichen Bezügen, die stets mitreflektiert werden müssen, so komplex, dass es sich von selbst verbietet, einfach einen Architekten zu beauftragen, einige passende Gebäude einzufügen. Das wäre eine Gräueltat, zumindest aber an der so prominenten, stadträumlich bedeutsamen Stelle eine vertane Chance. Am Ende würde da einfach ein Klotz hingestellt, plump und beziehungslos, vielleicht auch noch mitten in der Altstadt mit leuchtendem Dach, weil der Investor auffallen will. Nicht auszudenken. Also wird einmütig beschlossen, dass ein städtebaulicher Ideenwettbewerb durchgeführt werden muss.

Obwohl fast alle Neubauten, die uns in den vergangenen Jahrzehnten das Fürchten gelehrt haben, aus Wettbewerben hervorgegangen sind, ist der Glaube der Fachwelt unerschütterlich, dass sich in Wettbewerben stets der architektonische Weltgeist aufs Neue offenbart, während ohne Wettbewerb bloß Stümperei stattfinden kann.

Als ehemaliger Freiberufler habe ich nie verstanden, wieso die Architektenschaft dieses grausame Spiel nicht nur mitspielt, sondern auch noch selber lautstark fordert. 267 Wettbewerbsarbeiten bedeuten doch nichts anderes, als dass etwa 262 Architekten wochenlang an einer diffizilen Aufgabe und in den letzten Nächten sogar noch an sündteuren Modellen basteln, ohne wenigstens einen Trostpreis zu erhalten. Kein anderer Berufsstand würde sich eine solche Ausbeutung buchstäblich zum Nulltarif gefallen lassen und auch noch danach lechzen. Ich jedenfalls hätte als Rechtsanwalt niemals Schriftsätze verfasst, die nicht gebührenpflichtig bei einem ordentlichen Gericht eingereicht werden, sondern unentgeltlich bei einem Preisgericht aus arrivierten Kollegen und einigen Stadtratsmitgliedern, die dann einen einzigen Schriftsatz von 267 aussuchen, der auch tatsächlich nach der Gebührenordnung abgerechnet wird. Auch die Aussicht auf einen Trostpreis auf den Plätzen zwei bis fünf hätte mich nicht motivieren können. Aber lassen wir das, vielleicht sind Architekten wirklich bessere Menschen oder einfach froh, wenn sie überhaupt etwas zu tun haben...

Von dem jetzt beschlossenen Preisgericht verspreche auch ich mir sehr viel, weil das Baugrundstück nicht am Stadtrand liegt. Bei Stadtrandlagen kommen nämlich grundsätzlich immer »Riegel« oder »Stangen« heraus,

also aneinander gereihte niedrige Wohnbauten mit Abstandsgrün oder Erschließungsstraßen dazwischen. Wenn es fertig ist, schaut es ziemlich trist aus, weder ländlich noch urban. Aber die Architekten sind davon begeistert. Bei einem Wettbewerb habe ich einmal mit dem Mut der Verzweiflung gesagt, dass Tausende und Abertausende Wohnungssuchende in Stadtvierteln wie Schwabing, Haidhausen oder Giesing wohnen wollen, mit richtigen Häusern, die sogar fünfstöckig sein dürfen, mit Innenhöfen mitten im Wohnblock, mit Hofeinfahrten, Läden und Kneipen. Aber das ist aussichtslos. Die Experten, die allesamt in solchen alten Vierteln leben und ihre Büros haben, müssen sich irgendwann darauf verständigt haben, dass man heute so nicht mehr bauen darf. Schon wegen der Belichtung und Belüftung und dem Immissionsschutz. Also wieder niedrige Riegel mit Abstandsgrün dazwischen. Damit das Grün nicht zu grün wird, muss jeder noch so winzige Vorgarten von einer hohen Betonmauer eingeschlossen werden. Kinder mit krimineller Energie können da schon einmal den Hofgang üben.

Jetzt aber: Innenstadt! Da droht kein Riegel! Schöne Aussichten also. Das Preisgericht tagt in einer leeren Fabrikhalle, an die verschachtelten Stellwände sind 267 Grundrisse, 267 Querschnitte, 267 Skizzen und 267 Erläuterungstexte geheftet, davor steht auf einem Stühlchen jeweils - ärmlich wie ein Lego-Häuslein - das jeweilige Modell, mal aus Holzklötzchen, mal aus Pappe, bei internationalen Großbüros aus computergefrästem Acryl, bei raffinierten Jungdesignern aus gestanztem Silberpapier. Die Preisrichter stehen in zwei Gruppen herum, dort die Fachpreisrichter, der Hochadel der Architektenschaft, Männer mit Cordhosen und Damen mit Art-Deco-Schmuck, fast alle mit Professorentitel und untereinander per Du, und hier, säuberlich getrennt wie Buben und Mädchen bei der ersten Tanzstunde, die Sachpreisrichter, das Proletariat aus den Niederungen der Kommunalpolitik, schlichte Gemüter, die zu einem Baum einfach Baum sagen statt Grünausstattung oder die nach dem Radlweg fragen statt nach dem Durchwegungs- und Erschließungskonzept für den nichtmotorisierten Verkehr. Einfach peinlich!

Erfahrene Preisrichter wissen jetzt schon, Dank der unterschiedlich aufwändigen Modelle und der verschiedenen Handschriften bei den Skizzen, hinter welchen Kennziffern sich örtliche Stammhirschen, internationale Kapazitäten oder spektakuläre Avantgardisten verbergen. Ansonsten wird die Anonymität strengstens gewahrt, allenfalls mal ein Geraune hinter vorgehaltener Hand: »Haben Sie Miller und Partner erkannt?«

»Die Nummer 158, ja. Interessante Arbeit.«
»Ach was. Unmögliche Grundrisse. Das hat er seine jungen Leute machen lassen.«

»Aber immerhin: Miller und Partner!«

»Na ja, in die engere Wahl sollten wir ihn vielleicht lassen.«

Zu Beginn der Sitzung erzählt der Vorsitzende, wie sehr er sich freut, einige Kollegen wieder zu sehen, die letzte Woche in Berlin und letzten Monat in Stuttgart auch bei einem Preisgericht mit ihm beisammen waren. Erstaunlich, wie weniger Persönlichkeiten sich der architektonische Weltgeist bedient, um sich zu offenbaren. Freilich wäre es verfehlt, einfach anzunehmen, dass in den Preisgerichten immer dieselben säßen. Schließlich muss man manchmal draußen bleiben, um selber eine Arbeit einreichen zu können.

Ich will hier übrigens überhaupt nichts andeuten und schon gar nicht unterstellen. Ich staune einfach nur, wie oft aus Preisrichtern bei nächster Gelegenheit Preisträger werden - und umgekehrt. Das schafft eine Atmosphäre kollegialen Wohlwollens, die man sonst weniger mitbekommt, wenn Architekten über Werke abwesender Kollegen ihre Hochachtung ausschütten.

Sodann erzählt der Vorsitzende, welche Gedanken ihn bei seinen letzten Bauten beflügelt haben und wie viele von ihm geleitete Preisgerichte bereits Architekturgeschichte geschrieben haben. Dies nur zur Klarstellung der Hackordnung. Man fragt sich, wie die alten Griechen und Römer ohne ihn ausgekommen sind. Allerdings hat sich die Akropolis ja auch nicht gerade toll gehalten und das Kolosseum ist stilistisch doch recht fragwürdig.

Da die Einführung ein wenig lang, wenn auch autobiografisch geradezu perfekt geraten ist, wendet man sich als nächstes der Kaffeepause zu, die der Auslober einen namhaften Caterer ausrichten ließ, denn 267 Arbeiten fordern ein ausgeruhtes Urteilsvermögen. Den pragmatischen Vorschlag eines Jungstadtrats, die offensichtlich bescheuertsten Entwürfe schon im ersten Durchgang auszusondern, weist die Phalanx der Architekten zurück: Im ersten Durchgang rauszufliegen gilt als blamabel,

sodass es sich verbietet, dies einem Kollegen anzutun, weshalb man eigentlich gleich mit dem zweiten Durchgang beginnen sollte, was aber schon rechnerisch nicht möglich ist. So bleibt es unerbittlich bei 267 Arbeiten, die näher analysiert und bewertet werden wollen, weil sie den ersten Durchgang überstanden haben.

Der erste Entwurf hat ein historisierendes Gaubendach, was Frau Professor Schmidt-Wirrlemann den Ausruf »Also nein wirklich ich weiß nicht« entlockt, der zweite einen waldähnlich begrünten Innenhof, was wenigstens den beratenden Gutachter vom Naturschutz entzückt, der dritte die transparente Außenfassade aus transluzidem Material, was der Stararchitekt aus Berlin als modischen Habitus rügt, während Frau Schmidt-Wirrlemann meint, es komme bei der Luziditäit ganz entscheidend auf die Materialität an, der vierte besteht aus recht plumpen Würfeln, was die Stadtratsmitglieder zu der ungehörigen Bemerkung veranlasst, der Entwurfsverfasser habe wohl seinem Kleinen das Holzspielzeug geklaut, der fünfte besticht auf der computeranimierten Skizze vor allem durch die langbeinigen Mädchen im Dachterrassencafé, der sechste präsentiert eine Fotomontage, bei der freilich nur der schon vorhandene bauliche Bestand überzeugt, der siebte ruft glucksendes Lachen hervor, weil er ein Schloss Neuschwanstein in die Baulücke presst, der achte bietet Wohnungsbau in Maisonette-Türmen, die den Vertreter des Bauträgers (»Wir verkaufen nicht Quadratmeter, sondern Life Style«) sofort faszinieren, beim neunten bemängelt der Korinthenkacker vom ADAC, dass die Tiefgarage keine Einfahrt habe, sodass man die Fahrzeuge erst schreddern und dann durchs Kellerfenster reichen müsse - was der Vorsitzende wiederum mit der Rüge quittiert, wir sollten hier nicht nach Bonmots, sondern nach städtebaulichen Lösungen suchen, für die gerade dieser Entwurfsverfasser wertvolle Hinweise gebe; Petitessen könne man dann bei der Überarbeitung klären. Der zehnte Entwurf ist reichlich wirr und schwer lesbar, veranlasst aber Frau Professor Schmidt-Wirrlemann zu dem Seufzer: »Er hat was. Ich weiß aber nicht was. Das gibt ihm ein Geheimnis. Eine unheimlich starke Arbeit, finde ich.«

Der elfte Entwurf schlägt allen Ernstes eine reine Glasfassade vor, auf die er dann aber ein Ziegeldach setzt. Die Vertreterin des Bezirksausschusses, die von Beruf Hausfrau ist und sich schon aus diesem Grund besser nicht gemeldet hätte, meint, dass die reine Glasfassade nicht in die Umgebung passt. Da fährt ihr aber der Stararchitekt aus Berlin gehörig in die Parade und verkündet, dass er sich das in der Altstadt sehr gut vorstellen könne. Mit Ziegeldach?

Warum nicht?, kontert er, das ist doch der einzige Bezug zur Umgebung, eine Hommage an die vorhandene Dachlandschaft. So bleibt das Glashaus im Rennen. Glashäuser bleiben nämlich grundsätzlich im Rennen. Für Büros gibt es nichts besseres als reine Glasfassaden. Das steht für Transparenz und Kundenorientierung. Eine Forschungsgesellschaft am Altstadtring arbeitet nur hinter Glas. Die Sekretärinnen sitzen vom Scheitel bis zur Sohle »in der Auslage« wie die Nutten in den Amsterdamer Walletjes. Selbst leitende Angestellte müssen eigens auf die Toilette, wenn sie mal in der Nase bohren wollen. Für Wohnungen sind Glasfassaden noch besser: ein Garant für Helligkeit und Licht. Vom Tag des Einzugs an versuchen die Bewohner verzweifelt, mit Vorhängen, Gardinen, Gummibäumen und Zimmerpalmen, ein winziges Stück Intimsphäre zurückzuerobern...

Beim zwölften Entwurf stelle ich fest, dass ich mehr als ein Dutzend Arbeiten im Gedächtnis auf keinen Fall auseinander halten kann, und beschließe, die nächsten 255 Entwürfe einfach an mir vorbeirauschen zu lassen, um fit zu bleiben für die engere Auswahl.

Nur einzelne Geniestreiche ragen heraus: beispielsweise die Kennziffer 109, die mitten in die Altstadt einige Hexenhäuschen hineinstellen will, umgeben von Wiesen und Sträuchern, oder die spektakuläre Nummer 187, die im Modell mit einem kreisrunden Rasierspiegel ein größeres Gewässer über der U-Bahn-Station andeutet und mit einer Kugel aus geknülltem Silberpapier ein Hightech-Multiplex-Kino mit mehreren 180-Grad-Leinwänden präsentiert.

Ein Stadtratsmitglied äußert unbedacht, dass die Hexenhäuschen wie Hexenhäuschen aussehen, was den Inhaber eines auswärtigen Lehrstuhls für Entwerfen auf den Plan ruft: Es tue ihm sehr leid, wenn einige der Sachpreisrichter – aus dem Munde eines Fachpreisrichters klingt dieses Wort wie »Vollidiot« – die Ironie nicht erkennen können, mit der dieser Entwurfsverfasser sich mit der Örtlichkeit auseinandersetzt, indem er mitten im Herzen der Stadt eine typische Stadtrandbebauung vorschlägt, gewissermaßen eine Brücke

schlägt zwischen ganz innen und ganz außen, aber nur phänotypisch. Damit werde unsere Standorthierarchie einmal kritisch hinterfragt und der urbane Spannungsbogen wie in einem Brennglas verdeutlicht. Frau Professor Schmidt-Wirrlemann schaut fast ein wenig beleidigt, dass ihr das nicht eingefallen ist, da blickt der Bauträger von seinem Taschenrechner auf und sagt, der Entwurf rechne sich nicht. Der Berliner Stararchitekt fügt zum Glück noch hinzu, er könne sich den fraglos sehr pfiffigen Entwurf an dieser Stelle doch nicht vorstellen. Das reicht für ein technisches K.o.

Der Kampf mit der Silberpapierkugel ist zäher. Weil wieder einmal ein vorlauter Stadtrat nicht an sich halten kann und drauflos plappern muss, dass das Gewässer die ganze U-Bahn überschwemmen würde und ein futuristisches Kino überhaupt nicht verlangt ist, holen die vereinigten Fachpreisrichter zu einer pädagogischen Züchtigung aus: Erstens dürfe man sich durchs Programm nicht einengen lassen, zweitens stünden die technischen Fragen auf einem ganz anderen Blatt, jetzt gehe es nur darum, städtebauliche Ansätze zu bewerten, und für diese Arbeit spreche doch schon, dass sie als einzige eine Lösung dieses Typs anbiete. Leider sagt der Berliner Stararchitekt dann auch noch, dass er sich das an dieser Stelle schon vorstellen könne. Damit ist klar, dass wir uns morgen noch mal mit der Silberpapierkugel befassen müssen. Einige Stadträte sind entrüstet, aber ich tröste sie damit, dass wir immerhin die Hexenhäuschen abgemurkst hätten und dass die Silberpapierkugel vermutlich nur ein Ankauf werde, einer jener Trostpreise, mit denen Preisgerichte ihre avantgardistische Offenheit beweisen können, ohne eine ernste Gefahr der Realisierung heraufzubeschwören. So kommt es dann auch.

Am nächsten Morgen bemängelt ausgerechnet der Vorsitzende eine gewisse Saumseligkeit des Gremiums, weil noch 248 Entwürfe zu bewerten sind. Immerhin versetzt es das Preisgericht in die Angst vor einem dritten Tag und damit in einen unvermuteten Blutrausch: Das Gaubendach mit Ziffer 1 wird trotz der Befürwortung durch die Denkmalschützer geschlachtet, der bewaldete Innenhof fliegt hinterher, sogar die transluzide Außenfassade, ebenso die Tiefgarage ohne Zufahrt. Ausgerechnet die Holzklötzchen, die nach Meinung unkundiger und unwürdiger Sachpreisrichter den lieben Kleinen entwendet worden sein müssen, finden aber heiße Befürworter: »Sie haben eine Haltung«, sagt der Lehrstuhlinhaber, »diese Geste, dieses Selbstbewusstsein ist schon sehr beeindruckend«. »Ja«, sagt der Berliner Stararchitekt, »ich kann sie mir an dieser Stelle vorstellen.« »Ja«, pflichtet Frau Professor Schmidt-Wirrlemann bei, »die Arbeit hat was.«

Selbst bei Neuschwanstein gibt es Zank. »Wir wissen natürlich, von wem der Entwurf sein muss«, sagt der Vorsitzende, »und da wissen wir auch, dass es keine postmoderne Kulissenschieberei ist, sondern ganz im Gegenteil eine Auseinandersetzung mit der Postmoderne.« »Mit diesem Anspruch«, sagt der Berliner Stararchitekt, »kann man das nur an dieser Stelle machen. Aber hier kann ich es mir vorstellen.« Einige Stadträte wirken verstört, aber ich kann sie wieder trösten: Das Ungetüm mit Dutzenden Türmchen und Erkerchen werde sicher keinen Preis bekommen, es reiche für den Frieden in der Zunft, wenn der gar nicht unbekannte Meister in die engere Wahl komme. So kommt es dann auch.

Bei Kennziffer 219 bricht plötzlich eine neue Frontstellung auf: »Entschuldigung«, sagt die Vertreterin des Stadtviertelparlaments, die mit beratender Stimme auf örtliche Besonderheiten hinweisen soll, »Entschuldigen Sie, ich bin ja keine Architektin: Aber wo sollen da eigentlich die Kinder spielen?« Der Vorsitzende rollt vorwurfsvoll mit den Augen, der Stararchitekt aus Berlin stöhnt, dass er eigens aus der Hauptstadt herbeigeflogen sei, um sich so was anhören zu müssen. Man kommt schließlich um des Konsenses willen überein, bei der Bewertung des Freiflächenkonzepts tatsächlich auch zu prüfen, wo die Kinder spielen sollen.

Finale gegen Mitternacht: Die Holzklötzchen liegen in Führung. Die Fenster sehen aus wie Schießscharten, aber das kann ja noch überarbeitet werden. Diskutiert wird immerhin über das Glasdach, das von innen beleuchtet werden soll. In der Altstadt. »Das erscheint schon problematisch«, meint der Vertreter des Denkmalschutzes, ohne richtig anecken zu wollen. Sein Gaubendach ist ja schon rausgeflogen, der Rest ist ihm gleich. Der Stararchitekt aus Berlin sagt, dass er sich das schon vorstellen kann, ein leuchtendes Dach in der Altstadt. Genau genommen sogar nur in der Altstadt, weil andernorts der Anspruch, der in dieser Auffälligkeit, ja geradezu Festlichkeit steckt, nicht durch die Standorthierarchie gedeckt wäre.

Irgendjemand murmelt dann noch »München leuchtet«, und der erste Preis ist vergeben.

Wer mit der Endentscheidung nicht übereinstimmt, ist wenigstens müde. »Wahnsinn«, sagt ein örtlicher Fachpreisrichter, »wie viele Arbeiten wir heute erledigt haben. Das war rekordverdächtig. «

Nur der Vertreter des Naturschutzes mault nach: »Aber wir hätten doch den bewaldeten Innenhof nehmen sollen.«

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Zukunftsfrage Sozialkapital

Manfred Hellrigl ist Leiter des Büros für Zukunftsfragen der Vorarlberger Landesregierung in Bregenz.

Dieser Beitrag erschien in: Martina Schuster et.al. (2006): Sozialkapital. Neue Zugänge zu gesellschaftlichen Kräften. Budapest 2006, S. 93-105.

Genügt es, wenn Verwaltung verwaltet, oder sollte sich Verwaltung nicht auch mit längerfristigen Entwicklungsfragen beschäftigen? Nachhaltige Entwicklung und Sozialkapital sind zwei Beispiele für neue Themen, mit denen sich die klassische Verwaltung schwer tut. In beiden Fällen handelt es sich um Querschnittthemen, die kaum von einer einzelnen Fachabteilung zu bewältigen sind. Um solchen neuen Themen besser gerecht zu werden, hat die Vorarlberger Landesregierung 1999 beschlossen, ein „Büro für Zukunftsfragen" als direkt dem Landeshauptmann zugeordnete Stabstelle einzurichten.

Das Büro für Zukunftsfragen bearbeitet heute drei Geschäftsfelder – bürgerschaftliches Engagement, Sozialkapital und nachhaltige Gemeinde- und Regionalentwicklung – , die sozusagen das *mission statement* abstecken: Das Büro für Zukunftsfragen begleitet nachhaltige Entwicklungsprozesse, indem es – in Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort – Eigenverantwortung, vertrauensvolle Zusammenarbeit und langfristiges Denken fördert.

Sozialkapital ist das jüngste Geschäftsfeld des Büros für Zukunftsfragen, stark am gesellschaftspolitischen Ansatz von Robert D. Putnam orientiert und stellt gewissermaßen das lange gesuchte *missing link* zwischen persönlichem Engagement und nachhaltiger Entwicklung dar.

Gründe für die Beschäftigung mit dem Thema Sozialkapital

Vorarlberg ist traditionell ein sehr fruchtbarer Boden für bürgerschaftliches Engagement: Über 58 % der erwachsenen Bevölkerung sind in irgendeiner Form ehrenamtlich engagiert, der durchschnittliche Zeitaufwand pro Person beträgt knapp 7 Stunden pro Woche. Umgerechnet entspricht das etwa 21.000 – 30.000 Vollzeitarbeitsplätzen (Badelt 1999, 42).[1] Ein Volumen, das klar macht, welch hohe Bedeutung das Ehrenamt für das soziale, kulturelle und politische Leben in Vorarlberg hat: Je mehr sich freiwillig und ehrenamtlich engagierende Menschen eine Gesellschaft hat, um-

[1] Zum Vergleich zieht Badelt seine österreichweite Studie von 1982 heran. Hier war der durchschnittliche Zeitaufwand pro Woche und ehrenamtlicher Person mit 7,28 Stunden etwas höher als bei der vorliegenden Studie für Vorarlberg (6,88 Stunden). Allerdings war der Beteiligungsgrad Ehrenamtlicher mit 53 Prozent der Bevölkerung etwas geringer als jener in Vorarlberg (58,2 %). (Badelt 1999, 24)

so reicher ist sie in jeder Hinsicht. Auf diesen „Schatz“ ist man im Ländle stolz und entsprechend groß ist das Interesse der Landesregierung, Engagement zu fördern und zu unterstützen.

Der amerikanische Soziologe Robert D. Putnam hat in seinen Studien (1994, 2000) eindrucksvoll aufgezeigt, dass bürgerschaftliches Engagement aber nur die Spitze des Eisberges darstellt. Verborgener, und deshalb nicht so deutlich sichtbar, profitiert eine Gesellschaft von den vertrauensvollen Beziehungen, die sich sowohl als Ursache und Wirkung von Engagement entwickeln – oder eben nicht entwickeln. Damit liefert die Sozialkapital-Theorie einen gesellschaftspolitischen Erklärungsansatz, der einen wesentlichen Schritt über das bürgerschaftliche Engagement hinausgeht, und ohne den sich die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement in seiner wahren Tiefe wohl kaum verstehen lässt. Nachhaltige Gemeinde- und Regionalentwicklung, wirtschaftliche Entwicklung, öffentliche Gesundheit, Bildung und Sicherheit werden laut Sozialkapital-Theorie maßgeblich von vertrauensvollen Beziehungen beeinflusst (Putnam 2000). Der moderne Lebensstil mit seiner unendlichen Fülle an individuell gestaltbaren Ablenkungsmöglichkeiten (Fernsehen, Video- und DVD-Recorder, Computerspiele, Internet usw.) verführt allerdings immer mehr Menschen dazu, ihre Zeit alleine vor der Mattscheibe anstatt mit anderen zusammen zu verbringen.[2] Putnam kann belegen, dass mit steigender Dauer des Fernsehkonsums die Bereitschaft zu Engagement abnimmt. Interessant ist dabei, dass Kinder in Staaten mit einem hohen Maß an Sozialkapital einen geringeren Fernsehkonsum aufweisen (Putnam 2000, 303).

Weiters wies Robert Putnam in einem Vergleich zwischen Städten der Emilia Romagna nach, dass die Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben, ablesbar unter anderem an der Mitgliedschaft in Sportvereinen, Chören, Kooperativen und kulturellen Vereinigungen, der Zeitungslektüre und der Wahlbeteiligung, positiv mit dem wirtschaftlichen Wohlstand korreliert.

[2] „Kinder ohne eigenen Fernseher schauen an Schultagen rund 70 Minuten fern, Kinder mit eigenem Gerät im Zimmer mehr als zwei Stunden. Eine eigene Spielkonsole bedeutet bei 10-Jährigen an Schultagen eine Erhöhung der Spielzeit von 20 Minuten auf über 50 Minuten.“ Pfeiffer et al. o.J., 2. Siehe auch www.kfn.de.

Die konkreten Erfahrungen, die das Büro für Zukunftsfragen bei der Begleitung verschiedener kommunaler und regionaler Entwicklungsprozesse gemacht hat, bestätigen tatsächlich immer wieder Putnams These, dass man – vereinfacht formuliert – die Entwicklungsfähigkeit einer Region recht gut anhand der Zahl der vorhandenen Vereine abschätzen kann: Je mehr es davon gibt, umso besser funktionieren Politik und Verwaltung (Putnam 1994).

Initiativen zur Messung und Steigerung von Sozialkapital

Neben bürgerschaftlichem Engagement und nachhaltiger Gemeinde- und Regionalentwicklung ist seit 2005 auch dem Thema Sozialkapital ein eigenes Geschäftsfeld im Büro für Zukunftsfragen gewidmet. Zum Arbeitsauftrag gehören:

- Monitoring der Situation und ihrer Entwicklung: Unter anderem wurden zwei Studien zur landesweiten Erhebung des Sozialkapitals in Auftrag gegeben. Die eigentliche Herausforderung wird aber nicht im Monitoring gesehen, sondern im Aufspüren von Mitteln und Wegen, die geeignet sind, soziales Kapital zu vermehren.

- Initiierung von Pilotprojekten: Anhand konkreter Pilotprojekte, die sich an verschiedene Zielgruppen wie Unternehmen, Verwaltungseinheiten und GemeindebewohnerInnen wenden, wird versucht, vorzeigbare Modelle zu entwickeln, die das Sozialkapital steigern.

- Abstimmung, Koordination und Vernetzung mit wichtigen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Gemeinden, Unternehmen, Vereinen, Schulen etc.: Das Büro für Zukunftsfragen initiierte das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“ (BE). In diesem Kreis finden regelmäßige Austauschtreffen zu bestimmten BE-Themenschwerpunkten statt.

- Festlegung und Administrierung von Förderschwerpunkten (z.B. Förderung der Aus- und Weiterbildung von Ehrenamlichen).

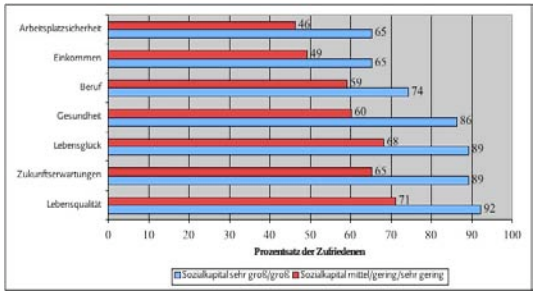
- Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerservice: In Kampagnen, Vorträgen und Workshops für wichtige Zielgruppen kommuniziert das Büro die gesellschaftliche Bedeutung von Sozialkapital.

- Evaluation gesetzter Maßnahmen: In Kooperation mit externen Partnern (BoaS, Fach-

hochschule Vorarlberg) werden einzelne Projekte wissenschaftlich ausgewertet. Mit ‚Unternehmen.V' wurde ein eigenes Werkzeug zur Wirkungsanalyse von Projekten entwickelt (www.unternehmen-v.at).

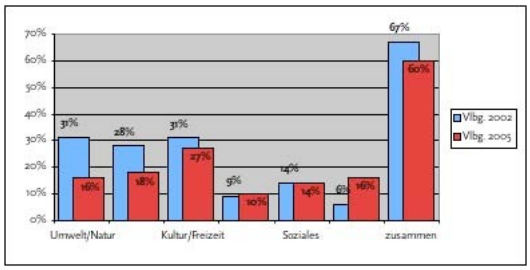
a) Monitoring der aktuellen Situation und ihrer Entwicklung

Im Jahr 2002 wurde in Vorarlberg vom Büro für Zukunftsfragen die erste landesweite Sozialkapital-Studie in Auftrag gegeben. Putnams These, Sozialkapital sei eine wesentliche Voraussetzung für ein gelungenes Leben, hat sich durch die Ergebnisse dieser Studie bestätigt: Menschen mit hohem Sozialkapital haben eine deutlich höhere Lebensqualität, blicken optimistischer in die Zukunft, sie sind glücklicher, gesünder, haben sicherere Jobs und höhere Einkommen als Menschen mit niedrigem Sozialkapital. Vor allem in puncto Zukunftserwartungen sind Menschen mit geringerem Sozialkapital deutlich pessimistischer (um 24%) als Menschen mit höherem Sozialkapital. Betreffend der Zufriedenheit mit dem Beruf sind die Unterschiede am geringsten, aber mit 15 % immer noch sehr deutlich (Berndt 2002, 20).

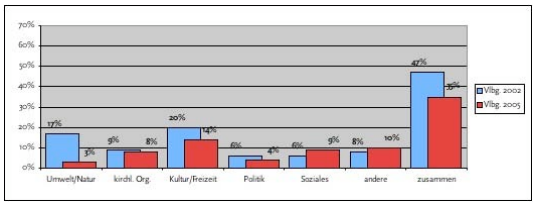


Grafik 1: Zusammenhang zwischen Zufriedenheit und Sozialkapital

Die zweite Sozialkapital-Studie wurde 2005 bei der Fachhochschule Vorarlberg (Denz/Battisti 2005) in Auftrag gegeben. Sie sollte vor allem zur Betrachtung von Entwicklungstrends dienen, es wurde daher auf die Vergleichbarkeit zur Studie aus dem Jahr 2002 besonderer Wert gelegt. Das Ergebnis: Man kann sich in Vorarlberg zwar noch immer über ein erstaunlich hohes Niveau an bürgerschaftlichem Engagement freuen, gleichzeitig machen sich aber mehr und mehr gesamtgesellschaftliche Trends bemerkbar: Der Individualismus wird stärker, der Gemeinsinn schwächer. Besonders augenscheinlich ist diese Entwicklung im Bereich der ökosozialen Bewegungen (Umwelt, Natur, Frieden, Tierschutz): Gaben im Jahr 2002 noch 31 Prozent der Befragten an, in zumindest einem Umweltverein Mitglied zu sein, waren es 2005 nur noch 16 Prozent. Bei der aktiven Mitarbeit ist der Rückgang noch extremer: Im Jahr 2002 gaben 17 Prozent an, aktiv in diesen Gruppen mitzuarbeiten, 2005 waren es nur noch 3 Prozent. Auch kirchliche Organisationen haben mit einem starken Mitgliederschwund (2002: 28 Prozent; 2005: 18 Prozent) zu kämpfen.



Grafik 2: Vereinsmitgliedschaften nach Bereichen (Vergleich 2002 - 2005)



Grafik 3: Mitarbeit in Vereinen nach Bereichen (Vergleich 2002 - 2005

Die hohe Bedeutung von vertrauensvollen Beziehungen für Wohlbefinden und Gesundheit lässt sich auch am Versorgungsgrad bei persönlichen Krisen ablesen, also ob man jemanden hat, der hilft, wenn es einem gesundheitlich, seelisch und/oder ökonomisch nicht gut geht. So stehen z.B. bei seelischen Krisen im Durchschnitt drei unterschiedliche Hilfsquellen zur Verfügung. Je älter man wird, umso geringer wird die Zahl an unterstützenden Personen. Bei den über 70-Jährigen wären deshalb ohne professionelle Hilfe ca. 10 Prozent bei seelischen Krisen allein. Durch die professionelle Unterstützung sinkt dieser Wert aber auf 2 Prozent (Denz/Battisti, 27 ff.).

Wenn man einmal Hilfe braucht, dann sind es vor allem FreundInnen, der Partner bzw. die Partnerin oder die Eltern, die helfen. Dabei wird diese Hilfe durchaus unterschiedlich in Anspruch genommen: Während bei einem seelischen Tief gute FreundInnen Unterstützung bieten, sind es bei ökonomischen Krisen in erster Linie die Eltern. Bei Krankheiten hilft vor allem der Partner bzw. die Partnerin (Denz/Battisti, 27 ff.).

b) Initiierung von Pilotprojekten

National und international laufen zahlreiche Aktivitäten, um die Messung von Sozialkapital zu standardisieren. Die Erforschung der Frage, wie Sozialkapital gezielt vermehrt werden kann, steckt hingegen noch weitgehend in den Kinderschuhen. Weil aber gerade diese Frage

aus Sicht der Gemeinde- und Regionalentwicklung von Bedeutung ist, hat das Büro für Zukunftsfragen zu diesem Thema mehrere Pilotprojekte initiiert: Für die Zielgruppe Unternehmen das Projekt „Brückenschlag“, für die Zielgruppe Verwaltung das Projekt „Better Together“, und für die Zielgruppe Gemeinden das Projekt „Miteinander der Generationen“.

Projekt „Brückenschlag“

Das Projekt wurde Anfang 2002 ins Leben gerufen. Es geht im Wesentlichen darum, Führungskräften der Vorarlberger Wirtschaft einen mehrtägigen Wechsel in eine Sozialeinrichtung zu ermöglichen, um so ihre soziale Kompetenz zu steigern. Inzwischen funktioniert der Wissens- und Erfahrungstransfer auch in die umgekehrte Richtung: Führungskräfte aus dem Non-Profit-Bereich erfahren, wie in einem Unternehmen gewirtschaftet wird und welche Rolle dabei Instrumente wie Projektmanagement oder Qualitätssicherung spielen.

Wie der Name schon sagt ist Brückenschlag ein klassisches ‚Bridging'-Projekt: Menschen aus unterschiedlichen Sozietäten kommen zusammen und entwickeln durch praktische Erfahrungen mehr Verständnis und Gespür für die jeweils andere Welt.

In den drei Jahren seit der Gründung haben Dutzende Führungskräfte den Brückenschlag gewagt, seit Beginn des Jahres 2005 gibt es das Projekt auch im Osten Österreichs.[3]

Projekt „Better Together“

Die virtuelle Kommunikation ersetzt in der Verwaltung immer öfter die persönliche und direkte Kommunikation, der wachsende Konkurrenz- und Leistungsdruck reduziert zusätzlich die Zeit, die für Gespräche und soziale Begegnungen zur Verfügung stehen. Vertrauensvolle Beziehungen und persönliche Kontakte sind jedoch eine wichtige Grundlage für eine funktionierende Verwaltung.

Mit dem Projekt „Better Together“ versucht das Büro für Zukunftsfragen herauszufinden, wie sich das Sozialkapital innerhalb der Verwaltung stärken lässt. In verschiedenen Abteilungen und Dienststellen erproben so genannte „Sozialkapitalbeauftragte“ Ansätze und Möglichkeiten, um die persönlichen Beziehungen und Kontakte innerhalb und zwischen den einzelnen Dienststellen zu verbessern. Angestrebt werden dabei Effekte wie die Verbesserung der Mitarbeiterzufriedenheit und des Arbeitsklimas.

Das Projekt läuft von Herbst 2004 bis Sommer 2006. Endergebnisse liegen voraussichtlich erst im Herbst 2006 vor, es gibt aber bereits jetzt ein paar interessante Erkenntnisse (Unveröffentlichte Zwischenberichte von Martina Battisti 2005b und BOaS 2005):

- Männer verfügen fast immer über größere Beziehungsnetzwerke. So weisen zum Beispiel im Büro für Zukunftsfragen die Männer durchschnittlich fast doppelt so viele Beziehungen auf als die Frauen. Die einzelnen Beziehungen sind aber oft ‚loser' geknüpft.
- Frauen verfügen zwar über kleinere Netzwerke, haben dafür aber die intensiveren Beziehungen.
- Das Beziehungsnetzwerk von MitarbeiterInnen, die Vereinsmitglieder sind, ist um das 3,5-fache größer.
- Die Anzahl der Beziehungen hängt auch vom Alter ab: Je älter, desto größer die ist Anzahl.
- Beziehungsintensität und Vertrauen sind beim Lebenspartner bzw. der Lebenspartnerin am höchsten, es folgen KollegInnen in der Abteilung und in der Landesverwaltung.

Projekt „Miteinander der Generationen“

Steigende Lebenserwartung und sinkende Geburtenzahlen werden langfristig – voraussichtlich ab 2030 – auch in Vorarlberg zu einer Alterung der Gesellschaft und zu einer Schrumpfung der Gesamtbevölkerung führen (Vgl. z.B. Statistik Austria 2005).

Diese Entwicklung bringt eine Reihe von neuen Herausforderungen für das Gemeinwesen: Wie lassen sich die Pensionen langfristig sichern? Wie das Wirtschaftswachstum? Was bedeutet der demografische Wandel für die Infrastruktur? Wie kann angesichts einer schrumpfenden Gesamtbevölkerung ein hohes Niveau an Lebensqualität und ein gutes Miteinander der Generationen gewährleistet werden?

Die Vorarlberger Sozialkapitalstudien haben gezeigt, dass der Bedarf an professioneller Un-

[3] Siehe www.brueckenschlag.org. Bezügl. Evaluation des Projekts Brückenschlag siehe Martina Battisti (2005a).

terstützung mit steigendem Alter zunimmt. Gleichzeitig hat sich aber auch heraus kristallisiert, dass es eine „neue“ Generation von älteren, aber agilen Menschen mit einer überdurchschnittlichen Bereitschaft zum Engagement gibt. Sowohl die Anzahl von Mitgliedschaften als auch die Intensität der Mitarbeit in Vereinen steigt mit zunehmendem Alter (Denz/Battisti 2005).

Um nach Mitteln und Wegen zu suchen, die helfen, dieses Potenzial besser zu nützen, wurde kürzlich in der Marktgemeinde Götzis – mit Unterstützung durch das Büro für Zukunftsfragen – ein Pilotprojekt mit dem Titel „Zema leaba z'Götzis“ (‚Zusammen leben in Götzis') gestartet. Im Moment wird gerade eine eigene Projektgruppe (Kernteam) eingerichtet, die – unterstützt von Politik und Verwaltung und in enger Kooperation mit Vereinen und Institutionen – die Aufgabe hat, einen gesellschaftlichen Selbstorganisationsprozess einzuleiten. Ziel ist die Aktivierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, um nicht nur das bürgerschaftliche Engagement sondern auch generell das Sozialkapital der Gemeinde in verschiedenen Bereichen (Nachbarschaft, Integration, Senioren, Kinder, Wirtschaft etc.) zu stärken. Wenn sich der Ansatz als erfolgreich erweist, ist vorgesehen, das Projekt landesweit allen interessierten Gemeinden anzubieten.

Erkenntnisse und Schlussfolgerungen

Die bisherigen Studien und Pilotprojekte lassen bereits erahnen, dass das Thema Sozialkapital für die künftige Gemeinde- und Regionalentwicklung von großer Bedeutung sein wird. Dieser Ansatz trifft gerade vor dem Hintergrund sinkender Solidarität und wachsendem Individualismus einen politischen Nerv.

Die zahlreichen Bemühungen, Forschungsdefizite bezüglich der Messung von Sozialem Kapital zu beheben, haben dazu geführt, dass interessierten Gebietskörperschaften inzwischen eine Reihe von diagnostischen Werkzeugen zur Verfügung steht. Durch den Einsatz dieser Werkzeuge ist es möglich, ein präziseres und differenziertes Bild der Verhältnisse vor Ort zu bekommen, um dann auf dieser Basis adäquatere und deshalb Erfolg versprechendere Strategien zu entwickeln.

Für den Praktiker ist vor allem die Frage nach geeigneten Lösungsansätzen relevant: Wie und durch welche Maßnahmen kann Sozialkapital gezielt (und nachweisbar) vermehrt werden? Hier werden die Antworten dünner, und wer nicht noch ein paar Jahre warten will, muss wohl selbst den Versuch wagen, dieses noch wenig beforschte Neuland zu beschreiten. Das ist zwar mühsam, aber gleichzeitig auch spannend und viel versprechend.

Für das Büro für Zukunftsfragen hat sich das Sozialkapital gewissermaßen als missing link zwischen bürgerschaftlichem Engagement und nachhaltiger Gemeinde- und Regionalentwicklung entpuppt: Erfolgreiche Entwicklungsprojekte brauchen nicht nur Menschen, die eigenverantwortlich und weitsichtig handeln, sondern die darüber hinaus auch fähig zur vertrauensvollen Zusammenarbeit sind. Keine dieser Qualitäten ist selbstverständlich. Die nachhaltige Sicherung des Gemeinwohls wird aber ganz wesentlich von ihnen abhängen.

Literatur

Badelt, Christoph (1999) Ehrenamtliche Arbeit in Vorarlberg. Studie im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung. Wien.

Battisti, Martina (2005a) Corporate Citizenship As Social Capital. Das Projekt Brückenschlag als Modell zur Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaftsunternehmen und Sozialinstitutionen. Dissertation an der Universität Innsbruck.

Battisti, Martina (2005b) Sozialkapital in der Landesverwaltung. Unveröffentlichte Ergebnisberichte von verschiendenen Organisationseinheiten. Unveröffentlichter Zwischenbericht. Bregenz.

Berndt, Edwin (2002) Sozialkapital. Gesellschaft und Gemeinsinn in Vorarlberg. Studie im Auftrag des Büros für Zukunftsfragen. Bregenz.

BOaS (2005) Sozialkapital-Bilanz Landesregierung Vorarlberg. Unveröffentlichte Ergebnisberichte von verschiedenen Organisationseinheiten. Wien.

Denz, Hermann/ Battisti, Marina (2005) Sozialkapital in Vorarlberg. Studie im Auftrag des Büro für Zukunftsfragen. Dornbirn.

Pfeiffer, Christian; Mößle, Thomas; Rehbein, Florian; Kleimann, Matthias (o.J.) Medienkonsum, Schulleistungen und Jugendgewalt. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

http://www.kfn.de/medienkonsumschulleistunggewalt.pdf

Putnam, Robert D. (1994) Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. (2000) Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.

Statistik Austria (2005) Neue Bevölkerungsprognosen für Österreich und die Bundesländer. Wien.
http://www.statistik.at/fachbereich_03/bevolkerungsprognose_05.pdf

Weiterführende Links

http://www.vorarlberg.at/zukunft

http://www.brueckenschlag.org

http://www.unternehmen-v.at

http://freiwilligenboerse.vol.at

http://www.bettertogether.org

http://www.bowlingalone.com

http://www.kfn.de

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

auf.einander.bauen

Baugruppen als Zukunftsmodell für den Lebens(t)raum Stadt.

„Urbanität im 21. Jahrhundert bedeutet, dass sich die Bewohner mit ihrer Stadt identifizieren, sich hier wohlfühlen und bereit sind, die weitere Entwicklung der Stadt und des Wohnquartiers verantwortlich mitzugestalten.“[1]

[1]Stadtflucht, Shrinking Cities oder Suburbanisierung sind Schlagworte, die die städtebauliche Debatte in Deutschland in der Vergangenheit maßgeblich bestimmt haben. Einerseits. Andererseits ist in den letzten Jahren zunehmend von der „Wiederentdeckung des urbanen Lebens“ in Deutschland die Rede, von „einer neuen Heimat Stadt“[2]. Die Stadt und ihr Zentrum scheinen wieder an Attraktivität gewonnen zu haben – nicht nur als Arbeitsort, sondern auch als Lebensraum. Nach jahrelangen Bevölkerungsverlusten nimmt die Einwohnerzahl innenstadtnaher Quartiere in einigen Orten sogar bereits wieder zu[3]. Nicht nur die „Young Urban Professionals“, die „New Bohemians“ oder die hedonistischen kinderlosen Doppelverdiener, die „Dinks“ (Double-Income-No-Kids), zieht es in die Innenstädte. Vor allem sind es zunehmend junge Familien, die eine Trendwende signalisieren. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik[4] (DIfU) würden junge Familien bevorzugt in der Innenstadt bleiben, wenn sie denn ein entsprechendes Angebot an ausreichend großen und bezahlbaren Wohnungen vorfänden[5]. Der Traum vom Eigenheim auf dem Lande, nach wie vor das von den meisten Deutschen favorisierte Wohnmodell, scheint zumindest Konkurrenz zu bekommen. „Vermutlich wird das freistehende Einfamilienhaus seine Dominanz als Wohnleitbild für bestimmte Bevölkerungsschichten verlieren“ resümiert das DIfU.

Alternativen sind gefragt. Die Qualitäten des urbanen Lebens – die kurzen Wege, die kultu-

[1] Opaschowski, Horst: Besser leben, schöner wohnen? Die Stadt der Zukunft, Darmstadt 2005, S. 180

[2] Hanno Rauterberg: „Neue Heimat Stadt“, Die Zeit, 18.08.2005

[3] Anhand der Baugenehmigungsstatistik lässt sich zwischen 1995 und 2005 für Westdeutschland ein Wachstum von 52 Prozent in den Kernstädten ablesen, während in den Randbereichen ein Rückgang von 6 Prozent verzeichnet worden ist und in übrigen Regionen sogar ein Minus von 26 Prozent. Es könnte sein, dass die Innenstadt bereits eine so genannte Renaissance erlebt. Vgl. DIfU-Studie 2005 (4)

[4] Deutsches Institut für Urbanistik (DIfU): Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance? Von Hasso Brühl, Claus-Peter Echter, Franciska Fröhlich von Bodelschwingh und Gregor Jekel, Berlin 2005. Bd. 41

[5] Bei freier Wahlmöglichkeit würden nur 3,8 Prozent der Bewohner des vom DIfU untersuchten Gebiets in Leipzig und 6,8 Prozent in München im Umland wohnen wollen.

Kristien Ring ist Direktorin des Deutschen Architektur Zentrums in Berlin.

Franziska Eidner lebt und arbeitet als freie Autorin, Moderatorin und Kulturmanagerin in Berlin.

Dieser Beitrag ist erschienen in: Kristien Ring (Hrsg.) (2007): auf.einander. bauen. Baugruppen in der Stadt, S. 6-13.

Neue Heimat Stadt: Am Wasserturm, Berlin-Prenzlauer Berg (Foto: Kristien Ring)

relle Infrastruktur, die Vielfalt, die „gefühlte Urbanität" – sollten sich idealerweise mit den Vorteilen eines „Häuschens im Grünen" verbinden: der Garten vor der Haustür (oder auf dem Dach), großzügig gestaltete Räume, nachbarschaftliche Strukturen. Townhouses und Lofts stellen hier nur eine Möglichkeit des citynahen Wohnens dar, die zudem nur für einige Wenige erschwinglich ist. Ausreichend große, gut ausgestattete und trotzdem kostengünstige Wohnungen, die Wohnqualität durch Privatsphäre und ein angenehmes Umfeld bieten, sind in den Innenstädten gefragt. Nur durch die Entwicklung neuer Formate kann das Stadtzentrum nachhaltig und generationenübergreifend als attraktiver Wohnort gestaltet werden. In einer Zeit, in der ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen eine immer größere Rolle spielt und angesichts steigender Energiekosten und drohender Klimakatastrophe dringender denn je wird, ist es wichtig, die städtische Infrastruktur optimal auszunutzen. Dazu gehört ein aufmerksamer, kreativer Umgang mit dem Vorhandenen, mit dem Bestand der Stadt. Es geht um die „Convertible City", wie sie die Berliner Architekten Almut Ernst und Armand Grüntuch als deutschen Beitrag zur 10. Architekturbiennale in Venedig 2006 vorgestellt haben[6]. Neuen Wohnraum durch Anbauten, Umbauten oder Lückenbebauung zu schaffen, ist ein essentieller und ökologisch wie ökonomisch sinnvoller Schritt zur Verdichtung des Stadtraums und zur Erhöhung urbaner Lebensqualität. Brachen und ungenutzter städtischer Raum bieten Möglichkeiten für die Entwicklung von individuellen Wohnkonzepten, um Familien die Stadt als attraktiven Lebens(t)raum zu erschließen. Die Stadt braucht Bewohner, die sich mit ihrem Wohnort identifizieren, die hier verwurzelt sind und ihr Umfeld mitgestalten. Dazu bedarf es – nicht nur, aber auch – neuer Wohnformen, die auf die Bedürfnisse jetziger und kommender Generationen eingehen.

Diese Bedürfnisse lassen sich offenbar oftmals nicht mit Wohnungsangeboten von der Stange – sei es das Fertighaus auf der Wiese, die Mietwohnung im Altbau oder das Eigentumsloft vom Bauträger – erfüllen. In einer Umfrage der Zeitschrift „Stern"[7], an der vor gut fünf Jahren mehr als 35.000 Leser teilnahmen, äußerten sich nur zehn Prozent aller Befragten mit der Architektur ihrer Wohnung oder ihres Hauses zufrieden. Mehr als drei Viertel (78 Prozent) gaben an, sich eine mit offenen Grundrissen und flexiblen Installationen gestaltete Immobilie als Eigenheim vorstellen zu können. „Wie wollen wir wohnen?" lautete der Titel der Umfrage – und neben Gestaltungs- und Kostenkriterien wurden vor allem Kinderfreundlichkeit und Nachbarschaftsstrukturen als wichtige Kriterien für Wohnqualität genannt. 72 Prozent aller Befragten legten zum Beispiel Wert auf intakte Nachbarschaften – in Großstädten wie Berlin waren fast die Hälfte der Befragten „weniger zufrieden" oder „unzufrieden" mit ihren nachbarschaftlichen Beziehungen und dem Freiraum für Kinder in ihrem Wohnumfeld. Dem Interesse am innenstadtnahen Wohnen steht offenbar ein Mangel an qualitätvollem Wohn- und Lebensraum gegenüber.

In einigen Städten nehmen Architekten und Bewohner daher das Angebot durch Baugruppenprojekte selbst in die Hand. In Regionen wie Freiburg, Tübingen, Stuttgart oder Hamburg wird diese Entwicklung von der öffentlichen Hand stimuliert und durch städtische Agenturen und Grundstücksförderungen aktiv unterstützt. In Berlin sind Baugemeinschaften vor allem aus Eigeninitiativen heraus entstanden. Vor allem hier schließen zunehmend Baugemeinschaften die Lücke für qualitätvolle, verantwortungsvolle und gleichzeitig kostengünstige Architektur in der Innenstadt. Baugruppen liefern wichtige Impulse als Katalysator für die Entwicklung einer zukunftsfähigen, bewohnten, lebendigen Stadt.

Baugruppen sind dabei kein „Wohnkollektiv" oder verfolgen nur in seltenen Fällen kommunale Wohnideen. Sie sind in erster Linie Zweckbündnisse. „Das Leben in der Gemein-

[6] Vgl. Convertible City – Formen der Verdichtung und Entgrenzung. Archplus 180, Ausstellungskatalog zum Deutschen Beitrag auf der 10. Architektur-Biennale Venedig 2006, Gastredaktion: Armand Grüntuch und Almut Ernst

[7] Die Umfrage wurde 2001 von der Zeitschrift STERN durchgeführt. Ergebnisse sind u.a. auf der Webseite www.sternstadt.de veröffentlicht.

schaft ist uns vor allem der Kinder wegen wichtig, die sich auf dem Gelände jederzeit ohne Aufsicht frei bewegen und mit den Nachbarskindern spielen können – eine für die Großstadt geradezu paradiesische Situation. Im übrigen sind wir aber keine Kommune, sondern zunächst einmal eine Interessengemeinschaft", so Katharina Granzin und Klaus Schild, Bauherren in Berlin-Kreuzberg.[8] Der Zusammenschluss privater Bauherren zu Baugruppen ermöglicht neue Formen des architektonisch und ökologisch nachhaltigen und gleichzeitig kostengünstigen Bauens. In der Baugruppe finden sich mehrere Parteien zusammen, die Kosten und Verantwortung teilen, im Idealfall auch architektonische und soziale Vorstellungen. Bauherrengemeinschaften bieten die Möglichkeit, die eigene Wohnung bzw. das eigene Haus selbst zu gestalten und dabei Bauträger-, Investor- und Maklerkosten zu sparen. Dass dabei auch architektonisch anspruchsvolle und nachhaltige Wohnformen entstehen, die den urbanen Raum zunehmend prägen, zeigt „auf.einander.bauen".

Baugruppen: Verantwortungsvolle Eigentümer und aktive Stadtbewohner

Baugruppen fördern eine Bewohnerstruktur von verantwortungsvollen Eigentümern, die großes Interesse am Wohnumfeld haben und sich aktiv dafür engagieren. „Das Bewusstsein, ein Objekt in der von uns allen gewünschten Lage, zu einem nachvollziehbaren Preis und in der von uns allen festgelegten Qualität nur gemeinsam erreichen zu können, führt zu einer großen Disziplin, ständig an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten und das Projekt kontinuierlich voranzutreiben. Wir sind keine Käufer, sondern Bauherren, die ihr Ziel nur gemeinsam erreichen können", beschreibt Bauherr Thomas Welter (Projekt Kollwitz22, heinhaus architekten) den Prozess. Und dieses gemeinsame Projekt umfasst oftmals nicht nur die eigene Wohnung. Die Baugruppe um das Projekt „RuSc" von Zanderroth Architekten errichtet neben zwei Zwillingsbauten zum Beispiel auch einen Platz, der nicht nur für die beiden Häuser als Lichtspender dient, sondern als öffentlicher Treffpunkt genutzt werden kann.

Wohneigentum, das weniger eine Investition in den Immobilienmarkt sondern vielmehr in

Kinderfreundliches Baugruppenprojekt: Von der Fassadenfarbe bis zum Garten haben Bauherren gemeinsame Gestaltungsentscheidungen getroffen. (Foto: Tom Pischell, Solarpraxis AG)

die eigene Lebensqualität ist, fördert die Bindung zum Wohnort. Deutschland ist traditionell ein Land von Mietern. Nur knapp 43 Prozent aller Deutschen wohnen in den eigenen vier Wänden, in Ostdeutschland sind es sogar nur 37 Prozent[9]. Zum Vergleich: 89 Prozent aller Ungarn und 86 Prozent aller spanischen und norwegischen Haushalte wohnen im Eigentum. Drei Viertel aller Haushalte sind es in Polen. Deutschland bildet neben der Schweiz das Schlusslicht im europäischen Vergleich.

Nun führt eine erhöhte Eigentumsquote nicht unbedingt zu gesteigerter Wohnqualität. Der explodierende Immobilienmarkt in Spanien und die sich daraus ergebenden Missstände etwa signalisieren eine gegenteilige Entwicklung. Um so mehr verdienen Konzepte wie die Baugemeinschaft, durch die bedarfsgerechtes Wohneigentum und kein kurzfristiges Spekulationsobjekt entsteht, größere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Seit dem zunehmenden Rückzug des vormals in Wohnungsbau und -versorgung sehr aktiven Staates sind auch in Deutschland steigende Mieten ein Problem, das angesichts der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Rentenproblematik immer gravierender wird.

Eigentum kann günstiges Wohnen im Alter ermöglichen. Wer mit Ende Dreißig bereits eine Wohnung kauft, hat diese spätestens bis zum Eintritt des Rentenalters abbezahlt. Nur Betriebskosten und Reparaturen fallen als Kosten für das Wohnen an. „Wohneigentum als Alterswohnsitz entlastet den Staatshaushalt und entlastet langfristig auch kommende

[8] Die Zitate von Bauherren stammen aus Befragungen die das DAZ im Vorfeld des Ausstellungs- und Publikationsprojektes durchgeführt hat.

[9] Vgl. diverse Veröffentlichungen des Institutes für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen (www.ifs-staedtebauinstitut.de)

Spekulationsobjekt: Die Eigentumswohnungen dieses Investorenprojektes im begehrten Wohnviertel Prenzlauer Berg von 1999 standen noch lange nach der Fertigstellung leer. (Foto: Kristien Ring)

Generationen. Die Förderung von Wohneigentum ist – ökonomisch und psychologisch – eine der wirksamsten Formen der Alters- und Zukunftsversorgepolitik."[10] Dafür müssen aber erst einmal Wohnprojekte entstehen, die es mit den Bedürfnissen der Nutzer ernst meinen und flexiblen Wohnraum schaffen.

Mehr als zwei Drittel aller Deutschen würden gern in den eigenen vier Wänden wohnen, aber nicht einmal die Hälfte tut es.[11] Es entsteht der Eindruck, dass Wohneigentum nur für Vermögende finanzierbar ist. Das liegt zum einen an den hohen Kosten, die vor allem mit einer Immobilie in der Innenstadt verbunden sind – neben den Grundstücks- und Baukosten fallen hier meist noch erhebliche Makler- und Bauträgerkosten an. Die Baugruppe ist ein Modell, bei dem diese spekulativen Kostenelemente wegfallen und zudem Kosten zum Beispiel für das Grundstück auf mehrere Schultern verteilt werden. Allerdings muss dennoch ein nicht unerheblicher Kostenanteil aufgebracht werden, der sich gerade für junge Familien, für so genannte Schwellenhaushalte, nur durch einen Kredit finanzieren lässt. In Deutschland ist es im Vergleich zu anderen Ländern Europas oder den USA äußerst schwer, eine Finanzierung von Banken zu erhalten. Der Eigenanteil ist besonders hoch, Selbstständige werden benachteiligt und Baugruppen skeptisch beäugt. Einige Kreditinstitute denken langsam um, eine größere Offenheit und Flexibilität wäre allgemein wünschenswert.

Baugruppenhochburg Tübingen: Hier wurden bereits ganze Quartiere durch Baugruppen aufgewertet. (Foto: Loretto Süd, ikarus-architekten u.a.)

Auch in der Politik könnte ein Umdenken positive Auswirkungen haben, nicht nur für Familien, sondern auch für das soziale Stadtgefüge und für die Wirtschaft. In Deutschland sind etwa Baukosten für eine Wohnung nur steuerlich absetzbar, wenn diese nicht für den Eigenbedarf genutzt wird. Das führt teilweise zu der bizarren Situation, dass Wohnungen vermietet werden und die Eigentümer selbst zur Miete wohnen. Aber auch wenn die Rahmenbedingungen noch nicht ideal erscheinen – zunehmend wagen Familien und junge Paare den Zusammenschluss in der Baugruppe. Vor allem die Verbindung von urbanen Qualitäten mit Annehmlichkeiten, die man sonst nur außerhalb der Stadt vermutet hätte, reizen. „Ich hätte nie gedacht, dass es möglich ist, in der Innenstadt ein schönes, bezahlbares Haus mit Garten zu finden! Die nette Baugemeinschaft und die individuellen Gestaltungsmöglichkeiten gab es dann noch als „Schmankerl" dazu. Von einem solchen Projekt hätten wir nicht einmal zu träumen gewagt!", beschreibt Bauherrin Stefanie Rosenberg (Projekt Haus & Hof, sieglundalbert) ihre Erfahrung.

Baugruppen in Berlin: Katalysatoren des urbanen Lebens

Im Gegensatz zu anderen Regionen in Deutschland, sind Baugruppen in Berlin ein relativ junges Phänomen, das angesichts des langsamen, aber stetigen Preisanstiegs auf dem Wohnungsmarkt und vorhandener innerstädtischer Baulücken zukünftig verstärkt Impulse geben kann. Die Zahl der brachliegenden Grundstücke in der Berliner Innenstadt liegt momentan bei ca. 1000, ein Großteil befindet sich in städtischem Besitz. Viele dieser Lücken eignen sich hervorragend für Baugruppen. Obwohl Berlin im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten einen für Käufer und Mieter relativ günstigen Immobilienmarkt aufweist – zu berücksichtigen ist hier allerdings auch das geringe Pro-Kopf-Einkommen – lässt sich in den beiden letzten Jahren ein deutlicher Zuwachs feststellen. Im Jahr 2005 stieg der Umsatz aus Grundstücksverkäufen um 44 Prozent[12], der Flächenum-

[10] Opaschowski 2005, S. 188

[11] Vgl. www.ifs-staedtebauinstitut.de

[12] Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: der Berliner Wohnungsmarkt 2005, Berlin 2006, S. 16

Mit einem Hausfest feiert eine Baugruppe den gemeinsamen Erfolg (Foto: Klaus Staffa)

satz erhöhte sich um über die Häfte. Ausländische Investoren entdecken Berlin zunehmend als günstigen Anlagemarkt. Wohnraum wird also auch in Berlin in absehbarer Zeit immer teurer werden – zumindest in den begehrten Wohnlagen, wozu auch die Innenstadtbezirke Prenzlauer Berg und einige Bereiche in Berlin-Mitte zählen. Prenzlauer Berg hat sich in den letzten zehn Jahren zu einer der beliebtesten Wohngegenden Berlins entwickelt, der Bezirk Pankow, zu dem außerdem Weißensee und der Pankower Kiez rund um den Bürgerpark zählen, verzeichnete einen Zuwachs von mehr als 40.000 Einwohnern[13] über die letzten zehn Jahre, während andere Viertel kontinuierlich Bevölkerung verlieren. Ein ambivalenteres Bild bietet sich für den zentralsten Bezirk Berlin-Mitte. Die Einwohnerstruktur ist hier vor allem durch Single-Haushalte (59 Prozent) geprägt[14] und das Gebiet weist eine der höchsten Fluktuationsquoten der Stadt auf[15]. Eine beständige Bewohnerstruktur scheint sich hier nach der Wende nicht wieder etabliert zu haben. Wohnmodelle, die vor allem junge Familien dauerhaft im Stadtzentrum ansiedeln, sind deshalb in Berlin besonders interessant. „auf.einander.bauen“ konzentriert sich auch auf Berlin, weil sich hier Baugruppen – im Gegensatz zu anderen „Baugruppenhochburgen“ in Deutschland – vor allem auf die Innenstadt konzentrieren und verstärkt von Architekten initiiert worden sind. In den letzten vier Jahren ist mit der Baugruppe fast eine Art neue Typologie urbaner Wohnformate entstanden. Baulücken-Bebauungen in Form von aufeinander gestapelten Einfamilienhäusern oder sogar Villen sind plötzlich im Stadtbild präsent und werden – im Gegensatz zu den Townhouses – nicht nur von Großverdienern, sondern vor allem von Familien der Mittelschicht bewohnt. Viele Baugruppenprojekte zeichnen sich durch liebevolle Details und untypische Lösungen aus. Kluge und ungewöhnliche Architekturen, abgestimmt auf die jeweiligen Lebenssituationen der Bewohner und Wohnungsgrößen sind zu beobachten. Baugruppen-Häuser sind besonders: Sie gehen auf die jeweiligen Bedürfnisse und Geldbeutel der Bewohner, auf das Grundstück und die städtische Umgebung ein.

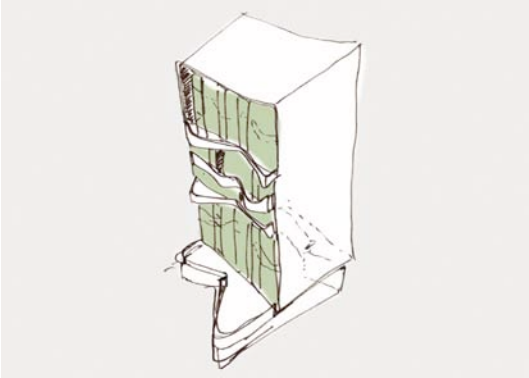
Man könnte den Trend zur Baugruppe als ein Phänomen des Mangels deuten. Die schlechte wirtschaftliche Situation der letzten Jahre hatte zwei entschiedene Auswirkungen: Es gab eine Menge Architekten in Berlin, die nur wenig zu tun hatten, und kaum Investoren, die gebaut haben. Weil wenig gebaut worden ist, entstand langsam ein Unterangebot an ansprechendem Wohnraum. Weil Architekten kreativ sind, haben sie diesen Bedarf erkannt und an Lösungen gearbeitet. Die überwiegende Zahl der auf den folgenden Seiten präsentierten Projekte sind auf Initiative von Architekten entstanden. Sie haben die Grundstücke recherchiert, in Vorleistung einen Entwurf erbracht und potenzielle Bauherren gesucht. Die Chancen, ein Baugruppenprojekt zu realisieren, wurden von den Büros höher eingeschätzt, als über einen Wettbewerb einen Auftrag zu erhalten – ganz abgesehen von der ge-

Grundsteinlegung, Marienburger Straße 40 (Foto: Arnold und Gladisch)

[13] Ebd., S. 47

[14] Ebd., S. 28

[15] Ebd., S. 47



Die Entwurfsskizze verdeutlicht das Konzept der Architekten: Große Maisonettewohnungen bieten viel Platz in aufeinander gestapelten Villen. (Abb.: zoomarchitekten)

ringen Anzahl offener Wettbewerbe, die überhaupt noch ausgeschrieben werden. Dass gleichzeitig so viele Architekten die gleiche Idee verfolgen, legt nahe, dass sich hier mit den Baugruppen ein neues Format etabliert, das den Bedarf offenbar genau trifft. Für die Architekten bietet sich so die Möglichkeit, sich mit gebauten Projekten als qualitätsbewusste, nutzerorientierte und verantwortungsvolle Gestalter einer neuen urbanen Lebensqualität zu positionieren.

In wirtschaftlich schwierigen Situationen werden oft Ideen entwickelt, die dann in den folgenden guten Zeiten umgesetzt werden. Es soll nicht zynisch klingen, aber in gewisser Hinsicht war es für das Innovationspotenzial in der trägen Berliner Stadtlandschaft fast schon ein Glücksfall, dass es die Baupause gab, weil jetzt nach dem Ende der Stagnation neue Ideen Raum bekommen und zu städtischem Raum werden. Zunehmend erkennt auch die öffentliche Hand das Potenzial der Baugruppen. Demnächst ist eine Erweiterung des städtischen Informationsangebotes und eine Änderung des Vergabeverfahrens zugunsten von Baugruppen geplant.

Baugruppenprojekte bieten durchdachte Detaillösungen: Die zurückgesetzten Fenster lassen sich um 180 Grad nach innen öffnen und bilden dadurch eine Loggia. (Foto: Stefan Müller)

Mikrokosmos Baugruppe: Zwölf exemplarische Projekte in Berlin

„auf.einander.bauen“ präsentiert zwölf beispielhafte Projekte, die bereits realisiert worden sind oder sich gerade in der Fertigstellung befinden. Sie stehen für die Bandbreite der Wohnungsbauten, die in den letzten Jahren in Berlin durch Baugemeinschaften entstanden sind. Alle in Ausstellung und Katalog präsentierten Bauten eint, dass sie durch qualitätvolle Architektur überzeugen. Berlins leitender Stadtplaner Reiner Nagel, der zuvor schon in Hamburg Baugruppenprojekte betreut hat, spricht gar von einer „Laborsituation für gute Architektur“, die durch Baugemeinschaften in den letzten Jahren in der Hauptstadt entstanden ist[16].

Die ausgewählten innerstädtischen bzw. innenstadtnahen Projekte werden bis ins Detail gezeigt, wobei es uns vor allem auf Vergleichbarkeit und Transparenz zum Beispiel der Kostenstruktur ankam. Dass Baugruppenprojekte flexible, kinderfreundliche, ökologische und noch dazu kostengünstige Wohnkonzepte bieten, sind häufige Argumente, die sich in jeder einschlägigen Veröffentlichung zu Baugemeinschaften finden. Anhand der ausgewählten Projekte kann dies nun überprüft werden. Sicherlich lässt sich aus zwölf Projekten noch keine empirisch valide bzw. verallgemeinerbare Aussage treffen, wohl aber ein qualitativer Trend ablesen. Aussagen von Bauherren ergänzen die statistischen Angaben.

Um größtmögliche Vergleichbarkeit von sehr unterschiedlichen Projekten herzustellen, haben wir uns für bestimmte Kennzahlen entschieden, die jeweils am Anfang der Präsentation für jeden Bau ausgewiesen werden, dazu zählen Baukosten ebenso wie Wohnflächen und Grundstücksgrößen. Außerdem werden die Projekte hinsichtlich ökologischer Qualität, Kinderfreundlichkeit oder Art der Gemeinschaftsräume miteinander verglichen. Zudem werden die speziellen Lösungen für die jeweiligen Anforderungen anhand von Grundrissen, Plänen und einer kurzen Beschreibung dargestellt, die auf die besonderen

[16] Vgl. Kristien Ring, DAZ (Hrsg.): auf.einander.bauen Baugruppen in der Stadt, Berlin 2007, S. 14-23

Details der Häuser aus Sicht der Kuratorin eingeht. In der Ausstellung ergänzt ein Stadtpanorama die Projektdarstellungen. Hier kommen Architekten, Bauherren und andere Akteure der Baugruppenlandschaft in Form von Zitaten zu Wort. Zudem liefert das Panorama weiterführende Informationen rund um das Thema urbanes Wohnen und Baugruppen. Auf den folgenden Seiten gibt ein Gespräch weitere Einblicke in die Erfahrungen und Potenziale, die Architekten, Bauherren und Experten mit Baugruppen im Allgemeinen und für Berlin im Speziellen verbinden.

Von den zwölf präsentierten Berliner Projekten sind acht Baulückenschließungen, ein Projekt belebt einen brachliegenden Innenhof, ein weiteres ist Teil eines städtischen Entwicklungsgebietes am Wasser und zwei Projekte befinden sich in weniger dicht bebauten stadtnahen Randlagen. Es existieren in Berlins Innenstadt noch zahlreiche exzellente Baugruppenprojekte, die aber entweder keine so detaillierten Daten für die Veröffentlichung zur Verfügung stellen konnten oder im Bau noch nicht so weit fortgeschritten sind. Es ging uns bei „auf.einander.bauen“ auch nicht um eine möglichst umfassende, sondern vielmehr exemplarische Präsentation von beispielhaften Projekten. Es ist unser Ziel, nicht nur Entwürfe, sondern gebaute Realitäten zu präsentieren – deshalb werden alle Projekte auch an bestimmten Terminen während der Ausstellungslaufzeit zu besichtigen sein. Der Praxisguide im Anhang des Kataloges verzeichnet zahlreiche Initiativen und Portale in Berlin und ganz Deutschland, wo interessierte Leser ihre Recherche zu weiteren Baugruppenprojekten fortsetzen können.

Die ausgewählten Projekte stellen eine große Vielfalt dar – so vielfältig wie die Architekturbüros und die Anforderungen der Bauherren. Die Bauten können unter den verschiedensten Aspekten miteinander verglichen werden. Die Wohngebäude in der Marienburger Straße von heinhaus architekten oder das „Haus& Hof“-Projekt von sieglundalbert zeichnen sich zum Beispiel durch ihre besonders energieeffiziente Bauweise aus. Bei den „Wohnetagen“ in der Steinstraße von carpaneto. schöningh architekten fallen vor allem die zahlreichen Gemeinschaftsflächen auf: Die Bewohner teilen sich nicht nur einen Garten, sondern auch ein Schwimmbad mit Sauna, ein Gartenhäuschen mit Werkstatt und Sommerküche sowie eine Gästewohnung. Hingegen steht beim Projekt C53 von zoomarchitekten in Prenzlauer Berg vor allem die individuelle Wohnungsgröße im Vordergrund. Es könnte als luxuriösestes der vorgestellten Projekte betrachtet werden. Hier bieten sich dreigeschossige Maisonettes mit bis zu 280 Quadratmetern Fläche für die zukünftigen Bewohner. Dabei sind diese exklusiven Wohnungen in Innenstadtlage mit 1.752 Euro Gesamtkosten pro Quadratmeter Wohnfläche nicht unbedingt teuer. Der durchschnittliche Preis für eine neu gebaute Eigentumswohnung vom Bauträger lag in Berlin im Jahr 2004 bei 2.400 Euro pro Quadratmeter[17]. Alle vorgestellten Baugruppenprojekte liegen unter den sonst üblichen Marktpreisen, sind also selbst in einem so niedrigpreisigen Immobilienmarkt wie Berlin noch erheblich kostengünstiger.

Fazit

Das Projekt „auf.einander.bauen“ versteht sich als Plädoyer für Baugruppen in der Stadt. Das Modell Baugruppe bietet bisher noch nicht erschöpfte Potenziale für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die nicht nur die städtische Baukultur durch anspruchsvolle und individuelle architektonische Lösungen bereichert. Es schafft auch nachbarschaftliche Netzwerke und einen „Sense of Ownership“, also ein Verantwortungsgefühl nicht nur für den unmittelbaren Wohnbesitz, sondern auch für das Wohnumfeld. Durch den Prozess des gemeinsamen Bauens setzen sich die Bauherren mit Architektur aktiv auseinander und identifizieren sich mit „ihrem Haus“. Baugruppen in der

Detaillösung II: Drei Materialien werden perfekt aneinander gefügt. Die Treppe wird dadurch zum Bild im Raum. (Foto: Allard van der Hoek)

[17] Der Berliner Wohnungsmarkt 2005, S. 62

Detaillösung III: Beispiel einer offenen Raumgestaltung mit Wohnküche. Mittels Schiebewänden lassen sich Räume bei Bedarf voneinander trennen. (Foto: carpaneto.schöningh)

Innenstadt stellen besonders für Familien mit Kindern eine Alternative dar und wirken so der weiteren Inanspruchnahme von Grünflächen für Einfamilienhäuser auf dem Lande und in Vororten entgegen.

„auf.einander.bauen“ will zum Dialog anregen zwischen Architekten, (potenziellen) Bauherren und Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung. „auf.einander.bauen“ will auf vorhandene Netzwerke und Initiativen aufmerksam machen und neue Synergien fördern. Berlin ist reif für einen nächsten Schritt. Auch für größere Brachflächen könnte sich das Baugruppenmodell eignen: Wenn ein neues Stadtquartier entsteht, ist es umso wichtiger, dass die Bewohner sich mit ihrem Wohnumfeld identifizieren. In Tübingen sind hier mit dem Französischen Viertel oder Loretto Süd erfolgreiche Beispiele entstanden. „auf.einander.bauen“ zeigt, dass auch in Berlin genügend talentierte und versierte Architekturbüros vorhanden sind, die gemeinsam eine solche größere Entwicklungsaufgabe zum Nutzen vieler realisieren könnten. Wir freuen uns darauf.

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Kleine bunte Gärten

Bürgerengagement und Integration in Kleingärtnervereinen

André Christian Wolf
arbeitet am Zentrum für Nonprofit-Management in Münster.

Vereine begegnen uns tagtäglich in vielen Bereichen unseres Lebens und auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen in Quartier, Stadt und Region. Untersuchungen lokaler Vereinslandschaften vermitteln einen Eindruck von der Vielfältigkeit der Vereinsaktivitäten, und sie machen die Bedeutung von Vereinen als Dienstleister wie auch als Orte der sozialen Integration und der politischen Partizipation deutlich (vgl. Zimmer 2007: 93 ff. sowie den Beitrag von Annette Zimmer und Thorsten Hallmann in PNDonline I/2007). Dass dies sogar für Kleingärtnervereine gilt, denen für gewöhnlich eher ein kleinbürgerlich-spießiger Ruf vorauseilt, zeigen die Befunde einer Untersuchung in Münster. Im Rahmen der Studie „Bürgerengagement und Integration von Migranten im Kleingartenwesen" wurden Vereinsvorsitzende von 40 Kleingärtnervereinen befragt sowie Ergebnisse einer Befragung von 45 Kleingärtnern mit Migrationshintergrund ausgewertet. Die Studie wurde durchgeführt vom Zentrum für Nonprofit-Management in Münster und wurde gefördert aus Mitteln des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) des Landes Nordrhein-Westfalen. Dabei stellt sich heraus: Kleingärten sind über ihre stadtökologische Funktion und ihre eigentliche kleingärtnerische Nutzung hinaus vor allem auch Orte sozialer Begegnung und des nachbarschaftlichen Miteinanders. Kleingärten, die oft als „typisch deutsch" gelten, sind bunter als gedacht und eröffnen aufgrund ihres stabilen Sozialgefüges die Chance, gerade hier mit Maßnahmen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements und zur Integration von Migranten anzusetzen.

Kleingärtnervereine in Münster

In Münster existiert eine seit vielen Jahren aktive und engagierte Kleingärtner-Vereinslandschaft mit relativ konstanten Mitgliederzahlen (vgl. Verk 1994: 71). Im Jahr 2007 gab es in Münster rund 3.800 Kleingärten in 63 Kleingärtnervereinen, von denen 54 im Stadt- und Bezirksverband Münster der Kleingärtner zusammengeschlossen sind. Die Größe dieser Vereine reicht von wenigen Kleinstvereinen mit 40 Mitgliedern (12,8 %) über kleine Vereine mit 50 bis 100 Mitgliedern (53,9 %) bis hin zu mittelgroßen Vereinen mit 100 bis knapp über 200 Mitgliedern (33,3 %). Ähnlich wie die gesamte Münsteraner Vereinslandschaft (vgl. Zimmer/Hallmann 2005: 12) sind damit auch die Kleingärtnervereine in Münster von relativ kleinen Vereinigungen geprägt.

Das besondere Engagement der Kleingärtnervereine in Münster zeigt sich zum Beispiel an vielfältigen Beiträgen zur Münsterschen Bewerbung im Rahmen des Wettbewerbs „Entente Florale" in den Jahren 2006 und 2007 und der Beteiligung an der Kunstausstellung

Gartenzwerg und Gartenlaube: typisch deutsch?

„skulptur projekte münster 07“. Auch eigene Projekte werden von den Kleingärtnern auf die Beine gestellt: So fand im Jahr 2007 in Münster bereits zum dritten Mal die Ausstellung „Kunst trifft Kohl“ statt und im Rahmen der zweiten „Freien Gartenakademie“ im Schrebergarten des Künstlers Wilm Weppelmann wurde über Nutzpflanzenvielfalt, temporäre Gärten, Gartentherapie und andere „grüne“ Themen diskutiert.

Kleingärten als Orte für Bürgerengagement

Die Ergebnisse der Befragung der Kleingärtnervereine in Münster zeigen, dass in den Vereinen der Laubenpieper und Gartenfreunde insgesamt rund 1.000 Menschen und damit rund 20 Prozent der Vereinsmitglieder freiwillig engagiert sind. Mit anderen Worten: In Kleingärtnervereinen kommt auf fünf Mitgliedschaften ein Freiwilliger bzw. eine Freiwillige. Angesichts der Tatsache, dass es sich bei Kleingärtnervereinen überwiegend um kleine und mittelgroße Vereine handelt, ist dies eine beachtliche Zahl an freiwillig Engagierten, denn: Als Durchschnittswert für die gesamte Münsteraner Vereinslandschaft kommt bei lokal oder regional tätigen Vereinen lediglich auf 20 Mitgliedschaften ein Freiwilliger bzw. eine Freiwillige (vgl. Zimmer/Hallmann 2005: 20). Damit zeigt sich einmal mehr, dass es in punkto bürgerschaftliches Engagement nicht auf die großen Vereine ankommt, sondern gerade kleine Vereine über rege und aktive Gemeinschaften verfügen. Das Engagement „bei Schrebers“ blüht also kräftig.

Freiwilliges Engagement in Kleingärtnervereinen erschöpft sich dabei keinesfalls nur in den Ehrenamtsfunktionen der Vereinsvorstände. Kleingärtnervereine sind eine Basis für ganz unterschiedliche Formen der Mitarbeit. So übernehmen die freiwillig engagierten Gartenfreunde zahlreiche Aufgaben, wie das Vermitteln von Kleingartenparzellen, das Durchführen von Sanierungsmaßnahmen, Fortbildungen und Fachberatungen, das Organisieren von Festen sowie Finanzberatung bei Interessenten mit geringem Einkommen. Auch außerhalb ihrer Kleingartenanlagen pflegen Gartenfreunde Grünflächen und Bachläufe und sammeln Spenden für soziale Zwecke.

Hochgerechnet auf alle Kleingärtnervereine in Münster werden von den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern und Vorstandsmitgliedern – über die so genannten Pflichtstunden hinaus – allein in der Gartensaison weit über 100.000 Arbeitsstunden geleistet. Dieses Engagement entspricht einem Vollzeitäquivalent von rund 60 Stellen. Ohne die Ehrenamtlichen, die ihre Aufgaben freiwillig, unentgeltlich und gemeinnutzenorientiert ausführen, könnte ein Kleingärtnerverein also praktisch nicht existieren.

Im Hinblick auf die Engagementstruktur zeigen die Befragungsergebnisse aber auch: Es fehlt an freiwillig engagiertem Nachwuchs. Vier von fünf Münsteraner Kleingärtnervereinen haben Probleme, (neue) Freiwillige für die Vorstandsarbeit zu finden und das Durchschnittsalter der Vorstände beträgt in einzelnen Vereinen 65 Jahre, im Durchschnitt immerhin noch 58 Jahre. Die Schwierigkeit, genug Freiwillige oder Ehrenamtliche zu finden, macht zwar auch anderen Münsteraner Vereinen schwer zu schaffen. Während dieses Problem aber insgesamt von „nur“ 37 Prozent der Vereine in Münster beklagt wird (vgl. Zimmer/Hallmann 2005: 29), sind es in Kleingärtnervereinen 80 Prozent der Vereinsvorsitzenden, die sich mit diesem Problem konfrontiert sehen. Da die Hauptlast der Vereinsarbeit von freiwilligen Mitarbeitern getragen wird, ist dies ein alarmierender Befund, zumal eine wichtige Aufgabe der Vorstände nicht zuletzt im Heranführen neuer Kleingärtner an das umweltgerechte Arbeiten und Anbauen im Grünen liegt.

Dabei ist die Nachfrage von jungen Menschen nach Kleingärten durchaus gegeben: Zwar sind in den Kleingärtnervereinen in Münster noch immer fast 40 Prozent der Gartenfreunde im Rentenalter, aber bei den neuen Interessenten nach Kleingärten zeigt sich ein eindeutiger Trend: Drei von vier Nachfragern (76,9%) sind junge Familien mit Kindern, und zwei von drei Nachfragern (61,5%) haben einen Migrationshintergrund. Senioren und Alleinerziehende sind nur selten auf den Wartelisten der Vereine zu finden.

Darüber hinaus zeichnet sich die Tendenz ab: Wer sich einmal für einen Kleingarten entscheidet, gibt ihn nicht so schnell wieder auf. Die sehr niedrige Aufgabequote von Kleingärten mit durchschnittlich zwei aufgegebenen Gärten pro Jahr pro Anlage, die lange Verweildauer und die Zufriedenheit mit dem sozialen Zusammenhalt in den Kleingärtnervereinen legen nahe, dass Kleingartenanlagen ein überaus stabiles Sozialgefüge bieten. Dies bietet die Chance, gerade hier mit Maßnahmen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements und mit Integrationsmaßnahmen für Migranten anzusetzen.

Kleingärten als Orte für Integration

Die Nachfrage von Migrantinnen und Migranten nach Kleingärten ist seit mehreren Jahren steigend. Dadurch hat in vielen Vereinen die Zahl der Mitglieder mit Migrationshintergrund erheblich zugenommen. Wie die Ergebnisse der Befragung der Kleingärtnervereine in Münster zeigen, ist der Anteil an Kleingärtnern mit Migrationshintergrund in Münster von 16 Prozent im Jahre 2003 auf 17,9 Prozent im Jahre 2007 gestiegen. Zum Vergleich: Insgesamt beträgt der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland 18,9 Prozent. Der Kleingarten erscheint damit gar nicht so typisch deutsch, wie vielfach angenommen – oder, was den Anteil von Migranten an der Bevölkerung angeht, eben doch: Kleingärtnervereine sind so vielfältig und „multikulturell“ wie der Rest der Gesellschaft.

Auch im Hinblick auf die Herkunftsländer werden Kleingärten und Kleingärtnervereine in Münster – und auch bundesweit (vgl. BDG 2006) – immer bunter: Wurden von den Kleingärtnervereinen im Jahr 2003 noch 30 verschiedene Herkunftsländer von Migranten verzeichnet, so konnten für 2007 bereits 34 verschiedene Herkunftsländer ermittelt werden. Die Mehrheit der Migranten, die in

Offene Türen und Tore für Migranten…

Kleingärtnervereinen Wurzeln schlagen, kommt aus den Unionsrepubliken der ehemaligen UdSSR (48 %), aus Polen (25,6 %), Portugal (7,2 %) und aus der Türkei (5,6 %). Weitere Herkunftsländer der Migranten mit Kleingarten sind unter anderem Korea, Japan, Vietnam, Iran, Ghana, Marokko, Rumänien, die Niederlande und Dänemark.

Eine potenziell anzunehmende soziale Selektion, die zum Beispiel durch Einkommen, beruflichen Status oder Konfessionen bedingt ist, lässt sich anhand der Interviews mit den zugewanderten Kleingärtnern nicht feststellen. Sowohl Maler und Schlosser als auch Bauingenieure und Ärzte nehmen in den Schrebergärten Gießkanne und Harke in die

…machen Kleingärten immer bunter

Von dem Problem stark oder sehr stark betroffen	in Prozent
Regeln der Gartenordnung	
Zu große Baulichkeiten auf einzelnen Parzellen	42,1
Vernachlässigung der Gartenordnung allgemein	38,5
Nicht-Einhaltung der Ruhezeiten	23,7
Freiwilliges Engagement	
Freiwillige für Vorstand gewinnen	84,6
Freiwillige für Vereinsaktivitäten gewinnen	53,8
Zusammenleben im Verein	
Nachlassendes Gemeinschaftsgefühl	62,5
Verständigung mit Migranten	35,1
Wahrnehmung der Vereinsarbeit	
Geringe oder abnehmende Einflussmöglichkeiten für Anliegen des Vereins	33,3
Unzutreffendes Image in der Öffentlichkeit	29,7
Geringe oder abnehmende Wahrnehmung der Arbeit des Vereins	23,7

Abbildung 1: Häufigste Probleme in Kleingärtnervereinen

Eine potenziell anzunehmende soziale Selektion, die zum Beispiel durch Einkommen, beruflichen Status oder Konfessionen bedingt ist, lässt sich anhand der Interviews mit den zugewanderten Kleingärtnern nicht feststellen. Sowohl Maler und Schlosser als auch Bauingenieure und Ärzte nehmen in den Schrebergärten Gießkanne und Harke in die Hand. Die Berufsausbildungen und die ausgeübten Berufe weisen insgesamt eine breite Streuung auf und lassen darauf schließen, dass Kleingärten offenbar bei verschiedenen sozialen „Milieus“ von Migranten beliebt sind.

Zu beobachten ist jedoch, dass sich einzelne ethnisch-kulturelle Gruppen abgrenzen und diese – nach Einschätzung vieler Vereinsvorsitzender– nicht oder nur in geringem Maße am Gemeinschaftsleben des Vereins partizipieren. Diese Abkapselung sowie unterschiedliche Vorstellungen der „Kleingartenkultur“ können das Vereinsleben untergraben und zu Spannungen, Konflikten und Desintegration führen. Eine solche Entwicklung, die durchaus bis hin zu „Gartenghettos“ führen kann, ist jedoch vermeidbar, da gemeinsames Arbeiten im Garten ein hohes Integrationspotenzial bieten kann.

Abbildung 2: Pachtmotive

Pachtmotive	Migranten (Spätaussiedler)	Kleingärtner gesamt
Naturaufenthalt	93,3 %	84,6 %
Hobby Gartenarbeit	90,0 %	71,9 %
eigener Gemüseanbau	60,0 %	65,6 %
Spielmöglichkeiten für Kinder	33,3 %	20,8 %
soziale Kontakte	6,7 %	22,9 %
Teilnahme am Vereinsleben	3,3 %	17,7 %

Beispiele und Möglichkeiten, wie Integration im Kleinen und schon am Gartenzaun beginnen kann, gibt es viele: Durch den Austausch über verschiedene Traditionen beim Anpflanzen und Verarbeiten von Obst und Gemüse, das gegenseitige Ausleihen von Gartengeräten oder durch handwerkliche Hilfe des Nachbarn, das besonders von zugewanderten Gartenfreunden häufig genannt wird, wenn danach gefragt wird, wie sie sich im Verein nützlich machen. Bei den Integrationsmaßnahmen von Seiten der Vereine stehen nach Auskunft der Vereinsvorsitzendeninternationale Gartenfeste an erster Stelle. Darüber hinaus gibt es in einigen Vereinen „spontane Grillabende“, Ansprechpartner und „Obleute“ in den Vereinen, „persönliche Hilfe im Garten“ oder ehrenamtliche Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen und Formularen.

Integration ja, „Vereinsmeierei“ nein

Die Pachtmotive von einheimischen Gartenfreunden und solchen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich zwar kaum, aber die Regelhaftigkeit in Kleingärtnervereinen sowie die Vereinsidee und die damit verbundene Teilnahme am Vereinsleben oder Übernahme von Vorstandsposten ist für einige Migrantengruppen ungewohnt, und sie erzeugt unter Migranten Irritationen und Unsicherheiten.

Dies zeigt sich besonders bei Spätaussiedlern, die in den meisten Vereinen die größte Gruppe unter den Migranten stellen. Bei ihnen nimmt die Funktion des Kleingartens als Ort für naturnahe Erholung und Freizeitgestaltung sowie für das Hobby Gartenarbeit zentrale Bedeutung bei den Pachtmotiven ein. Da die Spätaussiedlerfamilien mit durchschnittlich 2,38 Kindern relativ kinderreich sind, sind für ein Drittel der Befragten auch Spiel- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder ein wichtiges Motiv bei der Anmietung eines Kleingartens. Das Knüpfen und die Pflege sozialer Kontakte sowie das Vereinsleben spielt für sie dagegen kaum eine Rolle.

Zu beachten sind in diesem Kontext jedoch drei weitere Befunde: Erstens ist den befragten Spätaussiedlern das Thema „Vereinsleben“ und die Gemeinschaft im Verein relativ unbekannt, da sie dies im jeweiligen Herkunftsland nicht kennen gelernt haben. Zweitens sind die befragten Spätaussiedler auch nur äußerst selten in anderen Vereinen, zum Beispiel in Sport- oder Kulturvereinen, aktiv, so dass auch daraus eine gewisse Unerfahrenheit mit dem Thema Vereinsleben resultiert. Drittens schließlich ergeben sich aus der familiären Situation (junge, meist kinderreiche Familien) und der beruflichen Situation (vielfach Schichtarbeit oder mehrere Jobs) der Spätaussiedler mitunter schlicht Zeitprobleme, um sich aktiv ins Vereinsleben einzubringen. Eine ganze Reihe von Spätaussiedlern äußert daher im Hinblick auf ihre Teilnahme am Vereinsleben, dass sie sich eigentlich gerne mehr einbringen würden, sie sich aber auch ein besseres gegenseitiges Verständnis und Aufeinanderzugehen wünschten. Als eine Art Einbahnstraße verstehen sie Integration aber dennoch nicht, da sich viele von ihnen auch selbst in der Pflicht sehen, und so fasst einer der Befragten Spätaussiedler zusammen: „Integration muss von beiden Seiten besser gemacht werden“.

Als problematisch und störend empfinden die befragten Spätaussiedler allerdings die Vielzahl an Regeln und Vorschriften in Kleingärtnervereinen. Bei kleineren Bauprojekten, wie zum Beispiel dem Bau einer Veranda, nehmen sie gelegentlich auch Ungleichbehandlungen von Spätaussiedlern und einheimischen Gartenfreunden wahr. Sie wünschen sich daher „weniger Regeln und Verbote und ein bisschen mehr Freiheit“. Insgesamt scheint aber eine große Zufriedenheit der Spätaussiedler mit ihren Vereinen und Nachbarn vorzuherrschen, und wenn man die Spätaussiedler nach Vorschlägen zur stärkeren Teilnahme am Vereinsleben fragt, so kommen von ihnen auch einige eigene Anregungen: So wird zum Beispiel vorgeschlagen, einen „Kennlernabend mit Aktivitäten und Programm“ oder einen „Kochabend mit internationalen Gerichten“ zu organisieren, und die Veranstaltungen sollten insgesamt „lustiger und lebendiger“ werden.

Insgesamt zeigt sich: Integration im Kleingarten erfordert Verständnis gegenüber der Tatsache, dass sich widersprechende Pachtmotive- und Interessen gleichberechtigt nebeneinander bestehen. Die „deutsche Kleingartenidee“

Grillen am Abend in der Anlage „Friedlicher Nachbar“

muss nicht für alle Gartenfreunde gleich attraktiv sein. Vielmehr sollten Kleingärten als Freiräume im Sinne von gesellschaftlichen Freiräumen verstanden werden, welche frei von Zwang und von außen vorgegebenen Regeln und somit offen für spontane, frei gewählte Nutzungen sind.

Die Potenziale heben

Mittlerweile wird in Deutschland weitgehend anerkannt, dass der Förderung des freiwilligen Engagements von Migranten sowohl in Organisationen der Aufnahmegesellschaft als auch in Migrantenselbstorganisationen eine große Bedeutung für deren Integration zukommt (vgl. dazu den Beitrag von Faruk Şen und Dirk Halm in PNDonline III/2007). Zu berücksichtigen ist jedoch, „dass das vorherrschende Konzept von Engagement durch eine west-europäische Sicht geprägt und so häufig auf formelles Engagement in Vereinskontexten reduziert ist, ohne zu beachten, dass Migrantinnen und Migranten selbst ihre Traditionen von Engagement mitbringen. Sie sind eher informell in Bereichen der gegenseitigen Hilfe und Selbsthilfe und in ihren ethnischen Gemeinschaften aktiv. Sie treten also zunächst vorrangig als Vertreter/innen ihrer eigenen ethnischen Gruppen auf und es ist nachvollziehbar, dass bei diesem Engagement vor allem die Verantwortung für die Bewältigung der eigenen Situation bzw. der Situation der eigenen Gruppe in der Migration im Mittelpunkt steht“ (Huth 2006: 23).

Auf die Situation der Kleingärtnervereine bezogen wird deutlich, dass der „deutsche Klein-

garten“ längst zu einem Ort internationaler Gemeinschaft geworden ist und verschiedene Engagement- und Integrationsmöglichkeiten bietet. Integration findet nicht nur in den vielfach beachteten „Interkulturellen Gärten“ (vgl. Müller 2002) statt, sondern auch im „Normalfall“ Kleingarten mit bundesweit rund einer Million Kleingartenanlagen, in denen rund vier Millionen Menschen ihrem Hobby nachgehen. Die Ergebnisse der Kleingärtnerstudie in Münster regen daher dazu an, beim Erforschen neuer Engagement- und Integrationspotenziale hin und wieder auch an ungewöhnlichen Orten zu suchen und über Hecken, Zäune und andere (Denk-) Barrieren hinweg zu steigen.

Literatur

Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e. V. BDG (Hrsg.) (2006): Miteinander leben. Integration im Kleingarten. Ein Leitfaden. Berlin

Huth, Susanne (2006): INVOLVE – Beteiligung von Drittstaatenangehörigen an freiwilligem Engagement als Mittel zur Integrationsförderung. Projektabschlussbericht für Deutschland. Frankfurt am Main

Müller, Christa (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München

Verk, Sabine (1994): Laubenleben: Eine Untersuchung zum Gestaltungs-, Gemeinschafts- und Umweltverhalten von Kleingärtnern. Münster

Zimmer, Annette/Hallmann, Thorsten (2005): Mit vereinten Kräften. Ergebnisse der Befragung „Vereine in Münster“. Münster

Zimmer, Annette (2007): Vereine – Zivilgesellschaft konkret. Wiesbaden

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Bebauungspläne der Innenentwicklung

Eine kritische Würdigung aus kommunaler Sicht

Klaus von Zahn ist Produktverantwortlicher für den Bereich Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltamt Düsseldorf

Dieser Beitrag ist erschienen in: Planerin 6/2007, S. 49-50. www.srl.de

„Zur Verminderung der Flächeninanspruchnahme und zur Beschleunigung wichtiger Planungsvorhaben, vor allem in den Bereichen Arbeitsplätze, Wohnbedarf und Infrastrukturausstattung, werden wir das Bau- und Planungsrecht für entsprechende Vorhaben zur Stärkung der Innenentwicklung vereinfachen und beschleunigen." So steht es geschrieben im Koalitionsvertrag von SPD, CDU und CSU, der am 11.11.2005 beschlossen wurde.

Können die Regelungen im Baugesetzbuch bezüglich der Bebauungspläne der Innenentwicklung diesen Anforderungen gerecht werden? Sind sie vereinbar mit dem ebenfalls im Koalitionsvertrag verankerten Ziel der nachhaltigen Entwicklung? „Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist Ziel und Maßstab unseres Regierungshandelns, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene" (Koalitionsvertrag vom 11.11.2005, S. 69). Zur Beantwortung dieser Fragen sind drei relevante Aspekte des neu eingeführten Verfahrens zu betrachten: Neben den grundsätzlichen Voraussetzungen zur Anwendbarkeit sind dieses die Beschleunigungseffekte sowie die fachliche Wirkung der neuen Regelungen.

Anwendungsbereich des §13a BauGB

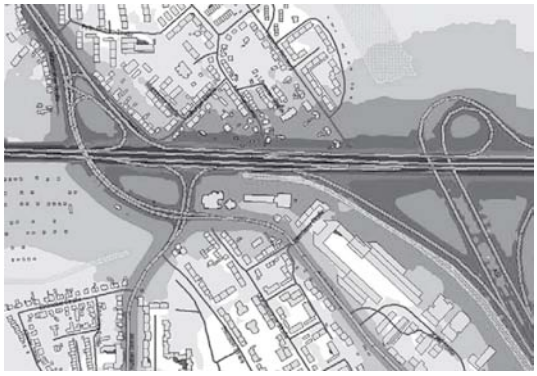
Die Definition der Innenentwicklung (BauGB §13a (1) Satz 1) ist so weit gefasst, dass kaum eine Kommune Schwierigkeiten haben wird, neue Bebauungspläne unter diese Regelung fallen zu lassen. Da in relevanten Fachvorträgen und Fachartikeln selbst großzügige Arrondierungen als Innenentwicklung interpretiert werden, müssen schon deutlich Anhaltspunkte für eine Zersiedelung des Außenbereichs erkennbar sein, um an die Grenzen dieser Regelung zu stoßen (Jessel et al. 2006). Deutlich schwieriger ist die Fragestellung, ob die Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die einer UVP-Pflicht unterliegen. Diese Ausschlussregelung ist in ihrer Bedeutung für die Praxis umstritten, da nicht geklärt ist, ob beispielsweise die Ausweisung eines GE-Gebietes die Zulässigkeit von UVP-pflichtigen Hotel- oder Einzelhandelsnutzungen begründet und eine Anwendung des beschleunigten Verfahrens damit unzulässig wäre (Klinge 2007). Auch die Begründung der Bundesregierung zum Gesetzentwurf und der Muster-Einführungserlass der Fachkommission Städ-

Bebauungsplan „An der Piwipp“ in Düsseldorf (Quelle: Katasteramt Düsseldorf)

tebau der Bauministerkonferenz helfen bei dieser Fragestellung nicht weiter. Hier wird erst die Rechtsprechung eine einheitliche Handhabung herbeiführen können.

Fallgruppen und vermeintliche Beschleunigungseffekte

Präziser sind die Vorgaben zu den drei Fallgruppen, die §13a BauGB für die Bebauungspläne der Innenentwicklung definiert. Pläne, die mehr als 70.000 m² Grundfläche festsetzen, sind grundsätzlich umweltprüfungspflichtig und können nicht im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden. Als Grundfläche ist dabei die Grundfläche des §19 (2) Baunutzungsverordnung definiert, d. h. der errechnete Anteil der Baugrundstücke, der von baulichen Anlagen überdeckt werden darf. Verkehrsflächen haben bei der Ermittlung der Fallgruppe dementsprechend in aller Regel keine Bedeutung. Eine Ausnahme bilden Bebauungspläne, in denen keine GRZ festgesetzt wird (Spannowsky 2007).



Umweltbelange bleiben auch bei §13a-Verfahren relevant (Lärmkartierung Düsseldorf)

Pläne, deren Grundfläche 20.000 bis 70.000 m² umfasst, sollen einer Vorprüfung des Einzelfalles unterzogen werden. Diese wird jedoch unter anderem durch eine dabei durchzuführende Behördenbeteiligung so aufwändig, dass eine größere Anzahl von Kommunen sich bereits entschieden hat, diese Fallgruppe in der Praxis nicht anzuwenden. Sollte das Ergebnis der Einzelfallprüfung ergeben, dass der Bebauungsplan erhebliche Umweltauswirkungen hat, so schließt sich das normale Bebauungsplanverfahren an, was faktisch zu den längsten Verfahren führt, die das Baugesetzbuch jemals geregelt hat. An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, inwieweit die Vorgaben des Koalitionsvertrages bei der Gesetzesnovelle ad absurdum geführt wurden.

Lediglich die Fallgruppe der Pläne mit einer Grundfläche von weniger als 20.000 m² (was leicht Plangebiete in einer Größenordnung von 5 ha und mehr repräsentiert) weist Regelungen auf, die zu einer Beschleunigung des Planverfahrens führen können. Damit ist nicht der Wegfall der Umweltprüfung gemeint, da die Umweltbelange nach §1a (6) Nr.7 BauGB grundsätzlich zusammengetragen, bewertet und abgewogen werden müssen (Krautzberger 2006). Die Umweltprüfung organisiert diesen Prozess; weder bremst sie ihn noch weitet sie die Zusammenstellung in einem relevanten Umfang auf. Im Umkehrschluss kann auch der Wegfall keine Verfahrensbeschleunigung erzeugen. Beschleunigend wirkt jedoch die Vorgabe, dass die Suche nach geeigneten Ausgleichsflächen und Ausgleichmaßnahmen entfällt, da für diese Fallgruppe die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nur eingeschränkt gilt. Die Eingriffe gelten pauschal als vor der Planung erfolgt oder zulässig (§13a (2) Nr. 4 BauGB). Ob diese Regelung mit der Zielvorgabe einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar ist, mögen andere entscheiden. Tatsache ist, dass zahlreiche Kommunen in ihrer grünplanerischen Entwicklung in erhebliche Schwierigkeiten gebracht werden. Zum einen müssen nun auch die städtebaulich gewollten grünplanerischen Ziele unter Umständen gegen das Interesse der Investoren durchgesetzt werden, zum anderen fehlen vielen Kommunen die Ausgleichszahlungen, mit denen sinnvolle Vorhaben zur Aufwertung des Naturhaushalts finanziert wurden (Jessel et al. 2006).

Wirkungen aufgrund von Verfahrensvereinfachungen

Als vordergründig beschleunigend ist der Wegfall der frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung zu werten (§§3(1) und 4(1) BauGB). Dass diese Beschleunigung durch die Nachteile spät im Verfahren eingehender Einwendungen kompensiert wird, ist zu befürchten, wird aber erst in einigen Jahren nachweisbar sein. In einzelnen Kommunen werden hier Sonderregelungen entwickelt, um eine frühzeitige Einbindung von Politik und Öffentlichkeit zu gewährleisten, ohne die ursprünglichen Beteiligungsschritte in ihrer vollständigen formalen Ausprägung durchzuführen.

Eine Verfahrensvereinfachung für die Kommune stellt die nur noch berichtigende Anpassung des Flächennutzungsplans dar, die für die Bebauungspläne der Innenentwicklung das Flächennutzungsplan-Änderungsverfahren ersetzt (Krautzberger/ Stüer 2007). Die Grenze ist durch die Vorgabe definiert, dass die städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes nicht beeinträchtigt werden darf.

Wenig Verfahrensvereinfachungen und Beschleunigungseffekte

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Verfahrensvereinfachungen für Bebauungspläne der Innenentwicklung in der fachmedialen Diskussion überbewertet werden. Eine Reduktion von Umweltstandards ist vom Gesetzgeber bis auf den Teilbereich der Ausgleichsregelung nicht gewollt worden; der Wegfall des Umweltberichtes und der Ersatz durch einen Abschnitt „Umweltbelange“ in der Bebauungsplanbegründung kann als Verfahrenskosmetik bezeichnet werden. Die Wiedereinführung der durch die BauGB-Novelle 2004 abgeschafften Vorprüfung des Einzelfalles ist ohne jede praktische Relevanz und sollte durch die sicherlich absehbare nächste BauGB-Novelle wieder abgeschafft werden.

Der Wegfall der Ausgleichsregelung für die Fallgruppe der Bebauungspläne mit weniger als 20.000 m² Grundfläche kann eine Vereinfachung für Investoren darstellen bzw. monetäre Vorteile für die Projektrealisierung ergeben, wird jedoch möglicherweise mit einer fachlich bedenklichen „Entgrünung“ der Innenbereiche verbunden sein.

Das Beschleunigte Verfahren ist nicht möglich, wenn Anhaltspunkte für die Beeinträchtigung eines FFH-Gebietes bestehen (Quelle: Jörg Liesendahl)

Einzig die Regelungen zu Beteiligungsverfahren und Flächennutzungsplananpassung erscheinen Vereinfachungen mit sich zu bringen, die einen Bebauungsplan der Innenentwicklung für eine Kommune attraktiver machen könnten als das Normalverfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans. Ob diese Beschleunigungseffekte jedoch die skizzierten fachlichen Nachteile der Anwendung des §13a BauGB kompensieren, scheint in einer Gesamtsicht der Regelungen fraglich.

Literatur

Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte, Bundestages-Drucksache 16/2496

Jessel, Beate; Berg, Kerstin; Bielfeldt, Hans-Rainer; Kahl, Mario (2006): Umweltprüfung von Bebauungsplänen der Innenentwicklung, in: Naturschutz und Landschaftsplanung 38/2006

Klinge,Werner (2007): Bebauungspläne der Innenentwicklung, in: Planerin 4/2007

Krautzberger, Michael (2006): Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte, in: UPR 11+12

Vorhandene Grünstrukturen im Plangebiet „An der Piwipp“ (Quelle: Umweltamt Düsseldorf)

Krautzberger, Michael; Stüer, Bernhard (2007): BauGB 2007 – Stärkung der Innenentwicklung, in: DVBl 3/2007

Muster-Einführungserlass zum BauGBÄndG 2007 der Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz vom 21.03.07

Spannowsky,Willy (2007): Die Einführung eines beschleunigten Verfahrens für Bebauungspläne der Innenentwicklung, in: Natur und Recht 29/2007

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Lesetipps

E-Partizipation - Fluch oder Segen?
Till Briegleb [2007]: Der Klick zum Bau - E-Partizipation: Soll das Volk über Architektur abstimmen? In: Süddeutsche Zeitung Nr. 273/2007, S. 13

Anhand der neusten Planungen seiner Heimatstadt berichtet der Hamburger Journalist Till Briegleb über das Instrument der „E-Partizipation".

Obwohl sich die Planer und die Kommunen vor der Bürgerbeteiligung fürchten, haben sie sich zum Prinzip der „Good Governance" verpflichtet und wollen zusätzlich zur gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerbeteiligung ein Mehr an direkt-demokratischer Mitwirkung der Bürgschaft unterstützen. Leicht zugängliche Wege der Partizipation sollen eingerichtet werden und einer dieser Wege führt durch das Internet und nennt sich „E-Partizipation".

Bisher gibt es wenige Erfahrungen mit diesem Weg der Beteiligung, denn die Fachwelt hat Angst vor Nimbys („Not in my backyard" - Nicht in meinem Garten) und vor allem vor dem öffentlichen Geschmack an sich, dem sie unterstellt, grundsätzlich regressiv modernitätsfeindlich zu sein.

Nun hat Hamburg zu einem sogenannten „Bürger-Dialog" aufgerufen, der online geführt wird und auf einen lebendigen Austausch zum Thema „Living Bridge - Wohnbrücke über die Elbe" abzielt. Die Internetdiskussion wird von der TuTech Innovation GmbH im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) durchgeführt.

Laut Briegleb ist das Onlineangebot, das eine Diskussionsplattform, ausführliche Projektinformationen, städteplanerische Grundlagen sowie Chats mit Politikern und Fachleuten umfasst, gut besucht. Die Debatten erreichen teils ein sehr hohes Niveau und das Votum aus diesem Prozess soll in die Entscheidung zum Projekt einfließen.

Doch trotz der durchweg positiven Meinung gibt der Autor zu bedenken, dass diese Form der Beteiligung noch der Diskussion über ihre demokratische Legitimation bedarf. Denn von der guten Absicht der niedrigschwelligen Beteiligung hin zur populistischen Entscheidung maskiert als direkte Demokratie, scheint ihm der Weg nicht weit. lz

Wer sich selbst gerne ein Bild vom Online-Prozess in Hamburg machen möchte kann dies unter http://www.belebte-bruecke.de/

La dolce vita in deutschen Städten - das Prinzip Cittaslow.
Gerhard Waldherr [2007]: Ruhe bewahren. Tradition, Heimat, Werte. Das klingt muffig und reaktionär. Doch es kann auch ganz modern sein. Dann heißt es Cittaslow. In: brandeins 08/07, S. 130-137 Mit Fotos von Monika Höfler

Gerhard Waldherr hat für brandeins die Bewegung der Cittaslow porträtiert und dabei die deutschen Cittaslow besucht: Hersbruck, Waldkirch, Überlingen und Schwarzenbruck.

Es sind vier der weltweit insgesamt 90 Cittaslow. Allein 56 davon liegen in Italien, wo sich die Bewegung 1999 aus der Initiative Slow Food entwickelt hat. Der Artikel berichtet über den Verband der Cittaslow sowie die Kriterien zur Aufnahme.

Regionales stärken, lebenswerte Umwelt schaffen, Nachhaltigkeit, - global denken, lokal handeln, in richtigem Tempo - sind die wichtigsten Ziele der Mitglieder. Waldherr gibt einen kurzen Abriss darüber, wie die Städte in Deutschland diese Ziele erreichen wollen, welche Akteure und Institutionen sie dabei unterstützen und wie das harmonische Miteinander von Stadt und Wirtschaft funktionieren kann. Er besuchte die Städte und sprach mit Bürgermeistern, Akteuren und Bürgern über das Prinzip Cittaslow und ihre private als auch politische Sicht darauf. Der Autor stellt die Frage, warum Cittaslow mehr ist als ein Marketinggag und nicht teuer sein muss.

Eines ist sicher: Trotz „dolce vita“ und bedachter Entwicklung - bei der Verbreitung ihrer Nachhaltigkeitsidee kann es den Initiativen nicht schnell genug gehen. lz

Häußermann, Hartmut; Läpple, Dieter und Walter Siebel (2008): **Stadtpolitik**. Frankfurt, edition suhrkamp 2512.

Wenn sich die beiden großen deutschen Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel, die durch zahlreiche gemeinsame Beiträge bekannt wurden, mit Dieter Läpple, einem dritten großen Stadtsoziologen in Deutschland, zusammenschließen und gemeinsam ein neues Buch im Suhrkamp Verlag schreiben, verspricht es, interessant zu werden. So werden klassische Themen wie beispielsweise Urbanität oder öffentliche Räume, wie Schrumpfung oder Segregation, die bisher für die beiden Autoren Häußermann und Siebel standen, ergänzt um eine ausführlichere Berücksichtigung der fordistischen Stadtlandschaft sowie einer postfordistischen Renaissance der Städte. Gleichzeitig umfasst das Buch einen historischen Abriss der deutschen Stadtplanung, der deutlich werden lässt, wie der Staat in unterschiedlicher Form versucht hat, steuernd Einfluss auf die Gestaltung der Städte zu nehmen. Insofern ist der Titel „Stadtpolitik“ des Buchs ausgesprochen treffend. Da der Text vollständig neu geschrieben ist, ist er auch für Leser, die bereits mit früheren Texten der drei Autoren vertraut sind, ein großer Gewinn. ccw

Gemeinschaften entwickeln Stadt

Nein, das Thema ist nicht tot zu kriegen. Früher mal waren es die Genossenschaften und die sie tragenden Bewegungen, dann hörte man von Wohngruppen, dann vom Cohousing, von den "selbstgewählen Nachbarschaften" und nun sind es die Baugemeinschaften oder Baugruppen, die über die Fachöffentlichkeiten hinaus für Aufmerksamkeit sorgen. Gerade eben brachte Die ZEIT (Nr. 1/08)einen mehrseitigen Artikel unter dem reißerischen Titel »Die Schweine-Investoren sind wir« – anders als die Überschrift lautet war der Tenor positiv und hoffnungsfroh und lautete etwa: Ein Massenphänomen sind sie zwar nicht, diese Gruppen und Gemeinschaften, die da (es ging um Berlin) als Bauherren auftauchen und ihr Wohnungen nach der Bauphase gemeinschaftlich organisieren. Aber sie werden mehr – und sie stehen für etwas: für Rückbesinnung auf die Kraft der Gemeinschaft (»das Ganze ist mehr als die Summe der Teile«), für neue Vorstellungen von Nachbarschaft in Zeiten der Individualisierung und für neue Bauträgertypen (nicht zufällig stand der Artikel im Wirtschaftsteil des Blattes).

Das alles sind keine neuen Beobachtungen oder Einschätzungen: Schon die umfängliche Literatur zu den Wohngruppen und selbstgewählten Nachbarschaften, zu Cohousing etc. hat das in den 80er Jahren festgestellt - aber dieses Thema schien vergessen und es ist daher umso erfreulicher, dass es nun wieder zu Tage tritt. Denn natürlich hat das Thema enge Bezüge zu Fragen der Stadtentwicklung, wird hier doch ein Typus sozialer Ordnung sichtbar, der zwischen Markt und Staat liegt, aber gern übersehen wird - die Gemeinschaft. Und eben diese Gemeinschaften (in ihren unterschiedlichsten Formationen) waren und sind schon immer Teile der local governance...

Interessant, dass sich nun auch das Deutsche Architektur Zentrum und der BDA des Themas annehmen. Interessant auch deswegen, weil Architekten sich sehr lange sehr schwer mit diesem Thema taten und viele die anspruchsvolle fachliche Betreuung von Baugruppen scheuten wie der Teufel das Weihwasser. Aber nun liegt ein kleines Büchlein vor: **auf.einander.bauen. Baugruppen in der Stadt**; herausgegeben von Kristien Ring/DAZ, erschienen bei jovis in Berlin, das sachkundig und vorurteilsfrei Hintergründe benennt und Beispiele (aus Berlin) zeigt. Leider fehlt es an Querverweisen auf Aktivitäten in diesem Felde an anderen Orten – besonders prominent: Tübingen, Freiburg, Hamburg, aber in vielen Städten wird auch im Stillen gewirkt: in Dortmund etwa, in Kiel in Hannover (wo das Bürgerbüro Stadtentwicklung seit Jahren Baugemeinschaften betreut. Aber das Büchlein mag als "appetizer" dienen und vielleicht auch dazu anstiften, sich des Themas einmal wieder in der Forschung anzunehmen: Bezüge lägen sowohl in der Zivilgesellschaftsdebatte wie im Versuche die Interdependenzgestaltung zwischen Akteure aus der Governance-Perspektive zu erhellen. ks

Rest-Refugium für alternative Lebensräume oder Risikokapital?
Stefan Berg, Marcel Rosenbach: „Der Winter wird heiß." In: Der Spiegel, Nr. 51/17.12.07, S. 54-58

Der Köpi, eines der ersten besetzten Häuser im Osten Berlins, selbst definierter Freiraum einer bunten Bewohnerschar, wurde an eine undurchsichtige Firma verkauft. Ein Schnäppchen! Nun stehen Abriss und Wohnungsneubau auf dem Plan, soviel ist wohl klar.

Die Bewohner und eine Vielzahl unterstützender Kräfte setzen sich ein, gegen die besenreine Übergabe dieses und benachbarter Grundstücke. Freiräume verteidigen heißt hier Räumung vermeiden: Der Kampf wird professionell organisiert, mit umfassender Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und eigenen Recherchen. Diese haben auch den Käufer entlarvt: Der vermeintliche Neubesitzer aus dem Kosovo: nur Treuhänder. Der echte Käufer – mit Sitz in Berlin – betreibt ein Geflecht verschiedener Firmen und ist wegen dubioser Geschäfte bereits justizbekannt.

Gestritten wird für alternative Lebensformen jenseits der Kleinfamilie: Ein politischer Kampf. Es kommt nicht nur zur Abwehrschlacht seitens der Bewohner, auch Rundtischgespräche mit Bezirksbürgermeister und Senatsvertretern sowie Vermittlungsversuche zwischen den Beteiligten werden organisiert. Ohne Erfolg. Weiterhin Drohungen auf beiden Seiten.

Und die Stadt? Ist ratlos. Die Versteigerungspläne haben die Zuständigen des Projektes „Soziale Stadt" überrumpelt; Gespräche mit dem neuen Besitzer scheiterten. Selbst kaufen kann das Land nicht. Es ist pleite. Jetzt wird gehofft, dass kein Dauerkrieg entflammt. Bleibt zu fragen, was mehr kostet: die Unterstützung alternativer Lebensräume oder die anstehenden Räumungen, Verhandlungen und Polizeieinsätze... mk

„Wo heute über die Zukunft der Stadt und der Stadtentwicklung gesprochen wird, bleibt nicht aus, dass auch die Notwendigkeit betont wird, das Engagement nicht-staatlicher Akteure als wesentliche Säule von Stadtentwicklung zu ermöglichen und zu etablieren." (www.planungsrundschau.de)

Genau diesem Thema widmet sich der neue Band der Planungsrundschau: Als Nr. 15 liegt vor: **Hoffnungsträger Zivilgesellschaft. Governance, Nonprofits und Stadtentwicklung in den Metropolregionen der USA**, herausgegeben von Uwe Altrock, Heike Hoffmann und Barbara Schönig. Berlin 2007. Das Heft ist zu beziehen über das Fachgebiet Stadtumbau/Stadterneuerung (Prof. Dr. Uwe Altrock), Universität Kassel, Fachbereich 6, Henschelstraße 2, 34109 Kassel [www.planungsrundschau.de]

Da in diesem Band zahlreiche interessante Untersuchungen zu "Bürgerinnen und Bürgern als Akteuren der Stadtentwicklung" enthalten sind, werden wir in der nächsten Ausgabe von PNDonline (in der Rubrik "Themen"/Thema 1) ausführlicher darauf eingehen. ks

Häußermann, Hartmut; Läpple, Dieter und Walter Siebel (2008): **Stadtpolitik**. Frankfurt, edition suhrkamp 2512.

Wenn sich die beiden großen deutschen Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel, die durch zahlreiche gemeinsame Beiträge bekannt wurden, mit Dieter Läpple, einem dritten großen Stadtsoziologen in Deutschland, zusammenschließen und gemeinsam ein neues Buch im Suhrkamp Verlag schreiben, verspricht es, interessant zu werden. So werden klassische Themen wie

beispielsweise Urbanität oder öffentliche Räume, wie Schrumpfung oder Segregation, die bisher für die beiden Autoren Häußermann und Siebel standen, ergänzt um eine ausführlichere Berücksichtigung der fordistischen Stadtlandschaft sowie einer postfordistischen Renaissance der Städte. Gleichzeitig umfasst das Buch einen historischen Abriss der deutschen Stadtplanung, der deutlich werden lässt, wie der Staat in unterschiedlicher Form versucht hat, steuernd Einfluss auf die Gestaltung der Städte zu nehmen. Insofern ist der Titel „Stadtpolitik“ des Buchs ausgesprochen treffend. Da der Text vollständig neu geschrieben ist, ist er auch für Leser, die bereits mit früheren Texten der drei Autoren vertraut sind, ein großer Gewinn. ccw

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Literaturverzeichnis

Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung | AGB (Hg.) (2001) Bestand verbessern. Forschungen zur sozial und ökologisch orientierten Erneuerung der Stadt. Die Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung 1976-2001. Dortmund/Aachen

Autzen, Rainer/Becker, Heidede 1988: Wohnungsbestandssicherung, Teil 2: Engpässe in der Wohnungsversorgung. Ein Städtevergleich. DIFU Berlin

Badelt, Christoph (1999) Ehrenamtliche Arbeit in Vorarlberg. Studie im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung. Wien.

Battisti, Martina (2005a) Corporate Citizenship As Social Capital. Das Projekt Brückenschlag als Modell zur Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaftsunternehmen und Sozialinstitutionen. Dissertation an der Universität Innsbruck.

Battisti, Martina (2005b) Sozialkapital in der Landesverwaltung. Unveröffentlichte Ergebnisberichte von verschiendenen Organisationseinheiten. Unveröffentlichter Zwischenbericht. Bregenz.

Bierbaum, Heinz / Riege, Marlo 1989: Selbsthilfe, Genossenschaften, Vergesellschaftung. Hamburg (VSA)

Becker, Ruth (1980):Grundzüge der Wohnungspolitik in der BRD seit 1949. In: ARCH+ H. 57, S. 64 ff.

Bentler, Andreas; Ruiz, Marcel; Sauter, Matthias (2001) Leitgedanken für eine integrierte und kooperative Politik einer »Sozialen Stadt«, In: AGB (Hg.)Bestand verbessern ... Dortmund/Aachen, S. 55ff.

Berndt, Edwin (2002) Sozialkapital. Gesellschaft und Gemeinsinn in Vorarlberg. Studie im Auftrag des Büros für Zukunftsfragen. Bregenz.

Bernt, Matthias (2006) Stadterneuerung, Stadtumbau und Schrumpfung, was ist neu? In: Planungsrundschau Nr. 13/2006

Biskup, Thomas/Schalenberg, Marc (Hrsg.) (2008): Selling Berlin. Imagebildung und Stadtmarketing von der preußischen Residenz bis zur Bundeshauptstadt. Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Band 6. Stuttgart

Blasius, Jörg / Dangschat, Jens S. (Hg) (1990): Gentrification – Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete. Frankfurt [Campus]

BOaS (2005) Sozialkapital-Bilanz Landesregierung Vorarlberg. Unveröffentlichte Ergebnisberichte von verschiedenen Organisationseinheiten. Wien.

Bofenschen, Walter / Huß, Reinhard / Selle, Klaus 1986: Alltäglich verändert sich die Stadt – eine Untersuchung zum "stillen Strukturwandel" In: RaumPlanung H. 35 S. 205-210

Boll, Joachim / Froessler, Rolf / Klaus Selle (.....) Wohnungsbestandspolitik: Entwicklung, Stand und Perspektiven . In: Norton, Alan / Novy, Klaus (Hg) Soziale Wohnpolitik der 90er Jahre. Probleme und Handlungsansätze aus britisch-deutscher Sicht. Stadtforschung aktuell Bd.26, Basel, Boston, Berlin [Birkhäuser] S. 271-288

Boll, Joachim / Kuthe, Christian / Selle, Klaus 1988: Handlungsspielräume für eine sozialorientierte Wohnungsbestandspolitik in den Kommunen. In. Selle/Karhoff/Froessler (Hg): Stadt Erneuern! Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Bd. 47 S.131-148

Brech, Joachim / WohnBund (Hg.) 1986: Konzepte zur Wohnraumerhaltung. Berichte des dritten internationalen Wohnbund-Kongresses. Darmstadt

BMVBW (Hg.) (2001): Statusbericht Baukultur in Deutschland. Ausgangslage und Empfehlungen. Berlin

Bundesagentur für Arbeit (2006): Statistik. Grundsicherung für Arbeitsuchende: Wohnsituation und Wohnkosten. Nürnberg (auch: http://statistik.arbeitsagentur.de)

Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e. V. BDG (Hrsg.) (2006): Miteinander leben. Integration im Kleingarten. Ein Leitfaden. Berlin

Dangschat, Jens S. 1988: Gentrification: Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel. In: Friedrichs, Jürgen (Hg.): Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29/1988. Opladen

Denz, Hermann/ Battisti, Marina (2005) Sozialkapital in Vorarlberg. Studie im Auftrag des Büro für Zukunftsfragen. Dornbirn.

Deutscher Mieterbund (o.J.): Kieler Erklärung für eine neue Wohnungspolitik, beschlossen auf dem Kieler Mietertag 2005. http://www.mieterbund.de/

Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte, Bundestages-Drucksache 16/2496

Evers, Adalbert / Lange, Hans-Georg / Wollmann, Hellmut (Hg) 1983: Kommunale Wohnungspolitik. Stadtforschung aktuell Bd. 3. Basel u.a. (Birkhäuser)

Evers, Adalbert / Klaus Selle (Hg)(1982): Wohnungsnöte. Anregungen zu Initiativen an Ort und Stelle. Frankfurt (Fischer)

Enzensberger, Hans Magnus (2004): Vom Blätterteig der Zeit. In: Ders.: Die Elixiere der Wissenschaft. Frankfurt [suhrkamp]

Freitag, Lutz (2006)Stadtumbau aus der Sicht der Wohnungswirtschaft. In: Stiftung Lebendige Stadt (Hg)Stadtumbau. Chancen nutzen für die Stadt von morgen. Berlin. S. 47 ff

Froessler, Rolf; Selle, Klaus (1990) „Friede den Hütten...?“ Traditionelle und erweiterte Handlungsansätze zur Sicherung preiswerter Wohnverhältnisse. In: Blasius, Jörg / Dangschat, Jens S. (Hg): Gentrification – Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete. Frankfurt [Campus] S. 128-153

Ganser, Karl (1974): Zur Lage. Bestandszuwachs statt Zuwachswachstum. In: Stadtbauwelt H. 42, S. 86

Güntner, Simon (2007) Soziale Stadtpolitik. Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung.Bielefeld (transcript)

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1981): Unpolitische Wohnungspolitik? In: Leviathan H.3-4/1981, S. 317 ff.

Heitmeyer, Wilhelm (2007): Moralisch abwärts im Aufschwung. In: Die ZEIT Nr. 51/07 (vom 13. Dezember 2007) S. 14

Holtkamp, Lars (2007) Local Governance In: Arthur Benz u.a. (Hg.) Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden [VS] S. 366-377

Huth, Susanne (2006): INVOLVE – Beteiligung von Drittstaatenangehörigen an freiwilligem Engagement als Mittel zur Integrati-

onsförderung. Projektabschlussbericht für Deutschland. Frankfurt am Main

Jessel, Beate; Berg, Kerstin; Bielfeldt, Hans-Rainer; Kahl, Mario (2006): Umweltprüfung von Bebauungsplänen der Innenentwicklung, in: Naturschutz und Landschaftsplanung 38/2006

Klemme, Marion; Selle, Klaus (2008) Alltag der Stadtplanung. Der kommunale Beitrag zur Entwicklung von Siedlungsflächen. Ein aufgaben- und akteursbezogener Forschungsansatz. (Schlussbericht zum DFG-Projekt »Steuerung im Städtebau«). Aachen (Lehrstuhl Planungstheorie und Stadtentwicklung)

Klinge,Werner (2007): Bebauungspläne der Innenentwicklung, in: Planerin 4/2007

Klingmüller, Ursula / Laue, Dietmar / Veser, Jürgen (1982): Gemeinwirtschaftliches Eigentum. Eine vorstaatliche Strategie gegen die Vernichtung preiswerten Wohnraums. In: Stadtbauwelt H.75 S. 288-290

Krautzberger, Michael (2006): Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte, in: UPR 11+12

Krautzberger, Michael; Stüer, Bernhard (2007): BauGB 2007 – Stärkung der Innenentwicklung, in: DVBl 3/2007

Kurth, Detlef (2001) Perspektiven für die Soziale Stadt. Von den Ursprüngen der Stadterneuerung hin zu Ansätzen der Verstetigung. In: AGB (Hg.)Bestand verbessern ... Dortmund/Aache, S. 43 ff.

Matz, R. (2005): Fassade. Köln. Architektur Straßen Öffentlichkeit. Köln

Mauthe, Anne; Segin, Bernd; Selle, Klaus (1983)Ausverkauf von Bergmannswohnungen. Gespräche über ein heißes Eisen. Mülheim (Westarp)

Müller, Christa (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München

Müller, Michael (1980): Verknappung des preiswerten Wohnungsbestandes als Hauptproblem der Wohnungspolitik. In: WSI-Mitteilungen 1980 H. 9 S. 525 ff

Muster-Einführungserlass zum BauGBÄndG 2007 der Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz vom 21.03.07

Nothegger, Barbara (2007) Der Markt wird eng. In: Die ZEIT Nr. 50/07 (vom 6. Dezember 2007) S. 40

Novy, Klaus (1983): Genossenschafts-Bewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform. Berlin [Transit]

Novy, Klaus; Prinz, Michael (1985): Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Berlin/Bonn [Dietz]

Ott, Michael / Sierau, Ullrich 1983: Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen – eine Untersuchung am Beispiel der Dortmunder Innenstadt. Dortmunder Materialien zur Raumplanung Bd.3. Dortmund

Pesch, Franz / Selle, Klaus (1981):Wohnungsbestandspolitik – Folgen für Wohnungsversorgung und Stadtstruktur In: Leviathan H.3/4 S.354-384

Pfeiffer, Christian; Mößle, Thomas; Rehbein, Florian; Kleimann, Matthias (o.J.) Medienkonsum, Schulleistungen und Jugendgewalt. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
http://www.kfn.de/medienkonsumschulleistunggewalt.pdf

Pfeiffer, Ulrich (1989): Wohnungsnot durch Wohnungspolitik? In: Stadtbauwelt H. 102 (=Bauwelt H. 24 S. 1178-1181)

Putnam, Robert D. (1994) Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. (2000) Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.

Schimanck, Uwe (2007) Elementare Mechanismen. In: Arthur Benz u.a. (Hg.) Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden [VS] S. 29-45

Segin, Bernd; Selle, Klaus(1982) Außerhalb der Schlagzeilen – Aktuelle Entwicklungen in den Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes am Beispiel der "Gesellschaft zur Sicherung von Bergmannswohnungen". In: Stadtbauwelt H. 74

Selle, Klaus (1983): Vom Konjunktiv – Anmerkungen zur Wohnungspolitik in den Kommunen. In: Evers/Lange/Wollmann (Hg) S.73-90

Selle, Klaus (1986): Bestands-Politik. Zehn Beiträge zu Stadterneuerung und Wohnungspolitik. Darmstadt (Verlag für wissenschaftliche Publikationen)

Selle, Klaus (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. edition stadt | entwicklung. Dortmund [Dortmunder Vertrieb und Planungsliteratur]

Selle, Klaus (2007): Neustart. Vom Wandel der shared mental models in der Diskussion über räumliche Planung, Steuerung und Entwicklung. In: disP H. 169 (2/2007) S. 17-30

Sichtermann, Barbara (1989): Der Hobel, die Späne und das Tolle daran. Vom Ruf der Marktwirtschaft. In Freibeuter H. 40 S. 30-37

Spannowsky,Willy (2007): Die Einführung eines beschleunigten Verfahrens für Bebauungspläne der Innenentwicklung, in: Natur und Recht 29/2007

Spars, Guido (2006): Makrotrends für die Wohnungsmärkte in Deutschland. In: Ders. (Hg.) Wohnungsmarktentwicklung Deutschland. Trends, Segmente, Instrumente. ISR Diskussionsbeiträge, H. 58 Berlin 2006, S. 15 ff.

Spars, Guido (2008): Metatrends und die Wohnungsmarktentwicklung. In: Schmitt, Gisela/Selle, Klaus u.a.: Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt? Dortmund

Statistik Austria (2005) Neue Bevölkerungsprognosen für Österreich und die Bundesländer. Wien.
http://www.statistik.at/fachbereich_03/bevolkerungsprognose_05.pdf

Staubach, Reiner (2001) Zur Notwendigkeit integrierter Stadt(teil) Entwicklungsstrategien. In: AGB (Hg.)Bestand verbessern ... Dortmund/Aachen, S. 29 ff.

Ude, Christian (2006) Städte und kommunale Wohnungsunternehmen – eine Win-Win-Situation. In: GdW-Forum 11/2006 S.25 ff.

Verk, Sabine (1994): Laubenleben: Eine Untersuchung zum Gestaltungs-, Gemeinschafts- und Umweltverhalten von Kleingärtnern. Münster

Veser, Jürgen (1984): Umfang und Struktur der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Hannover. hgg. v. Institut für Stadtforschung Berlin und der Wohnungspolitischen Initiative Hannover. Berlin/Hannover

Veser, Jürgen u.a. (2007): Veränderungen der Anbieterstruktur im deutschen Wohnungsmarkt und wohnungspolitische Implikationen. Schriftenreihe „Forschungen“ des BMVBS H.124 Bonn/Berlin

Wolf, Jürgen 1979: Sozialorientierte Wohnungsverbesserung In: arch+ H.43/4

Zimmer, Annette/Hallmann, Thorsten (2005): Mit vereinten Kräften. Ergebnisse der Befragung „Vereine in Münster“. Münster

Zimmer, Annette (2007): Vereine – Zivilgesellschaft konkret. Wiesbaden